

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags. 1919-1930 1919

28 (30.6.1919)

Amtliche Berichte

über die

Verhandlungen des Badischen Landtags.

Nr. 28.

Karlsruhe, den 30. Juni

1919.

28. öffentliche Sitzung

am Freitag den 13. Juni 1919, vormittags 9 Uhr.

Tagesordnung:

Anzeige neuer Eingänge. Sodann

Begründung und Beantwortung der Interpellationen

- der Abgg. Mayer-Karlsruhe und Gen., die Bürgerwehr betr. (Druckf. Nr. 30) und der gleichen Abgeordneten, die Erhaltung des inneren Friedens betr. (Druckf. Nr. 32),
- der Abgg. Spang und Gen., den Schutz der persönlichen und Pressefreiheit betr. (Druckf. Nr. 20) und in Verbindung damit Bericht der Petitionskommission und Beratung über die Eingabe des Landesverbandes badischer Redakteure mit Protest gegen die Verletzung der Meinungs- und Pressefreiheit im Falle des Redakteurs Fehreke in Willingen betr., Berichterstatter Abg. Schell,
- der Abgg. Dr. Kraus und Gen., die Sozialisierung in Baden betr. (Druckf. Nr. 26).

Am Regierungstisch: Minister des Innern Remmele, Arbeitsminister Rüdert und Justizminister Trunk.

Präsident Kopp eröffnet nach 10 Uhr die Sitzung und gibt folgende Eingänge bekannt:

- Schreiben des Finanzministers vom 10. Juni 1919 mit dem Entwurf eines Gesetzes, die Bürgschaftsübernahme für ein Darlehen der Stadtgemeinde Rehl durch den Staat betr. samt Vertretungsauftrag.
Diese Vorlage wird an die Haushaltskommission verwiesen.
- Schreiben des Arbeitsministers vom 11. Juni 1919 mit der Erklärung der Bereitwilligkeit zur Beantwortung der Interpellation der Abgg. Seurich und Gen. über die Wohnungsfrage (Druckf. Nr. 10d).
- Schreiben des Verlags der Europäischen Staats- und Wirtschaftszeitung mit der „Ostdeutschlandnummer“ derselben für die Mitglieder des Hauses.
Es wird der Dank für diese Gabe ausgesprochen.
- Mitteilung der Abgg. Horter, Roth, Sahn und Gen., daß sie die Interpellation Horter, den Schutz der bei Bauten beschäftigten Arbeiter betr. (Druckf. Nr. 7c), ebenso die Interpellation Roth und Gen., die Kollage in der Landwirtschaft betr. (Druckf. Nr. 8b) und ferner die Interpellation Sahn und Gen., die Gemeindeverwaltung betr. (Druckf. Nr. 11) zurückziehen.
- Antrag der weiblichen Mitglieder des Landtags, unterzeichnet von den Abgg. Weber-Heidelberg, Beherle, Otto, Rigel, Fischer-Karlsruhe, Regenscheid und Kräuter, auf Aufhebung des § 3 des Gesetzes vom 9. Oktober 1860 über die Ausübung der Erziehungsrechte in Bezug auf die Religion der Kinder.
Der Antrag wird an die Verfassungskommission verwiesen.
Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

Zu Buchstabe a derselben: Begründung und Beantwortung der Interpellationen der Abgg. Mayer-Karlsruhe und Gen., die Bürgerwehr betr. und der gleichen Abgeordneten, die Erhaltung des inneren Friedens betr. (Druckf. Nr. 30 und 32), welche zusammen behandelt werden, erhält zunächst zur Begründung der Interpellationen das Wort:

Abg. Mayer-Karlsruhe (D.-Natf. Sp.):

Unter dem 9. Mai haben wir folgende Interpellation eingebracht:

„Hält die Staatsregierung die Äußerung des Herrn Ministers Remmele auf der 5. Landesversammlung der U., S. und D.-Räte in Durlach am 3. Mai dieses Jahres: „Mitglieder der Deutsch-Nationalen Volkspartei dürfen der Bürgerwehr nicht angehören“ aufrecht und wenn ja, wie rechtfertigt sie diese Stellungnahme vor der Verfassung?“

Wir haben dann am 27. Mai uns veranlaßt gesehen, eine weitere Interpellation einzureichen, die zunächst den Ihnen wohlbekannten Erlaß an die Bezirksämter von Mitte des vorigen Monats anführt, und den ich in der Voraussetzung, daß er uns allen bekannt ist, wohl nicht vorzulesen brauche, und daran anknüpfend die Frage aufwirft: „Wie stellt sich das Staatsministerium zu diesem Erlaß, und insbesondere welche Schritte hat die Regierung getan, um der Verwirrung und Zerklüftung des Volkes, die von linksstehenden Parteien und Zeitungen durch unerträgliche Anwürfe auf rechtsstehende hervorgerufen wird, zu steuern?“

Nach dem Wunsche der Regierung sollen diese beiden Interpellationen miteinander behandelt werden. Wir selber haben nichts dagegen, und das Haus ist damit einverstanden. Ich hoffe aber, Ihre Zeit und Geduld nicht allzu lange in Anspruch nehmen zu müssen, trotz der Wichtigkeit der Frage, denn sie liegt m. E. ganz klar, und wir haben nicht nötig, durch Abschweifung auf andere Gebiete die Sache erst noch wichtig zu machen. Wenn ich Eines bedauere, ist es dies, daß ich bei meinen Ausführungen den Herrn Minister Remmele verschiedene Male apostrophieren muß. Ich tue das nicht gerne, würde es lieber unterlassen, bitte ihn aber, überzeugt zu sein, daß alles das, was ich vorbringen werde, durchaus unpersonlich und sachlich gemeint ist. Ich werde, so oft es immer geht, statt des Namens die Stelle, das Ministerium, einsetzen.

Zunächst habe ich zur ersten Interpellation zu bemerken, daß der Betreff, der ihr gegeben worden ist, die Sache um die es sich handelt, nicht ganz deutlich macht. Es handelt sich weder um die Bürgerwehr, noch um die Volkswehr, noch um die Freiwilligen-Bataillone, noch könnte man schließlich sagen um die Beamtenschaft, oder sonst eine Staatseinrichtung, sondern es handelt sich um eine ausschließende Bemerkung, die gemacht worden ist, und von dem ausschließenden Charakter dieser Bemerkung werden wir oder unsere Freunde betroffen. Darauf liegt der Ton, und darüber haben wir zu reden.

Es liegt hier, wenn ich mich dieses drastischen Vergleichs bedienen darf, etwas vor, was man gemeinhin einen Wandturm zu nennen pflegt, der sich durch verschiedene Kundgebungen der Regierung hindurchschlängelt und je und je sein Dasein dadurch beweist, daß Klieber von ihm abgehen. Ich darf bei dieser Gelegenheit daran erinnern, daß ich schon in

ber 12. und dann wieder in der 18. öffentlichen Sitzung dieses Hauses Anlaß home, gewisse durchaus unbegründete und unpassende Anwürfe, die das Regierungsorgan, die „Karlsruher Zeitung“, sich gegen uns herausnahm, auf das Bestimmteste zurückzuweisen. Dann gab der Aufruf der damaligen vorläufigen Volksregierung wiederum uns Veranlassung zu schwersten Einwendungen. Zwar, was die vorläufige Volksregierung in dem Aufruf selber gesagt hat, konnte man schließlich noch passieren lassen; es war zwar in mehrfacher Hinsicht zweideutig, aber eben darum auch vieldeutig. Schließlich konnte sich jeder seinen eigenen Vers darauf machen. Aber in den angeschlossenen Richtlinien, nach denen die Freiwilligen-Bataillone aufgestellt werden sollen, wurden wir auf das Stärkste angegriffen. Ich habe damals Rücksprache gesucht und erhalten mit dem Herrn Minister. Ich habe im Verlaufe dieser Rücksprache, die durchaus in freundlichen Formen sich bewegt hat, zugegeben, daß wir vollständiges Verständnis für die Schwierigkeit der Lage haben, in der sich die Regierung befindet. Ich habe ihm etwa folgendes gesagt:

Sie sitzen nun in den Ministerstühlen und haben die Regierung in den Händen; aber draußen auf der Straße ist der Bruder immer noch unzufrieden, mürrisch, unruhig und schließlich zu Gewalttätigkeiten geneigt. Sie müssen ihm auch mit Entschiedenheit entgegenreten, und da haben Sie natürlich, ich verstehe das, das Bedürfnis, diese unruhigen, mürrischen Leute, wie man zu sagen pflegt, zu beruhigen, indem man ihnen — das ist eine bekannte Redensart, hinter der niemand etwas zu suchen braucht — einmal einen Knochen hinwirft; aber, fügte ich hinzu, wir bedanken uns dafür, daß wir Deutsch-Nationalen, wir auf der Rechten stehenden Leute, der Knochen sein sollen, den man jenen hinwirft, indem man redet von der Revolution, die droht von links und rechts, während man nicht den geringsten Beweis dafür erbringen kann, daß von rechts irgend etwas, das auch nur entfernt einem Putsch oder etwas derartigen ähnlich sieht, beabsichtigt sei, oder wir uns jemals auch nur von der Ferne diesem Verdacht ausgelegt hätten.

Der Herr Minister war damals erst noch ganz kurze Zeit, ich glaube erst wenige Tage, in seinem Amt. Er versprach, die Sache im Auge behalten und mir deswegen schreiben zu wollen. Ich warte bis heute auf Antwort; statt dessen ging Anfangs vorigen Monats die Mitteilung durch die Zeitungen, daß der Herr Minister Remmele in Durlach vor dem A., S. und V.-Rat erklärt habe, der Bürgerwehr dürften nur Personen angehören, die auf dem Boden der gegebenen Verhältnisse stehen und nicht Mitglieder der Deutsch-Nationalen Partei seien. Was in dieser Zeitungsnotiz, die aber zunächst unbeanstandet durch die Presse ging, unrichtig war, das war die ausdrückliche Bezeichnung der Bürgerwehr. Der Herr Minister Remmele hat aber nicht von der Bürgerwehr, auch nicht von der Volkswehr, sondern von den Freiwilligen-Bataillonen geredet und sich beeilt, nun diese — ich muß doch sagen — schwache Berichtigung als Rechtfertigung anzubringen. Er hat unter dem 11. Mai durch die Zeitungen eine Mitteilung gehen lassen, daß er auf der Landesversammlung der A., S. und V.-Räte in Durlach lediglich gesagt habe, in die Freiwilligen-Bataillone dürften nur aufgenommen werden, wer bereit sei, sich auf den Boden der gegebenen Tatsachen zu stellen und die Republik zu verteidigen, und es dürften selbstverständlich Mitglieder der Deutsch-Nationalen Volkspartei, die sich für die Wiedereinrichtung der Monarchie aussprechen, ebensowenig in die Freiwilligen-Bataillone aufgenommen werden, wie Offiziere, die sich als „kaiserlich“ bezeichnen. Von der Bürgerwehr heißt es in der Berichtigung sei in diesem Zusammenhange nicht die Rede gewesen, ebensowenig sei die Deutsch-Nationale Partei dabei als Partei angegriffen worden, und dann kommt noch einiges andere, was damit nur in losem Zusammenhang steht.

Ich kann nicht finden, daß durch diese Berichtigung das Ministerium seine Lage gebessert habe. Man bedenke, zu gleicher Zeit, wo das durch die Zeitungen geht, sind die Anzeigenteile der Zeitungen gefüllt von Aufrufen, daß sich doch junge Männer melden mögen, die Freiwilligen-Bataillone, den letzten Versuch, dem Deutschen Reiche noch eine Wehrkraft zu verschaffen, zu füllen. Diese Aufrufe wenden sich nach allen Seiten, und man weiß, daß sie am wenigsten Gehör finden gerade auf der äußersten Linken und links überhaupt, daß sie am meisten noch auf der rechten Seite Gehör gefunden haben. Zu gleicher Zeit hat der Reichswehrminister, Herr Noske sich an die Hochschüler gewandt mit der dringenden Aufforderung, sie möchten doch ihre Kraft, ihre Zeit, ihre Person den Freiwilligen-Bataillonen zur Verfügung stellen. Und wenn wir

auch wissen, daß unter den deutschen Hochschülern zur Zeit die radikalen, linksstehenden Elemente recht stark vertreten sind, so doch auch rechtsstehende; und es ist nachgewiesen, daß der Aufruf des Reichswehrministers gerade da Erfolg gehabt hat. Zu gleicher Zeit aber bringt es das Badische Ministerium des Innern fertig, einen namhaften Teil des Volks zurückzuwerfen, von dem niemand bestreiten kann, daß er frei und ehrlich zur Sache des badischen und deutschen Volkes steht, und daß er kein größeres Anliegen hat, als dem deutschen und badischen Volk aus der Not, aus dem Elend und der Verdorbenheit herauszuhelfen, in der wir uns befinden.

Und mit welcher Begründung? Man könne nur Leute brauchen, die sich auf den Boden der gegebenen Tatsachen stellen und die Republik verteidigten. Das ist doch eine sehr zweideutige Rede, und ich möchte den Herrn Minister fragen, was er damit gemeint hat. Was meinte er mit den gegebenen Tatsachen und dem Boden, auf den man sich stellen muß? Meint er das Vaterland in der Lage und Verfassung, in der es sich befindet, ob wir nun an das Deutsche Reich oder an Baden denken? Wenn er das meint, dann muß ich seine Worte zurückweisen als eine empörende Unterstellung. Ich frage, hat auch nur einer unter meinen Freunden, irgend einer auf unserer Seite Anlaß gegeben zu der Vermutung, daß wir etwas anderes wollten, als unserem armen Vaterland, wie es jetzt daniederliegt, zu helfen, so gut ihm zu helfen ist? Ich weiß, daß man in der Verlegenheit auf die Redensart von der Revolution von rechts verfallen ist. Ich kann mir aber nicht denken, daß ein Mitglied der Regierung auf diese Redensart hereinfallen wird. Was ist vielmehr geschehen? Den Bürgerstand hat man in den letzten Monaten mehr und mehr entwaffnet, und die Waffen sind hinüber gerutscht an die Leute links und die Linksten; und man muß heute fast annehmen, daß die Radikalen eine Wehrmacht im Deutschen Reiche darstellen.

Oder hat der Herr Minister, wenn er vom Boden der bestehenden Verhältnisse und der Republik redet, eine bestimmte Partei dabei im Auge gehabt, eine bestimmte Richtung? Wenn das der Fall wäre, läge in seinen Worten ein Zugeständnis der persönlichen und parteipolitischen Unsicherheit. Dann würde der Herr Minister in der Tat nichts anderes aussprechen, als daß er meine, daß die Errungenschaften der Revolution noch nicht genügend befestigt seien, und daß sie doch wohl noch mit Blut gekittet werden müßten. Das nun kümmert uns hier nicht, wohl aber daß man mit solchen Worten und Wendungen sich in der Tat verstoßt gegen die Verfassung. Wie darf jemand bei uns im Reich oder in Baden wegen Ansichten, Meinungen und politischen Überzeugungen, die er hat, zu einem Bürger zweiter Klasse gestempelt, ja sogar auf ihn hingedeutet werden, als könnte er früher oder später ein Gegenstand von Maßregeln werden? Aber die Krone ist all dem dadurch aufgesetzt worden, daß in der Mitte des vorigen Monats das Ministerium des Innern einen Erlaß an die Bezirksämter hat ergehen lassen, der Ihnen wohl allen bekannt ist, den ich deswegen hier nicht wiederholen will. Er steht in unserer Interpellation wörtlich abgedruckt. Man wäre versucht, auf diesen Erlaß ein Wort Wallensteins anzuwenden, so klug oder so unklug ist dieser Erlaß. Ganz recht diese Aufforderung zur Einigkeit! Aber auf diese Weise, wie es hier der Minister angibt, führt man die Einigkeit nicht herbei, indem man zu gleicher Zeit auf rechtsstehende Steine wirft. Wurde die Regierung nichts Besseres zu tun? Ich will ihr aus dem, was der Tag bringt, einige Anbeutungen geben, was sie tun könnte, um Aufklärung, Einigkeit und Übereinstimmung in unserem Volke herbeizuführen. Sie könnte beispielsweise einmal darüber aufklären, was für ein tiefgreifend großer Unterschied besteht zwischen dem Feldherrn, der das Heer dem Feinde entgegen und darum auch ins Feuer führt, und dem Aufrührer, der seine Spießgesellen auf friedliche Bürger und auf die Organe der Regierung hetzt. Es wäre wohl auch angezeigt, daß die Regierung austritt gegen die Verunglimpfung, daß das frühere Deutschland ein Schweinefleisch gewesen sei. Die Regierung erfüllte gegen sich und das Volk eine große Pflicht, wenn sie gegen solche Anwürfe, die einen zersetzenden Einfluß ausüben, auftreten würde (Abg. Hertle: Sehr richtig!). Versteht man denn nicht, daß man mit solchen unflätigen Bemerkungen nur unseren Gegnern in die Hände arbeitet? Wenn wir unsere Vergangenheit selber so ansehen, dann soll man sich nicht wundern, wenn unsere Feinde sich anmachen, uns zu Schulmeistern und zu bebormunden, wie man Hottentotten und Kaffern bebormundet. Das hätte eine schöne Einigkeit gegeben, die hier das Ministerium in die Wege leiten wollte! Hat sich denn die Stelle, die diesen Erlaß verfertigt hat, nicht klar gemacht, daß dura

den ersten Satz der Tenor für die Versammlungen angegeben wurde und die Versammlungen zum Gegenteil geführt hätten? Es ist allerdings sehr schnell still geworden von diesem Erlaß. Abgesehen von einer verunglückten Äußerung einer hiesigen Zeitung, habe ich auch in den Zeitungen, die nicht genug Federn haben, um die Ruhmestaten der Regierung herauszutreiben, nichts dafür gelesen. Es ist still geworden von dem Erlaß, und man hat ordentlich sehen können, wie die Vorstände der Bezirksämter über diesen Erlaß ihres neuen Chefs sich hinter den Ohren kratzen. Und solches in einem Augenblick, wo jedermann weiß, daß die Regierung sich mit Händen und Füßen regen muß, um neue Putsche, die unser Volk, man weiß nicht in welcher neuen Unglück stoßen wollen, abzuwehren und unmöglich zu machen. Der Herr Minister wird nicht behaupten wollen, daß diese Putsche von uns drohen. Aber wir haben hier den Beweis, auf welche übeln Wege die Politisierung der Beamtenchaft, ja der ganzen Verwaltung, von der wir vor Wochen gesprochen haben, geschoben zu werden droht. Davon vielleicht nachher. Jetzt genügt es, diese Dinge ans Licht zu ziehen. Soll ich wiederholen, was in der Verfassung steht? In § 9, daß alle Badener vor dem Gesetze gleich sind? In § 17, wo das Recht der freien Meinungsäußerung gewährleistet ist? Auch den § 18 mit seiner „ungestörten Gewissensfreiheit“ kann ich hier anrufen; denn alle ernste politische Überzeugung muß, wenn sie einen Wert haben soll, im Gewissen verankert sein (Dr. Kraus: § 11). Wir verhandeln über diese Dinge in sehr bewegten Tagen; aber wir tun es in der Hoffnung, daß diese Verhandlung, die ohne unser Zutun gerade auf den heutigen Tag gelegt worden ist, dazu beitragen möge, alle besonnenen und entschlossenen Elemente zu sammeln und zu anerkanntermaßen nötigen Stärkung unseres Vaterlandes, beizutragen. Wir selbst persönlich haben diese Anordnungen satt. Aber es ist nicht persönliches Empfinden, das wir in den Vordergrund stellen, sondern die Sorge um die Wohlfahrt unserer Heimat. Wir lassen keine Milderungsgründe gelten, etwa die, daß man sagen wollte: „Wir werden die auf der Linken damit beruhigen, wenn wir gelegentlich auch einmal nach rechts hinaustreten oder nach rechts spuden.“ Damit wird gerade das Gegenteil erreicht. Gerade weil Spartakus da ist — nennen wir ihn einmal mit Namen — muß eine weise Regierung darauf bedacht sein, wenn sie eine Regierung sein will, daß sie alle Elemente, die ordnungsliebend sind, sammle.

Und so fragen wir das Staatsministerium, wie es sich zu den Äußerungen des Herrn Ministers des Innern verhält, mit denen er Glieder des Volkes, die ehrliche und warmherzige Freunde des Vaterlandes, seiner Ruhe und Wohlfahrt, sind, wie es sich zu den Worten des Ministers des Innern stellt, der solche Freunde des Volkes in dem Augenblick zurückstößt, da es gilt, für den Schatz und die Ruhe des Vaterlandes einzutreten (Beifall bei der Deutsch-Nationalen Volkspartei).

Zur Beantwortung der beiden Interpellationen erhält das Wort:

Minister des Innern Kemmle:

Ich bin der Deutsch-Nationalen Fraktion dankbar dafür, hier in diesem Hause Gelegenheit zu bekommen, diese zwei Interpellationen zu beantworten, weil ich der Meinung bin, es haben sich seit der Bildung der neuen Regierung im Lande Dinge ereignet, die eine öffentliche Aussprache vor dem Lande geradezu notwendig machen.

Ich bin mir über die Bedeutung dessen, was ich jetzt gesagt habe, durchaus bewußt, und ich gehöre nicht zu den Leuten, die die Absicht haben, einen Krakeel hervorzurufen, und die die Absicht haben, als Minister etwa wirken zu wollen gegen eine Partei, die in diesem Hause vertreten ist. Aber, wer objektiv zu urteilen imstande ist, wird zugeben, daß von dem ersten Tage unserer Tätigkeit ab insbesondere die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion, die in der Regierung sind, Gegenstand der heftigsten und, ich darf wohl sagen, persönlichsten Angriffe im Laufe der Zeit gewesen sind (Sehr richtig! links), nicht von den Herren hier im Hause; inwieweit sie dabei beteiligt sind, weiß ich nicht, will ich auch gar nicht wissen. Aber von den Freunden dieser Partei, die nicht nur außerhalb Badens sich für die Vorgänge in Baden interessieren, sondern von Freunden dieser Partei, die in Baden ihren Sitz haben, und die alles darauf anlegen, mit den linksstehendsten Unabhängigen und mit den Kommunisten auf eine Linie im Kampfe gegen die Regierung zu kommen (Sehr richtig! links). Ich will Ihnen das nachher beweisen.

Verzeihen Sie, der politische Minister muß in diesem Falle reden, weil es auf die Dauer unerträglich ist, in der Weise öffentlich angegriffen zu werden.

Der Herr Vorredner hat an das Staatsministerium die Frage gerichtet, wie es sich zu dem Erlaß stelle, den das Ministerium des Innern hinausgegeben habe. Ich kann dem Hohen Hause folgende Mitteilung aus dem Protokoll der Sitzung des Staatsministeriums vom 9. Mai d. Js. verlesen:

„Im Anschluß an andere Beratungen werden die Maßnahmen der Regierung erörtert, die sich aus den gegenwärtigen Verhältnissen ergeben.“ Ich muß bemerken, es war das der Tag, an dem die Regierung Stellung zu nehmen hatte zu den Wirkungen des außerordentlich harten Friedensvertrages, den die Entente uns anfang, der Tag, an dem das Volk wirklich niedergeschlagen war und sich in Entrüstung befand. Wir hatten also zu diesen Dingen Stellung zu nehmen, und da heißt es in diesem Protokollauszug aus jener Verhandlung:

„4. Von konservativen Blättern (vergl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 9. 5. 19) wird den Koalitionsregierungen vorgeworfen, daß die Friedensbedingungen die notwendige Folge des von ihnen erstrebten Verständigungsfriedens seien und daher die drei großen Parteien die Schuld an Deutschlands Demütigung tragen würden.“ (Hört, hört! links). „Die Presseabteilung hat auf Veranlassung des Ministeriums des Innern dieser Ansicht mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten“ — das sagt das Staatsministerium, nicht der Minister des Innern in diesem Fall! — „Ferner sind die Bezirksämter durch das Ministerium des Innern anzuweisen, im Benehmen mit den Führern der Parteien Versammlungen abzuhalten, in denen auf die im jetzigen Zeitpunkt besonders nötige Einigkeit im Innern hingewiesen wird.“ — Es wollte damit nicht gesagt sein, daß die Bezirksämter mit den Parteien zusammen öffentliche Versammlungen abhalten sollen, sondern kombinierte Versammlungen der Vertreter verschiedener Parteien, um zu verhindern, daß in den betreffenden Orten nun die Heße gegen die Mehrheitsparteien losgeht, die nach Auffassung der „Süddeutschen Zeitung“ vom 9. Mai schuld seien an der Demütigung des Vaterlandes und an dem Friedensvertrag.

In dieser Zeitung — und ich glaube, ich begehe keinen Verstoß gegen die Geheimhaltung von Verhandlungen in einer geschlossenen Mitgliedschaft, ich kann nur erklären, daß die Anregung zu dieser Aussprache und Beschluffassung weder von mir noch von einem Mitgliede meiner Partei vielleicht mit der Spitze gegen die Deutsch-Konservative Partei (Abg. Mayer-Karlsruhe: Deutsch-Konservative?) gegen die Deutsch-Nationale Partei oder Fraktion ausgegangen ist — ich sage das nur deshalb, um damit zu beweisen, daß nicht Animosität gegen diese Fraktion oder Partei vorliegt, sondern daß ich mich auf rein sachlichem Boden bewegt habe — in dieser „Süddeutschen Zeitung“ vom 9. Mai war nämlich u. a. in einem Leitartikel gesagt:

„Es muß angesichts des ganzen Jammers zuerst gesagt werden: Diese Leute und diese Presse haben das Recht auf Entrüstung verwirkt.“ Im Vorjah war von den Mehrheits-, insbesondere von den demokratischen Parteien gesprochen. „Ihre, nicht des Feindes Schuld ist es, wenn wir jetzt nicht nur einen Gewaltfrieden, sondern einen Kirchhofs- und einen Todesfrieden in des Wortes grausamster Bedeutung bekommen.“ (Hört, hört! links). „Und möchten die sogenannten Alldeutschen, d. h. alle Aufrechten, die sich von jeher und während des ganzen Krieges im besonderen der Todfeindschaft der jüdisch-demokratischen Presse und der unter Erzbergers unheilvollem Einfluß demokratisch gewordenen Zentrums Presse erfreuten, tausendfältige Schuld auf sich geladen haben — was an sich unmöglich war, da sie von jedem Einfluß in der deutschen Politik ausgeschlossen waren und unter der Ara Bethmann-Erzberger gleich Ausfägigen behandelt wurden — es bleibt selbst heute und heute erst recht ihr unbestreitbares und größtes Verdienst, daß sie nicht müde wurden, das deutsche Volk unablässig zu warnen und inständig zu beschwören, die vaterländischen Interessen nicht preisgeben um der großen Lüge willen, daß die ganze feindliche Politik nicht auf die völlige Vernichtung Deutschlands abziele“ usw.

Ich könnte weitere Sätze vorlesen, will aber nur das eine bemerken: Ich will von diesem Plaque aus nicht parteipolitisch werden, ich halte das nicht gut für angängig. Aber das eine will ich sagen: Die Herren, die Mitglieder, die Wortführer der Deutsch-Nationalen und früher Konservativen Partei sind die Leuten, die ein Recht für sich in Anspruch nehmen dürfen, an dem Ausgange dieses Krieges anderen die Schuld zuzumessen (Abg. Noeß: Sehr gut!). Ich meine, ich brauche kein Wort weiter zu sagen als das unglückliche Wort, das in unser aller

Serzen steht: „Unterseebootkrieg“, und was damit im Zusammenhang steht (Lebhafte Zustimmung links).

Also angeht diese Sachlage, die nun in verschiedenen anderen Organen während dieser Zeit auch zum Ausdruck kam, hat die Regierung, die nun einmal eine aus politischen Parteien hervorgegangene parlamentarische Regierung ist, die Verpflichtung in sich gefühlt, ihre nachgeordneten Organe anzuweisen, wenn irgendwo diese Bestrebungen praktischen Ausdruck finden sollten, dafür bestrebt zu sein, die Kirche im Dorf zu lassen, also diesen Streitgegenstand jetzt in der Öffentlichkeit nicht austragen zu lassen. Ich glaube, die Herren, die die Interpellation eingereicht haben, werden nach diesen Darlegungen zugeben, daß die Sache nicht von mir ausgegangen ist, sondern daß hier die Gesamtregierung in voller Geschlossenheit die Sache einmütig verantwortet hat und sie auch vor dem Landtag vertritt. Ich halte diese Feststellung deshalb für wichtig, weil, wie Sie nachher sehen werden, die Personen in dem Kampf gegen die Regierung eine nicht untergeordnete Bedeutung haben.

Nun sagt Herr Abg. Mayer-Karlsruhe: Wir haben die persönlichen Andeutungen satt und wir müssen es ablehnen, als Knochen von Zeit zu Zeit den links gerichteten Kreisen unserer Bevölkerung hingeworfen zu werden, damit sich die Regierung halten könne usw. Ich muß auf diese Gedankengänge etwas näher eingehen.

Wenn es richtig wäre, daß die Deutsch-Nationale Partei in Deutschland so wie in den ersten Novembertagen und im Dezember des letzten Jahres sich auf den Boden der gegebenen Tatsachen stellen würde, so wie man sie damals allgemein verstanden hat, dann ließe sich darüber noch reden, ob wir mit unserem Vorgehen in diesem Falle richtig gehandelt haben. Man darf doch aber bei der Beurteilung dieser Sachlage nicht allein die Vorgänge in Baden, sondern man muß auch die Vorgänge im Reich im allgemeinen beobachten. Und wir mußten nun — das möchte ich bitten ausdrücklich im Auge zu behalten — an den Pfingsttagen einen Herrn feststellen, der zur Zeit in Baden reist und vom akademischen Heimatsdienst für die Freiwilligenkorps wirbt, und der sich erlaubte, unsere Studenten auf den badischen Universitäten anzutelegraphieren, im Auftrage der Regierung oder im Einverständnis mit der Regierung fordere er alle Studenten auf, sich bei den Ostgruppen zu melden, da die Gefahr des Einmarsches bestände, und sie sollten sich bei den akademischen Korps melden für den Heimatsdienst, also für die Heimatwehr. Diese selbe Gruppe des Heimatsdienstes hat ein Flugblatt mit einer Erklärung in den letzten Tagen herausgegeben, die im Zusammenhang mit dem steht, was ich vorhin betreffs der „Süddeutschen Zeitung“ gesagt habe. Die Geschäftsstelle der Deutsch-Nationalen Partei ist dabei nicht uninteressiert und hat in ihrem Rundschreiben dieser Tage ihren Anhängern gesagt: Die Bekanntgabe der Friedensbedingungen habe jederschmetternd auf alle Deutsche gewirkt. „Diese Situation muß von uns unbedingt agitatorisch ausgenützt werden“ (Hört, hört! und Pfuirufe bei den Sozialdemokraten). Dieses Rundschreiben ist überall verbreitet worden, es ist durch die Presse gegangen und ist bis heute unwidersprochen. Und es geht aus ihm unzweifelhaft der Wille hervor, genau so wie die Herrschaften von links das für das Vaterland Schlimmste agitatorisch auszunützen gegen die jetzt in der Regierung befindlichen und in der Verwaltung stehenden Mehrheitsparteien, gegen die Zentrumsparthei, die Demokraten und Sozialdemokraten, genau so wollen sie wie die U.S.P., genau wie die Spartakisten und Kommunisten es versuchen, diese schlimme und für uns alle harte Zeit agitatorisch auszunützen, um uns von der Wildflut wegzuschwemmen. (Abg. Mayer-Karlsruhe: Das ist ja nicht wahr!). Das ist nicht wahr? Darauf kommt es nicht an, was Sie erklären, sondern es kommt darauf an, wie solche Pamphlete beim Volk aufgefaßt werden, wie sie draußen bei der Arbeiterschaft wirken müssen. Daß Sie jetzt die Kraft noch nicht haben und für die nächste Zeit diese Kraft auch nicht erlangen werden, daß Sie nicht wie die Kommunisten erklären werden: In den nächsten Tagen werden wir das Militär auf unsere Seite ziehen und los schlagen!, das glaube ich ohne weiteres. Aber es kommt darauf an, wie das Volk über solche Rundgebungen im allgemeinen urteilt (Zuruf bei der Deutsch-Nationalen Volkspartei: Dann klären Sie es doch auf!). Wir können das Volk nicht aufklären, wenn Sie selbst schreiben, Sie wollen diese Zeit unbedingt agitatorisch gegen den Bestand der jetzigen Regierungsform ausnützen (Sehr richtig! links). Das ist erklärt worden und dagegen muß man sich selbstverständlich wenden.

Der akademische Heimatsdienst, von dem ich vorhin sprach, der Werbungen für die Freiwilligen-Bataillone vornimmt, hat unter vielem anderen geschrieben, — Sie können das nachlesen in der „Frankfurter Zeitung“ vom 11. Juni, 2. Morgenblatt —: „Der deutsche Osten bedarf der politischen Führung. Dorthin gehört die nationale Opposition, dorthin gehören die führenden Männer des deutschen Volkes, soweit sie national gesinnt sind“ — also es gibt auch solche, die unter den heutigen Umständen nicht national gesinnt sind! — „Es wird kein Bürgerkrieg entstehen, denn die Regierung wird keinen deutschen Mann finden, der seine Waffen gegen die deutschen Brüder im Osten richtet. Aber der deutsche Osten wird sich nicht darauf beschränken dürfen, die Polengefahr zu beseitigen, sondern er muß der Reichsregierung im Falle der Unterzeichnung des Handwerks legen.“ (Hört, hört! links).

Was ist das anders als die offene Ankündigung der Unbotmäßigkeit?! (Abg. Mayer-Heidelberg: Bürgerkrieg!). Ganz richtig, die offene Ankündigung des Bürgerkrieges, für den Fall, daß die Reichsregierung den Friedensvertrag unterschreibt, wenn etwa Milderungen darin vorgenommen werden, Milderungen, die nicht so weit gehen, wie sie nach der Meinung der Deutsch-Nationalen Partei zu gehen hätten, genau, wie es die Kommunisten auf der anderen Seite machen. Und darauf kommt jetzt alles an. Ich meine — wenn ich Sie lange unterhalten wollte, so lassen sich noch mehr solche Beweise erbringen —, wenn diese Ankündigungen jetzt attemmäßig festgesetzt werden, dann kann man doch der Regierung beim besten Willen nicht zumuten, daß sie nun blinden Glaubens diese Dinge gehen läßt, daß sie blinden Glaubens der Deutsch-Nationalen Partei vertraut und daß sie andererseits die Wirkung, die daraus entsteht auf der Gegenseite, die Wirkung vor allen Dingen bei der sozialdemokratischen Mehrheitsparthei, aber sicherlich auch bei verschiedenen Schichten des Zentrums und der demokratischen Partei, daß man diese Wirkung einfach gegen uns auswirken läßt, ohne daß wir ein Wort dazu sagen. Das kann man uns nicht zumuten (Sehr richtig! links).

Der Herr Abg. Mayer-Karlsruhe hat davon gesprochen, wir hätten den Bürgerstand entwaffnet, aber die Arbeiter, die links gerichteten Arbeiter, bewaffnet. Man macht diese Vorwürfe in diesem Zusammenhange, wie die „Heidelberger Zeitung“ das wiederholt getan hat, und dazu muß ich noch einige Erklärungen abgeben. Auf den Landesversammlungen der badischen Arbeiterräte und bei verschiedenen anderen Gelegenheiten habe ich wiederholt erklärt, die Regierung kann keinen Teil der Bevölkerung bewaffnen, das heißt so bewaffnen, daß jeder sein Gewehr zu Hause hat, daß jeder seine Munition zu Hause hat, weil die Bewaffnung von Bürgern, gleichviel, welcher politischen Richtung sie angehören, immer eine Gefahr für die allgemeine Sicherheit und die allgemeine Ordnung bedeutet. Die Regierung steht auf dem Standpunkt, und, wie ich wohl sagen darf, geschlossen auf dem Standpunkt, daß wir selbstverständlich Freiwilligen-Bataillone zu gründen haben, daß wir eine militärische Macht haben müssen, daß wir unsern Schutzbienst ausbauen müssen, und es ist, wie ich wohl sagen darf, uns gelungen, unsere Gendarmerie wieder so zu organisieren und auch die Polizei der Städte wieder auf den alten Stand und darüber hinaus zu bringen, daß wir fest glauben, uns auf diese Truppe verlassen zu können, wie auf die Freiwilligen-Bataillone. Die Regierung ist noch dazu übergegangen, Milizbataillone zu gründen, — die Einwohnerwehren nach russischem Sprachgebrauch — ähnlich wie in Württemberg, die den Zweck haben sollen, eingesetzt zu werden, wenn die übrigen waffentragenden Teile, die wir sonst haben, nicht mehr in der Lage sein sollten, sich behaupten zu können, also insbesondere dann einzusetzen, wenn es in den verschiedenen Industriegebieten im allgemeinen unruhig werden sollte. Dieses Einsetzen der Miliztruppen soll nur nach vorheriger Verständigung mit den zuständigen Ministerien geschehen, um Komplikationen zu vermeiden, die, wie wir ja in München und anderwärts gesehen haben, immer viel mehr böses Blut und viel größere Erregung hervorrufen, als wenn es dann wirklich einmal hart auf hart geht. Wir haben zu dem Zweck Waffen in gut gesicherten, vom Militär verwalteten Depots. Darüber hinaus können wir Waffen nicht ausgeben.

Nun werden wir ja von der „Heidelberger Zeitung“ fortgesetzt in der schlimmsten Weise angefeindet (Zuruf von der Deutsch-Nationalen Volkspartei: Sie ist nicht deutsch-national!). Sie ist nicht deutsch-national; ich will sie Ihnen nicht antreiben, Sie würden sich ja dagegen wehren. Aber ich muß die „Heidelberger Zeitung“ in dem Zusammenhang nennen, weil sie in wunderbarem Zusammenwirken mit den Herren der Deutsch-Nationalen Partei arbeitet (Sehr richtig!). Die

„Heidelberger Zeitung“ darf heute eine Sache aufgreifen, dann undbittig sie auch sofort an, daß die Deutsch-Nationale Partei eine Interpellation des entsprechenden Inhalts beim Landtag einreichen wird, also nicht nur eine Ideenverbindung, sondern ich glaube, daß hier sogar eine organisatorische Geschäftsverbindung vorliegen muß, obwohl diese Zeitung nicht das Organ der Deutsch-Nationalen Partei ist. Dieses Organ verlangt nun von uns fortgesetzt Aufschluß darüber, was wir eigentlich machen, wenn einmal Komplikationen eintreten. Man soll also öffentlich sagen, was wir machen werden, wenn es einmal im Lande brennt, wie wir gegen die spartakistische gerichteten Kreise vorgehen wollen und ob wir das überhaupt wollen, wie hier in einem Artikel gesagt ist, und ob wir bereit seien, ebenso wie die Spartakisten sich bewaffnen, das Bürger- und Bauerntum zu bewaffnen. Ich muß schon erklären: So wenig wir das bisher getan haben, werden wir es auch in der Zukunft tun. Wir werden auf solche Anfragen keine Antwort geben (Sehr richtig!), deswegen keine Antwort geben, weil wir gar keine Lust haben, eines uns feindlich gesinnten Blattes wegen oder eines sogar persönlich zugespielten Kampfes wegen unseren Feinden von links unsere Karten aufzudecken. Aber das eine will ich von der Stelle aus erklären. Die jetzigen Stunden, in denen wir leben und in denen wir diese Angelegenheit zum Austrag bringen, sind wahrhaftig ernste Stunden für unser deutsches Vaterland (Sehr richtig!). So sehr wir darauf aus sind, politisch vorsichtig zu handeln und zuzugeben, solange es geht, um das Fliehen von Bruderblut, um den Bürgerkrieg zu vermeiden, so sehr wir sonst unsere ganze Arbeit darauf richten, die Dinge diplomatisch zur Erledigung zu bringen, über diese Schwierigkeiten diplomatisch hinwegzukommen, so sehr sind wir darüber hinaus festen Willens — und diesen Willen habe ich in der nachdrücklichsten Weise auf einer Landesversammlung der Arbeiterräte zum Ausdruck gebracht — auf die gegen uns angelegte Gewalt mit Gewalt zu antworten (Sehr richtig!). Ich glaube, daß wir in der nachdrücklichsten Weise antworten werden und daß selbstverständlich unsere organisatorischen Vorbereitungen so getroffen sein müssen, daß wir nicht zu denen gehören, die, wie man sagt, von den Hunden gebissen werden, weil sie die letzten sind. Aber man soll doch der Regierung nicht fortgesetzt Forderungen stellen, die erstens einmal nicht erfüllbar sind, und man soll der Regierung nicht fortgesetzt durch Preßpolemiken, durch Artikel in den Zeitungen das Leben erschweren und den Mißmut der bürgerlichen Bevölkerung gegen diese Regierung großziehen (Sehr richtig!), denn darauf läuft es doch in letzter Linie hinaus. Ich werde nachher noch an Hand von anderen Artikeln beweisen, daß man unsere Beamten, daß man das Bürgertum gegen diese Koalitionsregierung aufspalten will (Sehr richtig!), in dem Falle nicht gegen die Sozialdemokratie, sondern gegen das Zentrum und die demokratische Partei (Sehr richtig!), und ich glaube, diese Unternehmungen müssen mit allem Nachdruck zurückgewiesen werden, und so leid es mir tut, wir müssen diese Dinge auch hier von diesem Tische aus aussprechen. Ich glaube, damit gesagt zu haben, daß wir gewillt sind, unsere Schuldigkeit zu tun, und wer Gelegenheit hat, in unserem engsten Kreise zu verkehren, und wer unsere Intentionen kennt, wird uns solche Unterschiede nicht machen, wie sie hier verschiedentlich gemacht worden sind. Wir würden, wenn das anzunehmen wäre, wenn diese Annahme Berechtigung hätte, überhaupt nicht auf diesem Posten stehen, davon können Sie überzeugt sein. Ich möchte die Partei und die Fraktion sehen, die Leute auf einen solchen Posten stellt, die kein Rückgrat haben, und die nicht wissen, was sie wollen.

Nun ist die zweite Interpellation gestellt wegen der Frage des Eintretens von Mitgliedern der Deutsch-Nationalen Partei in die Freiwilligen-Bataillone. Der Herr Abg. Mayer hat zwar gemeint, daß die von mir zugegebene und widerspruchslos geduldete Antwort oder Nichtigstellung nicht das Richtige getroffen habe; sie habe den Sachverhalt nicht verändert. Ich darf dem Herrn Abg. Mayer sagen: Es widerspricht meinem Naturell von Haus aus, ohne Not überhaupt gegen einen Menschen oder gegen eine Partei etwas zu sagen. Ich habe in dem Zusammenhang, da, wie das Hohe Haus so gut wie ich weiß, die Angriffe gegen die Freiwilligen-Bataillone in der Arbeiterschaft von Tag zu Tag schärfer geworden sind, von dem Gesichtspunkt aus gesagt, — diese Angriffe sind gewürzt durch die bekannte Behauptung: wir nehmen kaiserliche Offiziere hinein, es sind konservative Personen als Offiziere darin — daß selbstverständlich weder in dem einen noch in dem andern Falle Leute

deren Zwecken den Freiwilligen-Bataillonen angehören wollen und nicht zu denjenigen, für welche die Freiwilligen-Bataillone gegründet sind (Sehr richtig!). Ich kann Ihnen sagen: Wir waren in mehr als einem Falle in den letzten Monaten genötigt, sowohl Spartakisten aus den Reihen der Freiwilligen-Bataillone zu entfernen, als auch in einzelnen Fällen Personen, durch welche uns von der anderen Seite her Schwierigkeiten entstanden, wo es zweckentsprechend war, sie wegzutun, um Unruhen in den Bataillonen selbst zu vermeiden. Es ist nicht richtig, was der Herr Vorredner gesagt hat, daß die Arbeiter nicht in großem Maße zu den Freiwilligen-Bataillonen gehören (Abg. Mayer-Karlsruhe: Das habe ich nicht gesagt!). Ja, der Herr Vorredner hat davon gesprochen, dem Aufruf der Freiwilligen-Bataillone leisteten die Arbeiter keine Folge, Koste habe dann selbst die Studenten auffordern müssen, in die Freiwilligen-Bataillone einzutreten usw. Daraus geht doch hervor, daß die Arbeiter nicht folgen und andere Kreise eingeladen werden müssen. Davon hat der Herr Vorredner gesprochen. Darauf möchte ich ihm sagen, daß in den Freiwilligen-Bataillonen allerdings Arbeiter in erheblicher Zahl vorhanden sind. Es sind nicht sogenannte gut bürgerliche Kreise. Wenn er vom Knochen spricht, der dem Volk hingeworfen werde, so will ich einmal das Ding umbrechen. Es sind nicht sogenannte gut bürgerliche Kreise, die ihre Haut zu Markte tragen für das Vaterland und für die Erhaltung der Ordnung im Vaterland. Es sind in der größten Zahl Arbeiter. Diesem Willen der Arbeiter in den Bataillonen müssen wir Rechnung tragen, und wenn sie das Gefühl haben, es sind Offiziere oder einzelne Leute unter ihnen, die monarchische Redensarten führen und immer und immer wieder die Leute in den Bataillonen aufspalten insofern, daß sie alles Böse, was wir jetzt erleben, als Zeugnis dafür ins Feld führen, was ungerechtfertigt und unhaltbar die jetzige Regierungsform ist, und wie nötig es wäre, wieder die alte Regierungsform einzusetzen in ihre Ehren, diese Personen zu entfernen. Es mußte in einzelnen Fällen gegen solche Personen vorgegangen werden, nicht zu dem Zweck, um der Deutsch-Nationalen Partei wehe zu tun, sondern zu dem Zweck, um die Einheit der Freiwilligen-Bataillone zu erhalten, ihre Aktionskraft, ihre Stoßkraft zu erhalten, denn wo wollte das hinführen, wenn von rechts oder links derart störende Teile in solchen Bataillonen vorhanden wären. Die Spartakisten haben in organisatorischer Weise ihre Leute in die Bataillone hineingeschoben nach einem bestimmten System überall in ganz Deutschland und wir müssen immer und immer wieder darüber wachen, daß die Leute nicht länger in den Bataillonen sind, als absolut erträglich ist, und daraus entfernt werden, sobald man sie erkennt. Wenn man diese Erwägungen und Erfahrungen kennt, dann wird man er verstehen, wenn nun der Minister auf einer Versammlung, wie einer Versammlung der A- und S.-Räte aus diesen Erfahrungen heraus erklärt: Selbstverständlich werden Personen, die offen — sagen wir einmal — Propaganda machen für eine Parteiidee in dem Zusammenhang, daß sie offen Propaganda machen in einem Körper, wo das unmöglich geduldet werden kann, — in einer solchen Körperschaft nicht geduldet. Ich habe in diesem Zusammenhang weder von der Deutsch-Nationalen Partei gesprochen noch von einzelnen Personen, sondern lediglich von Tatsachen, die allgemein bekannt sind, und über die sich jeder klar ist, der nicht von vornherein sich als voreingenommen betrachtet gegenüber alledem, was jetzt leider gemacht werden muß.

Ich will, um Ihre Zeit nicht allzu lange in Anspruch zu nehmen, — ich bedauere, etwas länger haben ausholen zu müssen — nun zum Schluß kommen. Ich habe schon einmal auf die „Heidelberger Zeitung“ hingewiesen, und ich nehme an, daß Sie von den verschiedensten Artikeln der „Heidelberger Zeitung“ unterrichtet sind. Sie liegen auf derselben Linie, von der ich bis jetzt gesprochen habe; bezüglich des letzten Artikels aber vom 10. Juni, werden Sie mir verzeihen, wenn ich ihn hier etwas ausgiebiger zur Sprache bringen muß, weil er die Tendenz am besten kennzeichnet, wie gegen die Regierung und gegen Mitglieder der Regierung gearbeitet wird. Er ist überschrieben: „Großherzogliche Möbel für „Volks“-Minister?“ Vor einigen Wochen konnte man in der Presse lesen, heißt es da, daß wir keine Beamtenwohnungen bekommen, sondern unsere Wohnungen bezahlen müssen mit unserem Wohnungsgeld. Wer die Spitze in die Öffentlichkeit lanziert hatte, weiß ich nicht, aber es wurde angeführt. „Das neue Pressebureau im Ministerium des Innern“ — und nun wird das Pressebureau heruntergerissen, das gehört aber nicht zur Sache — „hätte „an Alle“ die Mitteilung geben müssen,

daß die neuen Minister erheblich mehr an Gehalt sich bewilligt haben, als die früheren, daß es also kein Kunststück ist, wenn sie Miete bezahlen, ganz abgesehen davon, daß diese Offiziösen sich hüten, zu sagen, welche Summen denn die neuen Machthaber für ihre Wohnungen bezahlen." Ich kann Ihnen erklären, keiner der Minister hat sich einen Gehalt bewilligt, sondern wir sind in die Gehaltsklassen und in die Bezüge der alten Minister eingetreten, ganz selbstverständlich, sonst hätte der Landtag davon Kenntnis haben müssen. Soll ich nun an diese Lüge der „Seidelberger Zeitung“ eine große moralische Entrüstungspause hängen? Ich glaube, es ist nicht nötig, denn ich werde Ihnen nachher sagen, wie schlimm derartige Dinge natürlich im Lande wirken müssen.

„Ist es wahr“, so fragt nämlich die „Seidelberger Zeitung“, „wie man sich erzählt, daß einige der Herren Minister aus Großherzoglichem Besitz Möbel erbeten und erhalten haben, um ihre Wohnungen standesgemäß auszugestalten? Bei Bildung der Regierung wurde bekanntlich beschlossen, das Staatsministerium wohnlich vollständig einzurichten, und als die derzeitigen Minister — das ist nicht erhebend, daß ich diese Dinge hier sagen muß — in den Dienst eingetreten waren, haben sie, die Regierung, haben die Kollegien beschlossen, nicht von den dem Großherzog gehörigen Möbeln, vielmehr von den dem Staat gehörenden, hier an den verschiedensten Stellen stehenden Möbeln, ein Zimmer, einen sog. Repräsentationsraum einzurichten mit Stimmöbeln, leihweise. Die Minister wissen ja nicht, ob sie nach drei, vier, fünf oder sechs Monaten noch im Amte sind und sie können selbstverständlich mit ihrem Eintritt in das Amt keine 20 000 M. Schulden machen, was heute etwa eine Saloneinrichtung kosten würde. Diese vorhandenen Möbel müßten also verkauft werden, durch Versteigerung oder man müßte sie irgendwo auf einen Speicher stellen. Sie sind nun einstweilen in die Wohnungen der Minister gestellt, zu dem Zweck, einem Bedürfnis gerecht zu werden, das an jeden einzelnen Mann herantritt. Wir haben nicht nur im Bureau keine Ruhe, wir haben auch noch Besuch, wenn wir nach Hause kommen. Wir kommen von unten her, auf des Weges, wir haben keine Glücksgüter, haben keine Kriegsgewinne gemacht und wir waren bis jetzt bestrebt, ehrlich durchs Leben zu kommen und wollen nicht etwas Unrechtes, wir wollen unsere Familien auch nicht ins Unglück bringen dadurch, daß wir dieses schwere Amt übernommen haben. Ich kann Ihnen sagen, wir haben mehr wirtschaftliche Opfer bringen müssen, als ich sagen darf; aber daß die einfache Anstandspflicht, die der Staat seinen Beamten gegenüber übernehmen muß, deshalb, weil er ihnen keine Pension gibt, deshalb, weil sie, wenn sie morgen weggeschickt werden, vielleicht monatelang brotlos sind, daß diese Anstandspflicht ausgenützt wird in einer persönlichen, niederträchtigen Weise, ist das Unverhörteste, was wir bis jetzt über uns haben ergehen lassen müssen. Ich glaube, es ist tieftraurig, daß wir auf diesen Stand der öffentlichen Meinungsäußerung zurückgekommen sind.

Und nun, Herr Abg. Mahler, verweisen Sie mich auf die Verfassung, die freie Meinungsäußerung. Das Vorgetragene gehört zwar nicht zur Sache, aber ich muß doch darauf hinweisen, daß es dieselbe Presse ist, die fortgesetzt die Geschäfte der Herren besorgt, und die in der Richtung weiter das Ansehen der Regierung zu untergraben versucht, damit wir in der öffentlichen Meinung kein Ansehen mehr haben sollen. Ich will nun auch sagen, woher es kommt, zu welchem Zwecke es gemacht worden ist.

Es heißt hier weiter: „Wenn dem wirklich so ist, was sagt denn dazu das ganze Ministerium, insbesondere der Herr Finanzminister?“ usw. Dann: „Verdiente Männer . . . erhalten einfach mehr, und damit sie sich nichts kaufen müssen, gibt ihnen der Staat noch die Möbel! Was würde der Herr Finanzminister sagen, wenn andere Beamte, denen bei ihrem miserablen Gehalt und der täglich sich verringernenden Aussicht, vorwärtszukommen, weil sie sich nicht als politische Streber oder Charakterlose Männer „verdient“ machen, die Mittel fehlen, um sich Möbel zu kaufen, zu ihm kämen und Möbel aus dem Großherzoglichen Schloß verlangten? Ja, wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe!“

Wenn die Herren Minister repräsentieren müssen, so schaffen man, Räume sind ja genug da, einen Repräsentationsraum, der allen Herren zur Verfügung steht, aber wenn die Herren sich nur in ihren bisherigen Betten nicht mehr genügend wohl oder standesgemäß untergebracht fühlen, dann mögen sie sich von ihren hohen Gehältern neue kaufen, wie es alle anderen Beamten auch machen müssen.

Wirklich ein schlechtes Vorbild für die Beamtschaft, für die man bisher nichts übrig gehabt hat als Nebenarten, und ein Mißbrauch mit Staatseigentum, „das der Allgemeinheit gehört und für diese verwertet werden muß, und nicht den Herren Ministern.“ (Hört, hört! und Pfuirufe links). Ich glaube, damit ist die Tendenz dessen klar gestellt, was hier spielt. Die Zeitung selbst leistet sich schließlich das stärkste Stück, indem sie am Schlusse sagt, wir möchten der Notiz nur anfügen, daß es sich nach unseren Erkundigungen um zwei nicht-bürgerliche Minister handelt. Ich kann erklären: Es ist unwahr, es handelt sich um Leute aus allen Parteirichtungen aus denselben Gründen, die ich vorher angegeben habe.

Ich komme damit zum Schluß, daß ich mit dem Vorredner, dem Herrn Abg. Mahler sage: Auch wir haben diese persönlichen Anordnungen satt. Aus diesen Gedanken, aus diesen Erwägungen, aus diesen Zeichen des politischen Kampfes entspringt die Haltung der Regierung. Die Regierung kann unmöglich diese Dinge unbeachtet lassen, so tun, als ob dieselben nicht existierten und sie kann unmöglich im Lande draußen die Dinge dann so treiben lassen, wie ich es eingangs gesagt habe von der „Süddeutschen Zeitung“ und deren Angriffen auf die Regierung anlässlich des Friedensvertrages. Ich glaube somit, daß das Hohe Haus keine Notwendigkeit haben dürfte gegen das Verhalten des Ministers des Innern sowohl wie das Verhalten der Staatsregierung Einspruch zu erheben oder uns gar vorzuwerfen, wir hätten taktisch unklug gehandelt, unsere Geschäfte nicht richtig geführt bezw. unsere Befugnisse überschritten. Ich kann erklären, daß wir selbstverständlich bestrebt sind, ohne Not Komplikationen dieser Art nicht herbeizurufen, daß wir bestrebt sind, mit allen Parteien des Hauses, auch mit der Deutsch-Nationalen Partei so zu arbeiten, wie es der Lage unseres Landes entspricht, nämlich vorwärts und aufwärts zu kommen und im Lande wieder Ruhe zu erhalten, um unsere zusammengebrochene Volkswirtschaft aufzubauen und die Menschen wieder einer besseren Existenz entgegen zu führen. Aber die Erscheinungen, die wir von links haben, die Absicht, unsere Existenz zu unterminieren, den Bestand der jetzigen Gesellschaftsordnung unmöglich zu machen, sie wird bis zu einem gewissen Grad, wenn auch unabsichtlich und ungewollt, unterstützt von einer derartigen Propaganda, wie ich sie Ihnen jetzt vorgezeichnet habe. Und um zu vermeiden, daß diese beiden Pole dem Bestand der jetzigen Ordnung gefährlich werden, sind wir allerdings der Auffassung, daß, wenn wir Ruhe haben wollen im Lande und die große Masse des Volkes, die in den drei Parteien sich verlor, zusammen halten wollen zu gemeinsamer Arbeit, wir selbstverständlich bei den Freiwilligen-Bataillonen die Leute von ganz links fern halten müssen und die Leute von rechts, die sich herausstellen als Propagandisten für die Monarchie eben, so fernhalten müssen, wie die Leute von links (Sehr richtig! links). Etwas anderes habe ich nie erklärt, und niemand hat das Recht, dem Minister des Innern etwas anderes zu unter-schieben (Abg. Mahler: Karlsruhe: Schwach, schwach!).

In der sich anschließenden Besprechung der Interpellation erhalten das Wort:

Abg. Weiskmann (Soz.):

Wir haben gestern und vorgestern von dem Terror von links geredet. Im gewissen Sinne ist ein politischer Sturmwind über den Terror von links dahingebraut. Aber die Deutsch-Nationalen dieses Hauses zwingen uns heute, uns mit dem Terror von rechts nachdrücklich zu beschäftigen. Denn ich möchte gleich einleitend feststellen, daß nach meiner Auffassung die Terroristen und Spartakisten von links gemacht worden sind durch die Terroristen und die Spartakisten von rechts. (Widerspruch rechts). Ich muß gestehen, ich habe geglaubt, daß die Führer der Deutsch-Nationalen in diesem Hause klüger handeln würden, als die Interpellation an einem Tage verhandeln zu lassen, wo wir die Früchte ihrer Politik in Proteststreiks und Demonstrationen sehen, wo in dem Augenblick, in dem wir hier versammelt sind, draußen in der Karlsruher Festhalle Tausende protestieren gegen die Leitung unserer Politik im Innern und gegen die Zustände, die durch sie heraufbeschworen worden sind. (Abg. Mahler-Karlsruhe: Verehrter Herr Weiskmann, Sie sind doch sonst so geschickt!) Ich glaube, wir werden im Laufe der Debatte den Herren beweisen und beweisen müssen, daß sie verantwortlich sind für die Politik der Konservativen vor dem Krieg und im Krieg, und daß die Folgen dieser Politik die ganzen jetzigen erbärmlichen Zustände mit herauf beschworen haben. (Abg. Mahler-Karlsruhe: Ach! Ach!) Ich stehe seit 25 Jahren in der . . .

beiterbewegung und habe mit tausenden von Arbeitern gesprochen. Ich kenne das Seelenleben der Arbeiter, ich suche es zu ergründen und zu verstehen, warum wir heute in Deutschland, in der sogenannten politischen Kinderstube, Spartakisten und Kommunisten haben. Mancher von denen, mit denen ich jahrzehntelang gearbeitet habe, in Norddeutschland und Süddeutschland, sind heute auf der Seite der Spartakisten und Kommunisten, ohne daß man sie ohne weiteres als politische Verbrecher bezeichnen kann. Und wenn das der Fall ist, dann trifft Sie ein ganz ungeheures Maß von Schuld an den Dingen. (Abg. Fischer-Lahr: Wir waschen unsere Hände in Unschuld!)

Ich möchte nun betonen, daß die sozialdemokratische Fraktion sich vorbehaltlos, auch gegenüber der jetzigen Regierung Kritik anzuwenden. Wir haben das gestern bei Besprechung der Vorgänge in Wahlen bewiesen. Wir haben da erklärt, wir sind nicht ohne weiteres einverstanden, wenn die Regierung sagt, sie würde im Falle Wahlen Gendarmen entsenden. Aber wir erklären heute, und ich glaube das im Namen meiner Fraktion sagen zu können, daß wir reslos das atzeptieren, was der Herr Minister des Innern der Interpellation entgegengestellt hat (Abg. Mayer-Karlsruhe: Das glaube ich!). Wir dürfen betonen, daß die Deutsch-Nationalen zu sehr ungelegener Zeit die Kritik an der Stellungnahme der Regierung ihnen gegenüber aufgerollt haben. Der Herr Minister des Innern hat davon gesprochen, daß nach der Kundgebung der Friedensbedingungen die konservative Geschäftsstelle in Berlin erklärt hat: „Diese Situation muß von uns unbedingt agitatorisch ausgenutzt werden.“ Wenn Sie lernen wollen, dann nehmen Sie sich ein Beispiel an der badischen sozialdemokratischen Fraktion. Wir haben in diesem Hause bei Gelegenheit der Besprechung der Friedensvorschläge der Entente respektive derjenigen Vorschläge, die uns die Entente übermittelt hat, in unserer Fraktion eine Strömung gehabt, die da sagte: Es ist notwendig, bei dieser Gelegenheit den Deutsch-Nationalen zu sagen, daß sie einen großen Teil der Schuld tragen, daß die Entente es wagt, uns derartige Friedensbedingungen zu stellen. Wir haben uns aber beschieden und Zurückhaltung geübt, weil es uns notwendig schien, im Interesse des Landes, im Interesse Badens keinen Gebrauch davon zu machen und gerade jetzt diese politische Abrechnung vorzunehmen. Wenn die Herren ein bisschen auf gepaßt hatten auf das, was mein Parteifreund, der Abg. Marum gesagt hat, dann würden sie aus seinem Mund gehört haben, daß wir die Abrechnung vornehmen wollen und daß aufgeschoben nicht aufgehoben ist. Das hätten Sie sich auch merken und sich sagen sollen: In diesem Augenblick ist nicht zeitgemäß, hier diese Differenzen zwischen der Koalitionsregierung und uns, den Deutsch-Nationalen, hineinzuwurfen. Aber es ist schon so: Die Regierung sowohl des Deutschen Reiches, als die badische Regierung kann es machen, wie sie es will, den Deutsch-Nationalen wird sie es selbstverständlich nie recht machen (Abg. Mayer-Karlsruhe: Das weiß man nicht!). Ich darf im Anschluß daran, was der Herr Minister des Innern sagte, nur darauf verweisen, daß der deutschen Nationalversammlung ein Antrag der Deutsch-Nationalen vorliegt, der lautet:

„Sowohl die Friedensbedingungen der Entente wie die Gegenvorschläge der deutschen Regierung sind als unerfüllbar und unerträglich und als mit der Zukunft und der Ehre des deutschen Volkes unvereinbar abzulehnen.“

Ja, wenn das politische Weltbild ist, so frage ich mich vergebens: Was denken die Herren denn, wenn die deutschen Vorschläge nicht akzeptiert werden, was soll dann aus uns werden, was soll aus dem unglückseligen Deutschland werden?

Das ist Ihre Politik (nach rechts), diese fluchwürdige Politik, die Deutschland an den Rand des politischen, wirtschaftlichen und moralischen Abgrunds gebracht hat, die Sie nie die Zeichen der Zeit verstehen wollen, die Sie nun das Rezept, das Sie vor dem Kriege und im Kriege angewandt haben, auch jetzt für ausreichend halten, um große Nationen und Staaten zu regieren!

Es nützt gar nichts, daß Sie sagen: Wir in Baden haben in der Regierung nicht den Einfluß, wir haben auch sonst nicht den Einfluß! — Das eine sieht fest: Hätten wir in Preußen keinen preußischen Wahlrechtskampf gehabt, hätten sich die preußischen politischen Gesinnungsgenossen der Herren von rechts und mit ihnen die preußische Regierung nicht Jahre und Jahrzehnte lang gestraubt gegen die Revidierung des preußischen Wahlrechts und wäre man in der Regierung nicht

in Deutschland die Revolution nicht in dieser Form bekommen und demzufolge auch nicht diese ganz elenden Zustände der Gegenwart zu verzeichnen.

mit der unseligen Annexionspolitik vorgegangen: Wir hätten

Sie fragen manchmal: Warum gibt es denn Kommunisten, warum gibt es Unabhängige und warum gibt es Spartakisten? Ich habe in einer persönlichen Bemerkung einem Ihrer Parteifreunde heute morgen gesagt: „Sie müssen zu begreifen versuchen — ob es richtig ist, darauf kommt es nicht an — daß große Massen der Bevölkerung, große Massen der Arbeiterschaft befürchten, die Reaktion komme wieder einmal von Ihrer Seite, Sie würden alles tun, um diese Reaktion heraufzubeschwören“ — und der Herr Minister hat sehr richtig gesagt: *principiis obsta, resistete den Anfängen.* Wir in Baden fürchten Sie nicht, das dürfen Sie glauben. Aber weite Kreise in Preußen stehen noch hinter Ihnen. Da sagen die Arbeiter und da sagen auch viele meiner Parteifreunde: Die Reaktion marschiert wieder, die Reaktion kommt wieder oben auf, da müssen wir protestieren, protestieren, weil Lebiné hingerichtet ist usw. Das ist der Gedankengang. Ich teile diese Auffassung nicht, ich glaube nicht, daß die Reaktion die Macht und die Kraft hat, die alten Zustände wiederherzustellen. (Abg. Mayer-Karlsruhe: Wir haben doch Lebiné nicht hingerichtet! — Zuruf von links: Das ist noch nicht bewiesen, wer ihn hingerichtet hat! — Abg. Mayer-Karlsruhe: Ich jedenfalls nicht! — Große Heiterkeit.)

Der Herr Abg. Mayer meint eben, er habe Lebiné nicht hingerichtet. Nun, darauf kann man antworten: Wenn Lebiné-Rissen allein auf das Verdikt der Mayer und Gen. angewiesen wäre, dann wäre er genau so hingerichtet worden, wie das jetzt geschehen ist (Sehr richtig! links). Heute morgen brachte die Presse die Mitteilung, daß die Sozialdemokraten der bayerischen Regierung gegen die Vollstreckung des Todesurteils gegen Lebiné-Rissen gestimmt haben. Wenn Lebiné-Rissen hingerichtet worden ist, so viellecht deswegen, weil gerade der Geist, weil Ihr Geist, die Richter u. auch die Vollstreckenden besetzt hat, die in letzter Linie die Verantwortung hatten. Ich glaube also, es war ungerecht, wenn der Herr Abg. Mayer sagte: Wir haben ihn nicht hingerichtet! Sie hätten wenn Sie die Möglichkeit gehabt hätten und die Revolution einen anderen Ausgang genommen hätte, Hunderte von uns an dem Galgen baumeln lassen (Abg. Mayer-Karlsruhe: Das sind Kindereien!), weil wir wissen, daß Revolutionen letzten Endes Machtfaktoren sind. Und meine Parteifreunde sagen gar oft: Die Revolution hat nur den einen Fehler gemacht, daß zu viele von den Leuten am Leben geblieben sind. Das ist natürlich nicht zu billigen. (Abg. Mayer-Karlsruhe: Sie ein blutrünstiger Mann! — Heiterkeit.) Nein, ich bin kein „blutrünstiger Mann“. Ich will Ihnen nur sagen, wie die großen Massen draußen denken! Das sollen Sie verstehen, weil Sie sonst nicht glauben wollen, weil Sie sonst der Meinung sind, Ihre Auffassung sei in einer Weise verbreitet, daß die anderen Auffassungen gar nicht zur Geltung kommen könnten! Ich sage also: Es ist verfehlt, nach dieser Meinung der Konservativen die Öffentlichkeit zu beurteilen.

Ich will Ihnen aber sagen: So ganz unbegründet sind die Besürchtungen nicht. Es wurde gestern in den Zeitungen mitgeteilt, daß in Baden ein Flugblatt verbreitet wird — es soll auch in der Hauptsache an die bürgerlichen Parteien gehen —, und in diesem Flugblatt, das stark antisemitische Tendenz hat, ist u. a. zu lesen:

„Unsere heutige Regierung besteht fast ausnahmslos aus Juden und Freimaurern.“ (Heiterkeit). „Aber an den Galgen mit den Drahtziehern der Revolution; an den Galgen, bevor sie uns selbst ganz zugrunde richten! Wir wollen wieder ein Oberhaupt haben, das uns führt. Wir wollen wieder kämpfen gegen unsere Feinde. Wir wollen siegen oder untergehen!“

Ja gewiß, Herr Abg. Mayer: „Wir wollen siegen oder untergehen!“ Ich habe mich manches Mal gefragt, bei der Revolution und nach der Revolution, warum denn manche von den Herren, die heute wieder ziemlich laut sind, und auch manche Offiziere lieber nicht untergegangen sind, anstatt gewissermaßen, sagen wir, der Revolution aus dem Wege zu gehen (Heiterkeit links). Wir dürfen ganz ruhig bekennen, daß wir einen anderen Widerstand dieser Leute gegen die Revolution erwartet hätten. Wir machen gar kein Geheimnis daraus, daß jeder von uns bereit ist, mit seinem Leben abzuschließen, wenn es notwendig wäre. Wir stehen für die Partei, der wir seit Jahrzehnten angehören, mit unserem Blut ein. Das eine können wir sagen: Wo sind die Männer von Ihnen geblieben, die sich an die Spitze gestellt haben, um die Revolution abzuwehren? (Abg. Mayer-Karlsruhe: Das ist ja lächerlich! —

Abg. Fischer-Lahr: Deshalb brauchen Sie einem nicht vorzuwerfen, man wolle Gegenrevolution machen! Es ist ja ein Redner Ihrer Fraktion gemeldet, der kann ja antworten!

Es heißt in dem betreffenden Zirkular weiter:

„Wir rufen einen Mann an unsere Spitze, der sein Vaterland über alles liebt, der ein tüchtiger Führer ist und der das Herz hat für seine Untergebenen. Der Mann ist da!“

(Heiterkeit und Zurufe links: Wo?) Ja, ich suche auch vergeblich nach dem Namen dieses Mannes, wo der Mann sein soll, der sich in Deutschland an die Spitze stellen wird, um der Revolution den Kragen abzdrehen (Abg. Mager: Kostel!) Ja, Kostel ist ein Sozialdemokrat! Wenn mancher von Ihnen (nach rechts) den Mut aufbringen würde, den Kostel aufbringt, würde ich sagen: Achtung vor diesen Leuten, sie haben den Mut, für ihre Ideen zu sterben! Und das ist ganz außerordentlich thpisch, daß es gerade ein Sozialdemokrat ist, der den Mut und die Kraft hat, uns aus den heutigen schweren Verhältnissen zu einigermaßen geordneten Zuständen zu führen (Abg. Mager-Karlsruhe: Die meisten Hindernisse kriegt er von Ihnen!) Die meisten Hindernisse kriegt er von uns? Sagen Sie. Aber doch nur aus dem Gedankengang heraus, den ich Ihnen vorhin vorgetragen habe, daß die Arbeiter befürchten, der Militarismus werde wieder Macht gewinnen und gefährde die Interessen und die Ideen der Revolution! Das dürfen Sie glauben, nicht Ihnen zuliebe hat Kostel sich an die Spitze der deutschen Truppe gestellt (Sehr richtig! links), sondern uns zuliebe, dem deutschen Vaterlande zuliebe, der sozialistischen sozialen, ökonomischen, geistigen und kulturellen Notwendigkeit wegen! (Abg. Mager-Karlsruhe: Das danken Sie ihm aber schlecht!) Ob man es ihm danken wird, darauf kommt es nicht an. Das spielt heutzutage bei so großen geschichtlichen Vorgängen gar keine Rolle, ob ihm Dank wird oder nicht. Die Hauptsache ist, was hat er geleistet und was hat das Vaterland von einem solchen Mann profitiert!

Wenn davon gesprochen worden ist, wenn man sich beklagt, Sie würden von der Reichsregierung angegriffen, so möchte man sagen (Unruhe und Zwischenrufe rechts): Arbeiten auch Sie darauf hin, daß in Ihren Kreisen man mehr Verständnis für die gegenwärtigen Verhältnisse hat, als wir das leider beobachtet haben! (Sehr richtig! links). Ich meine die Monopolpolitik der ehemaligen Offiziere. Das mag sonderbar klingen, manchem auch gewiß kleinlich vorkommen, aber heutzutage ist es so, daß viele ehemalige Offiziere glauben, ohne das Monopol nicht auf die Straße gehen zu können (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Und das ist zweifellos ein Stück Provozierung vieler derer, die mit der Revolution verwachsen sind und die der Revolution um jeden Preis den Fortgang wünschen. Ich sage also, wir sehen, daß heutzutage die Gefahr der Reaktion noch besteht, und wenn sich die Regierung dagegen wehrt, so tut sie nur ihre Pflicht, denn sie muß sich sagen: wir werden uns von diesen Leuten nicht eines Tages über den Haufen rennen lassen (Sehr richtig! links). Wenn Sie ein bißchen Sinn für Politik hätten, dann müßten Sie sich sagen: der Regierung, die diese ungeheuer großen Schwierigkeiten zu überwinden hat, wollen wir nicht die Knüppel in den Weg werfen; denn bei jedem Flugblatt, das herauskommt, bei jeder Rede eines Ministers, ist die Deutsch-Nationale Partei mit einer Interpellation da (Unruhe bei den Deutsch-Nationalen). Herr Abg. Mager spricht bei jeder Gelegenheit darüber, daß er die Regierung unterstützen will. Seine Unterstützung geht dahin, dieser Regierung möglichst viele Knüppel zwischen die Beine zu werfen (Abg. Mager-Karlsruhe: Beweis! — Zuruf des Abg. Fischer-Lahr — Zurufe bei den Sozialdemokraten: Ihr habt's nicht nötig, Forderungen zu stellen!). Ich möchte nicht auf die Gebiete gelockt werden, die mit der Interpellation in keinen Zusammenhang zu bringen sind (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Aber die Tatsache steht fest, Herr Abg. Fischer, der Stand, dem Sie angehören, der hat es nicht notwendig zu fordern, der ist durch den Krieg in einer Weise gesund geworden, . . . (Lebhafte Unruhe rechts und Zwischenrufe).

Präsident Kopf (unterbrechend):

Herr Abg. Fischer, es können nicht zwei gleichzeitig reden (Heiterkeit und Zustimmung).

Abg. Weismann (fortfahrend):

Ich sage also, wenn von der Seite gesagt wird, wir fordern, so sagen wir, bei uns kommen die Forderungen aus der Not und aus dem Elend, aber bei dem Stand, dem Sie

angehören, ist es wahrlich nicht notwendig, daß Sie fordern, denn der Krieg hat Ihnen vieles gebracht, wonach die anderen lechzen würden: nach dem Wohlergehen dieses Standes.

Der Herr Minister hat die „Heidelberger Zeitung“ zitiert als Beweis dafür, wie ungeheuer kleinlich man gegen die Regierung und gegen die Personen, die in der Regierung sitzen, vorgeht. Ich muß schon sagen, daß wir immer gedacht haben, seit wann ist diese „Heidelberger Zeitung“ konservativ geworden. Sie ist konservativ geworden anscheinend seit Ausbruch des Krieges. Die „Heidelberger Zeitung“ ist das Organ, welches in den besseren Bürgerkreisen von Heidelberg gelesen wird, und von dieser Seite aus wird wahrscheinlich die Politik geführt, die wir hier vertreten gesehen haben. Im übrigen ist es außerordentlich kleinlich, von den Möbeln der Minister zu sprechen, und kein Sozialdemokrat, keine sozialdemokratische Presse würde sich dazu hergeben, derartige Angriffe auf andere Parteien zu machen.

Ein Beispiel, was diese Herren sich leisten, geht auch aus der „Süddeutschen Zeitung“ vom 11. Juni d. J. hervor, in welcher darauf abgehoben ist, daß in Karlsruhe zwei Gesangvereine ein Konzert veranstalten, an das sich dann ein Banfett und Tanz anschließt. Und da sagt die „Süddeutsche Zeitung“, es wäre ein schändliches Vorkommnis, daß man in diesen Tagen ein Konzert mit anschließendem Tanz veranstaltet. Nun kann man sich zu Tanzvergnügen stellen, wie man will. Ich für meine Person habe sicherlich keinen Grund, sie zu befürworten (Heiterkeit). Das eine steht jedenfalls fest, daß ein Tanzvergnügen nicht so gefährlich ist, als die konservative Politik (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Wenn die preussische konservative Partei seit 30 oder 40 Jahren nur getanzt hätte, dann wäre das Unglück über Deutschland nicht gekommen, welches jetzt hereingebrochen ist (Sehr gut! links). Die Dinge liegen zweifellos so, daß man sich nicht darüber entrüsten sollte über das, was die Arbeiterschaft tut, sondern daß man versucht, alle Schäden unserer heutigen Zeit auszumergen. Ich will nur bemerken, daß das Konzert der beiden Gesangvereine im April festgesetzt worden ist, wo man noch nicht wissen konnte, daß am 13. oder 14. Juni die Friedensbedingungen zur Entscheidung kommen. Wir sehen eben, daß die Herren, die diese Politik treiben, auf die Gewalt abzielen, und wenn Herr Abg. Mager sagte, bei den Freiwilligen-Korps seien es nicht nur Arbeiter, sondern seien viele andere Stände, so können wir ihm sagen, daß nach neuen vorliegenden Zahlen, die bei der Zusammensetzung der Freiwilligen-Korps aufgestellt worden sind, sich ergeben hat, daß 87 Prozent der Angehörigen dieser Truppen den Arbeiter-, Handwerkerkreisen usw. entstammen, daß also zweifellos die Gesellschaftsschicht, der der Herr Abg. Mager angehört, keinen großen Anteil daran gehabt hat (Zuruf rechts: Auch Landwirte!). Gewiß, selbstverständlich auch Landwirte.

Herr Abg. Mager stellt dann in seiner zweiten Interpellation die Anfrage an die Regierung: „Wie stellt sich das Staatsministerium zu diesem Erlaß, und welche Schritte werden getan, um der Verwirrung und Zerklüftung des Volkes zu steuern?“ Ich möchte den Herren, den Deutsch-Nationalen und den preussischen Konservativen sagen: Sie werden gut tun, wenigstens ein halbes Jahrzehnt lang vollständig still zu bleiben (Sehr gut! links). Sie sollten sich sagen: Jetzt in diesen Tagen und besonders heute, wo vielleicht die deutschen Gegenvorschläge geprüft werden, wo die Entscheidung fällt über die wirtschaftliche und politische Zukunft des deutschen Volkes, da wird in Hunderten und Tausenden der Gedanke entstehen: Wem haben wir das alles zu verdanken? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten — Zurufe bei den Deutsch-Nationalen). Ja, wir sind es nicht gewesen, wir haben vom ersten Tage des Ausbruches des Krieges an für den Frieden demonstriert, wir sind bei jeder Gelegenheit dafür eingetreten, daß Frieden geschlossen wird, und gerade Sie, die landauf landab jahrelang während des Krieges gespottet haben über den Scheidemannfrieden (Zurufe bei den Sozialdemokraten: „Wenn sie ihn nur hätten!“ — „Jetzt haben wir den Ludendorfffrieden!“, gleichzeitig lebhaftes Zwischenrufe bei den Deutsch-Nationalen. — Der Präsident bittet die Zwischenrufe zu unterlassen). Ich muß bemerken, daß ich den Herrn Abg. Mager für einen besseren Politiker gehalten hätte. Wenn er sagt, jetzt haben wir den Scheidemannfrieden, so möchte ich ihm erwidern: Herr Abg. Mager, wenn wir den Scheidemannfrieden hätten, dann könnte Deutschland unter den jetzigen Verhältnissen noch außerordentlich gewinnen! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Dann hätten wir keine Annexionen, dann wäre vielleicht Elsaß-Lothringen

bei Deutschland, dann würde nicht Oberschlesien zu Polen kommen, dann hätten wir keine Kriegsschädigung zu zahlen, dann wäre Deutschland einigermaßen mit heiler Haut aus dem Krieg herausgekommen. Aber gerade das war es, was diese Leute stets außer Acht gelassen haben, daß sie unsere Gegner unterschätzt und unsere eigene Kraft überschätzt haben.

Ich will nicht auf den Krieg selbst eingehen. Dazu haben wir im Zusammenhang mit der Interpellation keine Veranlassung. Aber ich will nur auf das eine hinweisen, daß schon im Dezember 1914, wie dieser Tage die „Frankfurter Zeitung“ mitgeteilt hat, der Generalfeldmarschall Haeseler erklärt hat: „Ich glaube nicht, daß wir in absehbarer Zeit an der Westfront noch weitere entscheidende Erfolge erringen können, nachdem mit dem Stellungskrieg nunmehr als gegebener Tatsache gerechnet werden muß. Aber auch im Osten werden wir selbst bei großen Erfolgen ins Leere stoßen. Es scheint mir dabei, daß der Augenblick gekommen ist, in dem versucht werden muß, den Krieg zu beenden.“ (Hört, hört! links). Das war ein militärischer Fachmann, der das bereits im Jahre 1914 ausgesprochen hat und von dem Standpunkt aus muß man sagen, wäre der Scheidemannfrieden eine Erlösung für das deutsche Volk gewesen (Sehr richtig! links).

Aber in diesen Tagen, wie ich schon wiederholt gesagt habe, wird man sich fragen: Wem haben wir das alles zu verdanken? und wenn Herr Abg. Mayer einstmals von dieser Stelle erklärte, die Armee ist von hintenher erdolcht worden, so wird ihn eine dieser Tage erschienene Broschüre des Obersten Bauer eines anderen belehrt haben. Dieser politische Gesellschafter Ludendorffs (Abg. Mayer - Karlsruhe: Sie haben keine Veranlassung, darüber zu reden, was zur Sache gehört oder nicht!) erklärt über das Heer im Juli 1918 flüchtig: „Das Heer war arg übermüdet, die unteren Führer (Hauptleute, Leutnants und Unteroffiziere) zum größten Teil gefallen oder verwundet, desgleichen ein großer Teil der besten Mannschaften. Der Offiziers- und Unteroffiziersmangel war sehr nachteilig. Dazu stochte der Mannschaftserlass. Demgegenüber verstärkte sich der Feind zusehends durch amerikanischen Zuzug, der zwar nichts weniger als gut ausgebildet war, aber tapfer und mit Passion kämpfte.“ Dieser Kenner der militärischen Verhältnisse sagt Mitte Juli 1918: „Der Angriff scheiterte, es war der erste große Mißerfolg und der tatsächliche Wendepunkt der Kriegslage.“ Das steht also fest: Wenn die Revolution nicht gekommen wäre, das deutsche Heer wäre nicht imstande gewesen, das noch durchzuführen, was notwendig gewesen wäre zum Erfolg und zum Sieg und gerade das ist es, was Sie nicht einsehen wollen und was in jeder Weise dazu beiträgt, die Gegnerschaft gegen Sie ins Maßlose zu steigern. Seien Sie überzeugt: die Schuldfrage ist eine solche, welche neben den Imperialisten der Entente und den Militaristen auf Ihr Konto kommen wird. Und da sagen auch wir in Baden: principis obsta! Wir wollen dafür sorgen, daß Sie nicht in der Lage sind, der Koalitionsregierung gefährlich zu werden. Wir wollen dafür sorgen, daß Sie selbstverständlich auch Ihre politischen Rechte, selbstverständlich auch Ihre politische Freiheit haben (Abg. Mayer - Karlsruhe: Danke schön, sehr freundlich!). Aber Sie haben keine Veranlassung, der Koalitionsregierung irgendwie zu drohen. Sie sollten bescheidener sein und sagen: mea culpa, mea culpa, mea maxima culpa (Weißall bei den Sozialdemokraten).

Gegen den Schluß vorstehender Ausführungen hat H. Vizpräsident Muser die Leitung der Verhandlungen übernommen.

Abg. Mager (Frd. Bg. Bd., Hospitant der D.-Nat. Bp.):

Ich will zuerst zu der Auseinandersetzung mit der „Heidelberger Zeitung“, die hier angeschlossen worden ist, etwas bemerken. Der Herr Minister hat gesagt, indem er einzelne Artikel der „Heidelberger Zeitung“ verlesen hat, daß zwischen diesen Artikeln der „Heidelberger Zeitung“ und der Deutsch-Nationalen Volkspartei eine Ideenverbindung bestände. Er hat das vielleicht noch aus einem Grunde geschlossen, den er aber hier nicht kundgetan hat, aus dem Grunde nämlich, daß ich selbst in der „Heidelberger Zeitung“ eine Reihe von Artikeln veröffentlicht habe (Aha! links). Da er behauptet, daß die Artikel der „Heidelberger Zeitung“ alle auf dem gleichen Niveau verließen, so möchte ich ihn doch aufmerksam machen, daß das wenigstens, was meine Arbeit betrifft, durchaus nicht der Fall ist. Ich glaube, es wird immer hier die Presseabteilung eine Auskunft geben müssen, die sich mit dem, was er

bezüglich der Gleichmäßigkeit der Artikel behauptet, durchaus nicht deckt. Die Artikel, die von mir in der „Heidelberger Zeitung“ erschienen sind, sind mit meinem Namen gedeckt, und es wird in keinem Artikel eine Tendenz festzustellen sein, wie sie hier der Herr Minister behauptet hat. Das nur zu dieser Sache! Im übrigen fühle ich mich durchaus nicht berufen, die „Heidelberger Zeitung“ zu verteidigen. Die Herren Presseleute sollen gegenseitig miteinander fertig werden. Wir sind nicht dazu berufen, einen oder den anderen herauszuheulen.

Nun aber zu den beiden Interpellationen! Was die Tatsache angeht, daß man sowohl die Leute von ganz links, als auch die von rechts nicht in die Freiwilligen-Bataillone aufnehmen will, so möchte ich hier auf etwas Prinzipielles hinweisen. Die Aufrufe, die erlassen worden sind, um die Freiwilligen-Bataillone aufzustellen, richten sich an das ganze badische Volk und, soweit sie vom Reich ausgegangen sind, richten sie sich an das deutsche Volk. Alle Bevölkerungsklassen sind aufgefordert worden, diesen Freiwilligen-Bataillonen beizutreten, und so liegt von vornherein prinzipiell eigentlich kein Grund vor, diesen oder jenen auszuschließen. Es müßte vielmehr die Sache so gehandhabt werden, daß, wenn dann Leute in die Bataillone eingetreten sind, die dem militärischen und dem Zweck, der mit der Gründung der Freiwilligen-Bataillone verfolgt wird, nicht entsprechen, diese selbstverständlich wieder ausgemerzt werden. Das hat man in irgend einer Form auch früher getan, und das hätte man jetzt auch wieder tun müssen. Aber es ist prinzipiell falsch, wenn man sich von vornherein auf den Standpunkt stellt, daß gewisse Klassen von Staatsbürgern, von denen man doch nach der Verfassung behauptet, daß sie alle gleich seien, von einem solchen Recht, dem Vaterlande zu dienen, von vornherein auszuschließen seien. Das geht zweifellos zu weit, und ich glaube, es wird in Zukunft auch die Regierung diesen Standpunkt, obwohl er heute noch vertreten wird, fallen lassen, und sie wird sich sagen: Wir haben ein Volkshier und wollen deswegen auch das ganze Volk darin betreten lassen. Der Standpunkt der Regierung wäre nur dann stichhaltig, wenn ein Revolutionsheer bestehen würde. Ich komme da auf eine Sache, die auch in der Presse hier und da schon besprochen worden ist, und ich stehe nicht an zu erklären, daß es eigentlich der größte Fehler derjenigen war, die die Revolution gemacht haben, daß sie nicht den Mut gehabt haben, auch eine Revolutionsarmee aufzustellen (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten). Bei jeder Revolution ist es noch die erste notwendige Folge gewesen, daß die Revolutionsmänner sich auch ein Revolutionsheer zugelegt haben (Abg. Dr. Kraus: Was hätten Sie dann dazu gesagt?). Herr Dr. Kraus, ich hätte mich nicht gemeldet. Ich melde mich auch nicht zu den jetzigen Freiwilligen-Bataillonen. Ich lege durchaus keinen Wert darauf, den Rost zu tragen, den die Republik hier den Leuten anzieht. Ich habe des Königs Rost in Ehren und lange genug getragen; ich brauche den der Republik nicht mehr. Ich möchte nur eins sagen: Wenn Sie kein Revolutionsheer zustande gebracht haben und sich auf ein Volkshier festlegen, dann müssen Sie auch die Leute aus sämtlichen Kreisen der Bevölkerung hineinnehmen und nicht den einen oder anderen nun ausschließen wollen.

Der Herr Minister hat zum Schluß seine Stellung hauptsächlich dahin präzisiert, daß er sagte: Leute, die sich hinstellen als Propagandisten der Monarchie, dürfen nicht in die Freiwilligen-Bataillone hinein. Ich glaube, wenn er alle, die heute in den Freiwilligen-Bataillonen sind, auf Herz und Nieren untersuchen wollte, ob sie nicht noch innerlich der Monarchie angehören, so würde er wahrscheinlich eine ziemlich große Säuberung vornehmen müssen (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten). Daraus ist auch den Einzelnen gar kein Vorwurf zu machen. Von heute auf morgen reißt besonders auch die Jugend nicht das aus ihrem Herzen heraus, was jahrelang in sie hineingepflanzt worden ist (Abg. Hertle: Sehr wahr!). Das können die Jungen nicht, das können auch die Alten nicht, und wenn der eine oder andere daran hängt, so darf man ihm daraus nicht ein Kapitalverbrechen machen, solange er seine militärische Pflicht tut und man sollte den Mann so gut Soldat sein lassen wie den andern, der vielleicht eine andere politische Überzeugung hat (Sehr richtig! bei der Deutsch-Nationalen Volkspartei). Es wird ja neuerdings auch von seiten der Regierung dahin gewirkt, daß in die Truppen eine gewisse gleichmäßige politische Anschauung hineinkommt. Ich habe mir wenigstens erzählen lassen, daß Abgeordnete und auch Minister vor Freiwilligen-Bataillonen gesprochen haben

sollen. Ich habe mich damals mit dem Gedanken getragen, mich auch einmal zu melden und vor einem Freiwilligen-Bataillon einen Vortrag zu halten. Ich habe aber die Sache wieder fallen lassen. Ich halte es für inopportun. Aber für ebenso inopportun halte ich es, wenn Angehörige einer anderen Partei als der meinigen sich dazu hergeben, nun die Politik in die Armee hineinzutragen. Wenn an der alten Armee etwas gut war, dann war es zweifellos der Grundsatz, daß in der Armee keine Politik getrieben werden sollte (Widerspruch und Lachen bei den Sozialdemokraten). Ich wünschte daß sie auch heute herausbliebe. Wir tragen sie nicht hinein. Glauben Sie nur nicht, daß wir irgendwie die jungen Soldaten zu beeinflussen suchen, daß sie in irgend einem geeigneten Moment vielleicht die Waffen, wie Sie (zu den Sozialdemokraten) es ihnen früher empfohlen haben, herumdrehen sollen (Sehr wahr! bei der Deutsch-Nationalen Volkspartei). Auf dem Standpunkt stehen wir nicht. Seien Sie also vorsichtig: was meine Partei und ich persönlich in der Sache tun kann, wird geschehen, damit nie etwas derartiges kommt, was Sie zu befürchten scheinen. Ich will mich in dieser Sache kurz fassen und nichts mehr weiter dazu sagen.

Ich komme nun zu der zweiten Interpellation, die sich damit befaßt, daß die Amtsvorstände eine Anweisung bekommen haben — es ist ja Ihnen allen bekannt, welchen Inhalts —, daß dieses und jenes geschehen sollte, und daß hier ebenfalls wieder auf einen gewissen Teil der Bevölkerung abgehoben wird, daß dieser besonders bloßgestellt wird, als ob gewissermaßen von ihm aus wunderbar für große Gefahren für den zur Zeit bestehenden Staat drohen. Es sind in dieser Beziehung eine Anzahl Punkte aus der Rede des Herrn Ministers noch besonders herauszuheben. Er hat eingangs einmal gesagt, er wolle die Sache tunlichst objektiv behandeln. Ich stehe nicht an zu erklären, daß er sich die redlichste Mühe gegeben hat, objektiv zu bleiben, so schwer es auch ist. Ich persönlich bin der Ansicht, daß man eigentlich objektiv in solchen Sachen überhaupt nicht sein kann. Es kommt mehr oder minder doch die subjektive Auffassung immer wieder zum Ausdruck. Nun hat der Herr Minister aber die Behauptung aufgestellt, die Rechte stehe auf einer Linie mit den Unabhängigen und Kommunisten. Die Schlussfolgerung, die er da gezogen hat, scheint mir etwas merkwürdig. Ich gebe mir alle Mühe, zu verstehen, wie der Herr Minister zu einer solchen Behauptung kommt. Wenn von rechts und links Angriffe auf die Regierung erfolgen, so sind doch Angriffsgrund und Zweck ganz verschieden. Sie berühren sich nur in dem Recht auf Kritik. Es ist zweifellos doch eines der ersten Rechte des Staatsbürgers, daß er Kritik an dem übt, was seine Regierung tut. Diese Kritik in weitgehendster Form haben Sie doch früher unter dem alten Regime auch ausgeübt (Abg. Gerile: Sehr wahr!), und ich finde es fast absurd, möchte ich sagen, daß man nun uns das Recht der Kritik nehmen will, indem man sich auf den Standpunkt stellt, ein solches Recht zur Kritik hätten wir vor allem deshalb nicht, weil wir an diesem ganzen Unglück schuld seien. Auf diesen Fall will ich hier nicht näher eingehen. Es ist von verschiedenen Herren der Schuldfrage mehr oder minder gestreift worden. Ich bin der Ansicht, daß die Geschichte eines Tages uns schon einmal ganz deutlich sagen wird, wer und wie weit der Einzelne oder das ganze Volk die Schuld an dieser ganzen Sachlage heute trägt. Ich will auch nicht die zweite Schuldfrage heute ansprechen. Die erste Schuldfrage ist, wer durch den Kriegsverlust die Konsequenz, an der wir heute leiden, zu tragen hat, die zweite wäre, wer die Schuld an der Revolution trägt und die Schuld, die infolge der Revolution die schlechte Lage über uns gebracht hat. Diese zwei Schuldfragen wollen wir ganz außer Betracht lassen. Es hat keinen Sinn, darauf einzugehen.

Der Herr Minister hat dann in seinem zweiten Satz noch etwas gesagt; er hat behauptet, das, was die „Süddeutsche Zeitung“ bringt, das hätte zu einer Hebe benützt werden sollen, und um dieser Hebe vorzubeugen, sei dieser Erlaß herausgegeben. Ich frage nun den Herrn Minister ob er jemals etwas gehört hat des Inhalts, daß meine Parteigänger und Parteifreunde — auch solche, die nicht hier in dem Hause sitzen —, mit dieser Behauptung, daß die Revolution eben an dieser ganzen Geschichte hier schuld sei, irgendwie in einer Weise haufieren gegangen wären, und daß damit eine Hebe getrieben worden sei. Wenn an der einen oder anderen Stelle das oder jenes gesagt worden ist, so müssen wir das als unser gutes Recht für uns in Anspruch nehmen, auch unsere politische Überzeugung an den Tag zu legen. Wir können davon auch nicht zurücktreten angesichts der schwierigen Lage, in der zweifellos die Regierung ist, auch nicht dann

zurücktreten, wenn man den Vorwurf erhebt, daß dieses Verhalten gewissermaßen die Spartakisten und Kommunisten großzieht. Überhaupt der Schluß, den besonders der Herr Abg. Weismann gezogen hat, daß wir eigentlich die Väter des Spartakismus und Kommunismus seien, ist mir ganz merkwürdig. Ich habe die Ansicht, und ich glaube, auch ein großer Teil der Bevölkerung, daß das, was Spartakismus und Kommunismus ist, doch Blut von Ihrem Blut und Geist von Ihrem Geist ist. Wir wollen nicht untersuchen, wieviel Teile Blut von Ihnen dabei sind, und wieviel von Ihrem Geist, aber es ist die notwendige Konsequenz von dem, was Sie jahrzehntlang als das Ideal hingestellt haben. Die Leute haben nun eine politische Konsequenz gezogen, die über das Ziel hinausgeht, das Sie angestrebt haben. Diese Konsequenz wäre nicht möglich gewesen, wenn Sie diesen Weg nicht von vornherein beschritten hätten.

Nun kommt noch Eines hinzu. Der Herr Minister hat besonders den akademischen Heimatschutz uns an die Rodschöpfe gehängt. Ich habe diesen akademischen Heimatschutz nicht gekannt und weiß nicht, welche Tendenzen er verfolgt, von welcher Partei er ausgeht; ich nehme an, daß er sich hauptsächlich an die akademische Jugend, der er patriotischen Geist, nationalen Geist zuspricht, wendet. Er mag in diesem oder jenem Falle nicht so korrekt gewesen sein, daß man ihn nicht deshalb hätte angreifen können, aber im großen Ganzen uns aus der Tatsache, daß wir uns in die Werbetätigkeit des Heimatschutzes stellen, einen Vorwurf zu machen, finde ich zum mindesten ungerecht.

Wenn uns dann das Wort von der agitatorischen Ausnützung der jetzigen Lage angehängt wird, gebe ich Ihnen zu, daß in der Fassung, wie das hier zutage getreten ist, man sagen muß, daß das vielleicht im Ausdruck etwas stark ist; im Grunde genommen ist es aber auch nichts anderes, als daß derjenige, der diesen Satz fabriziert hat, sagen will; ich will die Situation, wie sie politisch ist, und soweit sie zu meinen Gunsten ausgenützt werden kann, auch ausnützen. Dieses Recht kann man keiner Partei abstreiten. Sie (zu den Sozialdemokraten gewandt) haben das Recht jahrzehntlang für sich in Anspruch genommen, gegen die Regierung vorzugehen, haben in der kräftigsten Form es manchmal getan, warum sollen wir uns dieses Recht beschneiden lassen? Aber es ist eben immer etwas anderes, wenn Sie etwas tun. Wir sollten einfach das Recht der Kritik uns nehmen lassen und stillschweigen, bis es Ihnen paßt, mit einer Kritik hervorzutreten. Dazu lassen wir uns nicht bestimmen. Wir wahren unser Recht der Kritik, das uns als Parteimenschen und Angehörige eines Volkes, an der jeweiligen Regierung zusteht.

Es hat dann der Herr Abg. Weismann noch verschiedene Punkte angeführt, die mir noch der Widerlegung wert erscheinen. Er hat von vornherein gesagt, was ich schon einmal erwähnte, die Spartakisten und Terroristen seien von uns geboren. Er stellt also eine Behauptung auf, die nicht zu beweisen ist. Im selben Tone aber spricht er von der Zurückhaltung, die er und seine Partei sich auferlegt haben. Ich finde, das ist ein merkwürdiger Gegensatz, wenn er auf der einen Seite uns so schwere Vorwürfe macht, auch das Märchen von der Schuld, über das die Zukunft einmal Auskunft geben kann, uns heute vorwirft, und auf der anderen Seite von einer Zurückhaltung spricht. Ich habe von Zurückhaltung bis jetzt nichts gespürt. Wir könnten für unsere Partei viel eher in Anspruch nehmen, zu behaupten, daß wir zurückhaltend sind.

Er hat auch den Fall Levine-Niessen angeschnitten und hat gewissermaßen uns dafür haftbar machen wollen, daß er erschossen worden ist. Ich möchte sagen, die wahren Gründe, warum er erschossen worden ist, hat der bayerische Kriegsminister, Ihr Genosse Schnepfenhorst, am besten geklärt. Ich kann Ihnen nur empfehlen, darüber nachzulesen, dann werden Sie erfahren, warum Levine-Niessen erschossen worden ist. Ich habe keine Veranlassung, darauf einzugehen. Dann hat der Abg. Weismann eine Tatsache erwähnt, indem er sagte, er wundere sich, seine Partei besonders wundere sich, daß damals bei Ausbruch der Revolution ein so geringer Widerstand seitens der Behörden und der rechtsstehenden Parteien erfolgt ist. Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß von einem solchen Widerstand nicht mehr die Rede sein konnte, sobald die oberste Reichsleitung die Parole ausgegeben hatte: es muß unter allen Umständen Blutvergießen vermieiden werden. Ich mache darauf aufmerksam, daß es nur dieser Tatsache zu verdanken ist, daß es nicht zum Blutvergießen gekommen ist. Ich begrüße es auch selbst. Ich erinnere an den Fall Essen-Düsseldorf. Als die 4. Armee einmarschierte, kam auch der Befehl an den General Eberhard, er solle sofort

gewisse Vorgänge rückgängig machen, aber keinesfalls Blut vergießen. Ihn selbst hat man abgesetzt; an seiner Stelle hat einen Aufruf der 4. Armee erlassen ein gewisser Lebb, wenn ich mich recht erinnere, der für die 4. Armee unterschrieben hat, für 250 000 deutsche Männer ein Lebb.

Heute ist dann auch gesprochen worden von einem gewissen Mißtrauen, das Noske ausgedrückt wurde vonseiten des Herrn Kollegen Weißmann. Ich glaube, Herrn Noske wird dieses Mißtrauen nicht sehr wehe tun. Ich möchte aber daran erinnern, was Noske jetzt in diesen Tagen gesagt hat. Vor allen Dingen habe ich mir eines notiert, daß er diejenigen, die permanent die Lohntreiber spielen, als politische Dummköpfe bezeichnet hat und noch viel schärfere Ausbrüche gebraucht hat über die Maßnahmen, die vielfach heute noch vor Ihrer Partei ausgehen. Also von Ihrer Seite kommt der größere Widerstand, nicht von uns.

Wenn schließlich der Herr Kollege Weißmann sich herbeiließ, von Monopolpolitik zu sprechen, so finde ich das mindestens so kindisch, als wenn die „Heidelberger Zeitung“ eine Möbelkritik losläßt. Dann hat er noch den Oberst Bauer angeführt. Ich habe die Schrift auch gelesen, aber nicht nur den Satz, der auf Seite 50 und 51 steht, wo es sich um die Juli- und August-Vorgänge handelt, sondern auch was noch weiter hinten steht. Da das aber mit der sogenannten Schuldfrage in so enger Berührung steht, will ich auf diese Sache jetzt nicht eingehen. Ich möchte Sie aber bitten, wenn Sie (zu den Sozialdemokraten) auf solche Fälle eingehen, so fordern Sie uns dabei nicht heraus. Ich folge Ihnen heute nicht, aber es ist eine Herausforderung, wenn Sie den Glauben erwecken wollen, daß Oberst Bauer ein Kronzeuge Ihrer Ansicht sei. Das ist falsch, es steht noch viel anderes Gegenteiliges darin. Aber aus rein taktischer Erwägung will ich heute nicht davon sprechen.

Ich will nur noch auf eines hinweisen, was Herr Weißmann gesagt hat. Er hat uns vorgeworfen, daß wir zu ungelegener Zeit die Interpellation eingebracht hätten. Ich weiß nicht, ob er die Zeit vor 6 Wochen meint, wo wir die Interpellation eingebracht haben oder den heutigen Tag. Wenn er das letztere meint, so muß ich sagen, daß ich vorhin vor der Beratung mit ihm darüber gesprochen habe, und daß ich ihm zugab, daß es taktisch richtiger wäre, wir würden eine solche Interpellation, wo draußen der Streik vor der Tür steht, besser verschieben. Aber es hätte das auch den Anschein erwecken können, als ob wir vor der Besprechung zurückschrecken und ein schlechtes Gewissen hätten, als ob die Interpellation nur Spektakel machen soll, indem man es so hinstellt, als ob wir der Regierung nur Knüppel zwischen die Beine werfen wollen. Die Interpellation soll Klarheit und Wahrheit und Licht verbreiten, aber sie soll nicht, wie uns vielfach in die Schuhe geschoben wird, der Regierung nur Knüppel zwischen die Beine werfen. Das liegt uns fern, obwohl es unser gutes Recht wäre.

Im Verlaufe vorstehender Ausführungen hat Präsident Kopf die Leitung der Verhandlungen wieder übernommen.

Abg. König (D. Dem. P.):

Gestatten Sie, daß ich von meinem Platz aus mit ganz wenigen Worten Stellung nehme zu dem Gegenstand, mit dem wir uns beschäftigen.

Ich glaube, ganz objektiv und ruhig urteilend aussprechen zu können, daß es kein glücklicher Gedanke von der Deutsch-Nationalen Partei gewesen ist, diese Interpellation einzubringen. Die Deutsch-Nationale Presse, die Deutsch-Nationalen Agitatoren haben selbst auf das allerschwerste den inneren Frieden gefährdet. Ich würde in dieser Zeit keinen schmerzlicheren Vorwurf, als den, daß man bestimmten politischen Parteien, den Mehrheitsparteien, und den auf sie gegründeten Regierungen den Vorwurf macht, daß sie das Nationale Unglück mitverschuldet haben (Sehr richtig! links). Daß gerade von Deutsch-Nationaler Seite, an deren deutschem Patriotismus ich nicht im geringsten zweifle, derartige Vorwürfe erhoben werden, das ist mir gänzlich unverständlich. Es war nicht nur Recht, sondern Pflicht der Regierung dagegen aufzutreten und eine Bewegung dagegen einzuleiten. Ich möchte namens meiner Fraktion den allerstärksten Protest dagegen erheben, und es tut mir gerade von der Deutsch-Nationalen Partei gesprochen, in der Seele weh, wenn die Presse dieser Partei dabei in Deutschlands schwerster Stunde den Gedanken erörtern kann, diese Zeit agitatorisch auszunützen. Weiß sie, wie sie sich veründigt vor Deutschland und der deutschen Geschichte und welche schwere Schuld sie im Innern auf sich nimmt gerade

durch derartige Äußerungen, und es lassen sich noch viele andere anführen. Von der betreffenden Seite wird Wasser auf die Mühle der Spartakisten, der Radikalen geleitet (Sehr gut! links). Wir hören immer von jener Seite: Die Revolution ist in Gefahr. Wir sagen: Niemals! Wenn aber solche Äußerungen kommen, so benützen die Spartakisten sie. Sowohl die Revolution ist in Gefahr, das und das ist gesagt und geschrieben worden! Sie sind auf diese Weise, ohne es zu wissen und sicher ohne es zu wollen, vielfach diejenigen gewesen, welche die Kommunisten indirekt unterstützt haben. Das hat Herr Minister Reymele mit Recht hervorgehoben. Infolgedessen ist die Gefahr für unsere Zustände, die Unterminierung der Regierung nicht bloß von jener Seite bewußt und gewollt geschehen, sondern Sie haben unbewußt und ungewollt recht viel dazu beigetragen. Das möchte ich Ihnen hier mit aller Entschiedenheit sagen (Beifall links).

Nun kommt die andere Frage, die Sie gestellt haben, ob es richtig sei, daß Mitglieder der Deutsch-Nationalen Volkspartei ausgeschlossen sein sollen von den Bürgerwehren. Ich bemerke, wenn, wie es ja nicht der Fall war, eine politische Partei, Ihre Partei, von vornherein von der Bürgerwehr ausgeschlossen wäre, würde ich das für einen Fehler erachtet haben. Denn die Bürgerwehr ist keine politische Organisation und soll es nicht sein. Sie soll eine Wehr aller Bürger sein gegen die Spartakisten, gegen die Putzversuche der Kommunisten und der Radikalen von der linken Seite. Nun kommt aber noch etwas dazu. Daß wir in der Bürgerwehr die Spartakisten und Kommunisten nicht aufnehmen, ist doch selbstverständlich, denn wir wollen gerade Schutz der Bürger schaffen gegen diese Elemente. Wenn man nun diese Elemente ausschließt, wie man sie logischerweise ausschließen muß, dann verstehe ich den Gedankengang des Herrn Ministers durchaus und erkenne ihn als richtig an, dann kann man auch keine Elemente von der anderen Seite aufnehmen, die lediglich eintreten, um Agitation zu treiben und dadurch in die Bürgerwehr Zwietracht hineinzutragen und sie unfähig zu machen für ihre Zwecke.

Ich bin deshalb der Meinung, Sie hätten sich selbst einen Dienst getan, diese Interpellation nicht einzubringen. Ich will aber nicht Ihr Erzieher und Lehrer sein. Sie haben auch nicht danach zu fragen. Nachdem Sie aber diese Interpellation gestellt haben, ist es unser Recht, uns hier zu äußern, und ich bedauere noch einmal, ich bedauere außerordentlich, daß gerade die Deutsch-Nationale Partei, an deren Patriotismus ich glaube, und welche auch berufen wäre, wie wir es alle sind, in diesen schwersten Zeiten im deutschen Volke zusammen zu stehen, eine derartige Interpellation überhaupt hat einbringen können und daß sie diese Dinge sich hat sagen lassen müssen, die sie hat hören müssen (Beifall in der Mitte und links).

Abg. Dr. Schöfer (Zentr.):

Auch ich teile die Meinung, das politische Leben hätte in Baden nichts verloren, wenn wir diese Debatte heute nicht hätten führen müssen. Die Meinung wird man ohne weiteres haben, und ich glaube, auch die Herren Interpellanten werden wohl die Überzeugung haben, daß man füglich auch Gründe finden könnte, wenn man selbst ihrer Partei angehört, die einen hätten bestimmen können, eine derartige Interpellation wegzulassen, vielleicht auch, sie in der gegebenen Situation zurückzuziehen. Aber es ist das nicht eine Sache, die wir zu entscheiden haben, das ist eine interne Angelegenheit der Herren von rechts. Ich muß jeder Partei die Freiheit zubilligen, nach eigenem Ermessen die Dinge zu beurteilen und die Maßnahmen zu treffen. Jede Partei muß die Möglichkeit haben, ihre Anschauung zur Geltung zu bringen, wenn sie sich angegriffen oder benachteiligt glaubt, sich auch zu wehren und zu verteidigen. Aus diesem Gedanken heraus kann ich es verstehen, daß die Herren zu der Interpellation gekommen sind.

Nun ist die große Frage der Schuld debattiert worden. Ich habe vom ersten Tage an, wo wir mit dem Zusammenbruch leider Gottes rechnen mußten, wo die Schuldfrage schon vorn an der Front eine Rolle gespielt hat, immer die Meinung vertreten: Wer reslos und mit einer gewissen Objektivität die Frage beantworten will, der darf nicht in die letzten drei, vier Jahre nur zurückgehen, der muß weiter zurückgehen, und der darf nicht bloß über oberflächliche Geschichtskennntnisse verfügen, der muß über sehr solide Geschichtskennntnisse verfügen, und zwar über Geschichtskennntnisse vielleicht, die man heute noch nicht aus Geschichtsbüchern bekommen kann, wozu man vielleicht noch Studien von Archivalien braucht, die heute

nach unter Verschluss sind. Und er wird weiter eine gute geschichtsphilosophische Kenntnis nötig haben, um diese Frage zu beantworten. Um diese Voraussetzungen zu haben, sind wir aber noch viel zu nahe an dem Ereignis selbst. Deswegen ist nach meinem Dafürhalten eine Debatte über Schuld und Nichtschuld heute verfehlt (Abg. K a r l: Sehr richtig!).

Sie ist auch verfehlt vom politischen Standpunkte aus. Denn es ist die Frage, die immer Sprengpulver bilden wird und statt Einigkeit zu schaffen, Zwietracht sät. Deshalb war ich immer der Meinung, man sollte, wenn es irgend geht, diese Frage aus der Debatte lassen.

Selbst wenn man aber die Debatte nur führen will über die Schuld, die sich etwa während des Krieges angesammelt hat, so sage ich auch da: Es wird sehr schwer sein, sich hier ein objektives Bild zu machen und so nach Recht und Gerechtigkeit Licht und Schatten zu verteilen. Wenn dem aber so ist, dann sollte man selbst auch in bezug auf Dinge, die in unseren eigenen Landesbereich gehören, die wir miterlebt haben, doch sehr zurückhaltend und vorsichtig sein. Das ist nach meinem Dafürhalten Pflicht für den Patriot, Pflicht für den Philosophen, der nur nach den Gesetzen der Wahrheit zu gehen hat — und schließlich soll ja jeder Politiker ein Stück Philosoph sein.

Ich habe die Debatte, solange ich da sein konnte, auf mich wirken lassen, auch in den Punkten, die über Schuld und Nichtschuld vorgetragen wurden. Mein Gott, das wird wohl heute sicherstehen: Es gab ein Zeitmoment, wo man hätte Schluss machen sollen, und wer die Verantwortung auf sich nehmen muß, das damals nicht Schluss gemacht worden ist, der trägt eine sehr schwere Verantwortung. Es gab aber auch einen Zeitpunkt, wo wir noch sehr stark waren, kurz darauf einen Zeitpunkt, wo wir wehrlos dastanden und die Dinge dann über uns ergehen lassen mußten, die im Waffenstillstande und jetzt in den Friedensbedingungen niedergelegt sind. Wer diese Schuld zu verantworten hat, der trägt nicht minder schwer. Ich nenne keine Adresse, um nicht zu reizen. Es ist auch am Ende schwer, die richtige Adresse immer herauszubekommen, namentlich im letzteren Falle.

Aber ich meine, alle diese Dinge wären dazu angetan, endlich einmal in diesem Hause von allen Seiten darauf Bedacht zu nehmen, daß die Schuldfrage aus der Debatte eliminiert wird. Wenn das gelänge und wenn das das Resultat der heutigen Debatte wäre, dann wäre es eine fruchtbare Debatte und eine glückliche Stunde für uns. Ich möchte den Appell an Sie alle richten, doch allerseits darauf Bedacht zu nehmen, gerade diese große und heute noch nicht lösbare Frage der Schuld ein für allemal aus der Debatte hinauszuerwerfen. Wir tun damit unserem Volke und Vaterlande einen sehr großen Dienst!

Nun kann ich es begreifen, wenn der Herr Minister sich ganz energisch wehrt und hinter dem Minister die ganze Regierung steht. Denn eine fortgesetzte Reihe von Angriffen, wie sie denn doch wohl vorliegen, kann keine Regierung ertragen. Das haben auch die früheren Regierungen nicht ertragen. Und daß da ab und zu einmal in der „Süddeutschen Zeitung“ ein bißchen kräftig aufgetragen war und wird, das muß ich leider auch konstatieren. Man wird nicht jedes Wort, das hier in der Debatte gesagt wird, auf die Goldwaage legen dürfen. Und namentlich in jener Nachsitzung, wo wir bis halb eins hier beisammen waren, konnte einem, wenn man da noch in letzter Stunde von einer Situation zur ändern in die Debatte eingreifen mußte, einmal etwas herausrutschen, was nicht gerade gesagt worden wäre, wenn man in voller Frische gewesen wäre; und wenn man vollends nicht die Möglichkeit hat, sein Stenogramm zur korrigieren, das dann hinausgeht, wie es gesprochen worden ist, so sollte darauf nicht eine Polemik persönlicher Art aufgebaut werden. Das ist aber mir gegenüber einmal geschehen. Ich benütze jetzt diesen Anlaß, um zu sagen, daß dort, wenn ich das Stenogramm zu korrigieren gehabt hätte, das eine oder das andere etwas anders ausgefallen wäre. Es handelte sich um die Kritik am Offizierstande. Man könnte aber auch in der breitesten Öffentlichkeit wissen, wie ich in den härtesten Wahlkämpfen, wo die Wogen der Revolution immer noch sehr hoch gingen, immer für die Ehre des Offizierstandes eingetreten bin und daß mein soziales Empfinden so groß ist, auch Gerechtigkeit walten zu lassen gegenüber dem aktiven Offizierstande. Ich habe deswegen auch nicht geantwortet, weil ich gesagt habe: Nun ja, nachher werden's die Herren ja schon erfahren und sich eines Besseren belehren lassen.

Wenn ich dem Herrn Minister und der Regierung natürlich dieses Recht zubillige, so will ich damit aber auch keineswegs

sagen, daß nicht das Recht, sich zu verteidigen, wenn man sich gekränkt fühlt, auch der Partei zusteht. Und davon haben die Herren der Deutsch-Nationalen Partei Gebrauch gemacht und damit ihr gutes Recht wahrgenommen.

Nun ist herüber und hinüber der Vorwurf gemacht worden: nach rechts der Vorwurf der Reaktion und der Gefährdung der Revolution, nach links der Stärkung der Spartakisten durch das eingeschlagene Vorgehen. Ich glaube, in dem Falle haben wir wieder einmal die Situation, wo beide recht haben. Diese Dinge, die wir heute wieder beklagen und die wir von Zeit zu Zeit zu verzeichnen haben, rufen die Reaktion in schärfster Form hervor. Nur noch so weiter gemacht in ultra-radikalen Arbeiterkreisen, und die Reaktion kommt (Abg. Mayer, Karlsruhe: Sehr richtig!). Ich habe gleich in den ersten Tagen der Revolution, als einer sich sehr freudig gebärdete und sehr radikal tat, ihm gesagt: Wenn ihr so weiter macht, in dem Stil, dann kann ich Ihnen sagen: Ich bin zeitlebens eingetreten für die Demokratie und für die Rechte des Volkes, und meine Haare sind in dieser Arbeit grau geworden; aber wenn Ihr so weiter macht, so werden wir das bißchen Freiheit, das wir unter unfäglichen Kämpfen heute herausgeholt haben, wieder kaputtschlagen. Dann wird die Diktatur kommen. — Das kann man nicht scharf genug nach dem radikalen Berlin sagen.

Aber dann gebe ich auch zu, daß derartige Artikel, wie sie in dem Flugblatt standen oder in einzelnen Artikeln, die jetzt vorgelesen worden sind, geeignet sind, wenn sie agitatorisch und demagogisch zugeschnitten sind, auf der anderen Seite provokatorisch zu wirken und Wasser auf die Mühle der Spartakisten zu leiten. Darum kann man nur nach beiden Seiten hin sagen: Mögen die Mehrheitssozialisten dafür sorgen, daß da drüben etwas mehr Ordnung hineinkommt und Verstand und Vernunft wieder zurückkehren. Möge man aber auch auf der rechten Seite dafür Sorge tragen, daß nicht auch dort drüben Waffen in die Hand gegeben werden. Wir haben eines zu befürchten: Zusammenzusehen, um unser schwer niedergelagertes Vaterland wieder in Ordnung zu bringen und dem Volke wieder Ruhe und Frieden zu verschaffen. Das ist mein Wunsch, mit dem ich schließen möchte, und die Einladung, die ich nach beiden Seiten hin geben möchte, nach der Seite der Sozialisten, wie nach der Seite der Deutsch-Nationalen, das Kriegsbeil zu begraben und sich wieder Schulter an Schulter zu stellen, um in den Dienst der großen nationalen Arbeit und damit in den Dienst unseres Volkes zu treten (Lebhafter Beifall beim Zentrum).

Abg. Dr. Kraus (Soz.):

Ich stelle mit Genugtuung fest, daß von allen Parteien dieses Hauses ausgesprochen worden ist, daß es gelinde zu sagen, eine politische Unflugheit von der Deutsch-Nationalen Volkspartei war, diese beiden Interpellationen hier im Landtag überhaupt einzubringen. Und ich möchte dazu offen und ehrlich sagen, wenn ich in der Deutsch-Nationalen Fraktion gewesen wäre (Zuruf rechts: Dann wären Sie ausgetreten! Geisterkeit), so hätte ich meinen ganzen Einfluß — ob Sie dann austreten würden, ist nicht meine Sache — so hätte ich meinen ganzen Einfluß dahin geltend gemacht, daß eine solche politische Unflugheit in den heutigen Zeiten nicht begangen worden wäre. Aber glauben Sie nicht, daß wir Sozialdemokraten deswegen heute gewissermaßen ein Interesse daran hatten, daß diese Dinge endlich einmal zur Sprache kamen, um uns mit solchen Sachen hier im Landtag herumzuschlagen. Im Gegenteil, wir sind schon lange der Ansicht, bei all den Interpellationen, die in den letzten Tagen und Wochen hier behandelt worden sind, daß man diese Art von Interpellationen ruhig unterlassen könnte und mehr positive Arbeit besprechen und auch wirklich leisten könnte (Sehr richtig! links). — Abg. Dr. Schöfer: Dann müssen Sie aber verschiedenes unterlassen!). Gerade Ihnen möchte ich sagen, wenn Sie gestern bei Ihrer Interpellation sich das Recht herausgenommen haben, — und ich gebe zu mit Zug und Recht — anlässlich dieser Interpellation die Diktatur und sonstige derartige politische Bestrebungen auf unserer Seite zu brandmarken, wenn Sie sich, sage ich, das Recht herausgenommen haben, daraus hier eine Staatsaktion zu machen, so haben wir uns das Recht herausgenommen, diese Dinge einmal zur Klarheit zu bringen. Denn die Interpellation ist für uns mehr oder weniger nur ein Ausdruck all der Dinge, die draußen im Volke vorgehen, nicht nur im Reiche, sondern auch bei uns im Lande. Und wenn man uns Sozialdemokraten von Ihrer Seite sagt: Mögen die Mehrheitssozialdemokraten dafür sorgen usw., dann sagen wir demgegenüber: Wenn die Dinge

So weiter gehen, wie sie da von rechts herkommen, dann lehnen wir jede Verantwortung dafür ab, was in unseren Kreisen geschieht; dann können wir hierfür vor dem Lande eine Verantwortung nicht übernehmen. Das ist auch eine Schraube ohne Ende, daß die eine Seite der anderen Gelegenheit gibt zu ständigen Erwiderungen. Begehen unsere Arbeiter irgend welche Ausschreitungen, dann wird gesagt, die Treiber von rechts sind daran schuld, kommen von der anderen Seite Verstöße vor, dann sagen Sie, die Arbeiter von der linken Seite sind schuld. Das ist also eine Schraube ohne Ende, die uns zum Abgrund führen muß, wenn wir diese Kampfesweise fortsetzen. Und wir halten diese Dinge für sehr wichtig, daß sie hier einmal ausgesprochen werden. Es ist nicht so, wie der Herr Abg. Mager gemeint hat, daß die Artikel in der Heidesberger Zeitung Dinge sind, die nur die Presse angehen und die die Presse unter sich ausmachen muß. Das sind Dinge, die heute an den Bestand des Volkes und des Staates, an die Fundamente des Staates gehen, die wir nicht den Presseleuten und den Redakteuren überlassen dürfen, sondern über die wir als Politiker die verdammte Pflicht und Schuldigkeit haben uns auszusprechen und gegenseitig Rechenschaft abzulegen.

Nun wird in der einen Interpellation, die an den Herrn Minister des Innern Memmele gerichtet worden ist, gefragt, wie sich die Staatsregierung dazu stellt, daß der Herr Minister auf der Landesversammlung der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte in Durlach, auf der ich auch zugegen war, ausgeführt hat, daß Mitglieder der Deutsch-Nationalen Partei nicht in die Freiwilligen-Truppenbeile eintreten dürfen. Der Herr Minister hat ja diese Dinge schon dargelegt und im Zusammenhang damit ausgeführt, daß wir darüber wachen müssen, daß Elemente, die sich nicht ehrlich auf den Boden der gegebenen Verhältnisse stellen können und die immer noch nicht los kommen von den Gedanken, die eben einfach in unsere Zeit praktisch nicht hineingehören, daß wir darüber wachen müssen, solche Elemente von den Freiwilligen-Bataillonen fern zu halten. Nun ist nicht nur von der Deutsch-Nationalen Volkspartei, sondern auch von anderen Herren ausgeführt worden, daß das mit dem Gedanken der Demokratie an und für sich nicht vereinbar sei. Da muß ich doch sagen, zwischen Demokratie und Demokratie ist ein großer Unterschied. Vor allen Dingen ist auch ein Unterschied in den Zeiten zu suchen, in denen eine solche Demokratie verstanden wird. Wir leben heute nicht in den ruhigen Zeiten, wo wir einen demokratischen Staat haben, der Jahrzehnte und Jahrhunderte alt ist, und der so gefestigt und geschützt ist, daß man ruhig im weitesten Umfange alle Freiheit in jeder Beziehung so genießen kann, wie das in einem Jahrhunderte alten demokratischen Staat geschieht, sondern wir stehen noch im Kampfe um die Demokratie und zwar im Kampfe sowohl gegen links als auch gegen rechts, und wenn wir unsere Schuldigkeit tun und die Verantwortung dafür tragen wollen, daß wir die Demokratie bis zur letzten Konsequenz durchführen, dann haben wir auch die Verantwortung, daß in der Truppe, die wir schaffen, um die Demokratie zu erringen, Elemente ferngehalten werden, die sich nicht reiflos auf den Boden der Demokratie stellen können (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten).

Die Deutsch-Nationale Volkspartei hat in der Verfassungskommission sowohl als auch hier bei den Abstimmungen im Plenum dem § 1 der Verfassung nicht zugestimmt (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten), weil sie dem § 1. der Boden als demokratische Republik erklärt, eben aus politischen Gründen nicht zustimmen kann. Wir nehmen ihr dieses Recht nicht; wir nehmen es ihr auch nicht übel, daß sie heute hier genau so, wie andere Parteien, ihre Meinung gesagt hat, aber man muß seine Konsequenzen ziehen. Wenn in einer Übergangszeit, wo es sich darum handelt, um die Demokratie zu kämpfen und zwar in den schwersten Zeiten, in denen ein Volk überhaupt leben kann, wenn es sich darum handelt, eine Truppe zu schaffen, die nun von ganzem Herzen nach allen Seiten hin um die Demokratie kämpfen soll, und ich verantworte vor dem ganzen Volk im Landtag, daß ich mich nicht auf den Boden der Demokratie stelle, sondern mich der Stimme enthalte, wenn es darauf ankommt, zu sagen, ob ich mich auf diesen Boden stelle oder nicht, dann muß ich auch die Konsequenzen daraus ziehen, daß in der Übergangszeit Angehörige dieser Geistesrichtung, dieser Politik und der Partei in dieser Truppe keinen Platz haben und zwar deswegen keinen Platz haben, weil unsere Arbeiterschaft, die wir von Anfang an in diese Freiwilligen-Truppen hineinbringen wollen, sagen würde: In dem Moment, wo Ihr uns Offiziere, Unteroffiziere und Leute zur Seite stellt, die sich offen und immer wieder als Monarchisten

betennen, gehen wir nicht in Eurer Freiwilligen-Bataillone; denn dann ist das eine Truppe, die die Reaktion herbeiführt und nicht eine Truppe, die die Demokratie stützt. Und weil wir dieser Stimmung Rechnung tragen müssen, darum sagen wir: Wenn man sich nicht auf den Boden der demokratischen Republik stellen kann, dann kann man auch nicht der Truppe angehören, die diese demokratische Republik schaffen soll.

Nun nennt sich diese Partei deutsch-national und sie rechtfertigt diesen Namen damit, daß sie alle diese Dinge aus Patriotismus, aus Liebe zum Vaterlande tut. Ich bestreite hier persönlich niemand die bona fides am Patriotismus und an der Liebe zum Vaterland. Aber wir wollen die Dinge sachlich und objektiv behandeln. Und wenn da ein Rundschreiben von der Geschäftsstelle der Deutsch-Nationalen Partei ins Land geht, daß man die gegenwärtige Stimmung anlässlich der Überreichung des Friedensvertrages in Versailles agitatorisch ausnützt, — ja, hält man denn uns für derartig dumm, daß wir das damit entschuldigen könnten, daß die Fassung etwas zu scharf ausgefallen sei? Darauf wird doch weder von uns Sozialdemokraten noch von irgend einer anderen Partei außer den Deutsch-Nationalen irgend jemand hereinkommen, wenn man ein solches Flugblatt an die Parteiorganisationen ins Land hinauschieft und dann als Entschuldigung anführt, die Fassung sei zu stark gewesen. Es sind Beweismittel vor anderer Seite genug da, um die Fassung als nicht unbewußt scharf hinzustellen, vielleicht ist sie auch „nicht scharf“ im Sinne der Deutsch-Nationalen Partei.

Aber ich möchte hier doch noch etwas anführen über den Nationalismus und über die Vaterlandsliebe dieser Partei. Ein Punkt, der heute hier noch nicht zur Debatte gekommen ist. Ich glaube, wenn man heute ein ehrlicher, vaterlandsliebender Deutscher ist, dann macht man es, wie es ein Hindenburg beim Ausbruch der Revolution gemacht hat, der offen und ehrlich bekannte: Sie können von mir nicht verlangen, daß ich von heute auf morgen mein Herz umkremple und aus einem Monarchisten ein Republikaner werde. Sie können von mir nicht verlangen, daß ich mit meinen grauen Haaren mich da noch umstelle; aber ich stelle mich hinter das Volk und hinter das Vaterland. Nun ist einmal Revolution, und nun ist einmal Demokratie. Jetzt kämpfe ich für diese Revolution und Demokratie (Widerspruch bei der Deutsch-Nationalen Volkspartei), für die Ruhe und Ordnung und sage nichts, sondern verschweige meinen Schmerz in meinem Herzen (Zurufe von der Deutsch-Nationalen Volkspartei). Er hat insofern dafür gekämpft, als er sich an die Spitze der Heeresleitung gestellt hat auch in einer Zeit, wo der Kaiser und die anderen früheren Instanzen schon gegangen waren (Abg. Mager: Für sein Volk, nicht für die Demokratie und Republik! Das ist eine Unterstellung!). Für sein Volk! (Abg. Mager: Das ist etwas anderes; für die Republik wird er kaum zu haben sein!). Ich werde Ihnen noch zeigen . . . (Abg. Mager: Unterstellen Sie keine falschen Dinge!). Ich unterstelle keine falschen Dinge. Ich behaupte, daß er sich an die Spitze der deutschen Soldaten und des deutschen Heeres gestellt hat auch in den Zeiten, wo wir die Revolution hatten und wo wir eine Demokratie bekamen. Damit hat er gezeigt, daß er sich an die Spitze des Volkes und Staates auch dann stellt, wenn die Dinge politisch nicht so laufen, wie er es gern in seinem Herzen wünschen würde, weil ihm Vaterland und Volk über die Partei gehen (Abg. Mager: Das klingt ganz anders!). Das wäre ein Beispiel für Ihre Presse, Partei und Organisation in diesen Tagen gewesen. Dagegen lesen wir am 10. Juni in der „Süd-deutschen Zeitung“ in einem Artikel über die politische Lage, den sich diese Zeitung von Berlin her zu eigen macht, folgenden: „An die Spitze der Regierung gehören jetzt Persönlichkeiten, die nicht vor jeder Drohung zittern. Die Bedröhten und Verheßten werden niemals zur Vernunft kommen, wenn sie nicht einem eisernen Willen begegnen. Der Bazillus des Bolschewismus ist nur energisch durch eine feste und stetige politische Führung zu bekämpfen. Da das Kabinett Scheidemann solche Kraft nicht aufbringen kann, sehen wir erneut sehr ernsten Tagen entgegen. Es kann kein Zweifel bestehen, daß eine so ausgemergelte Regierung kaum den Mut finden wird, die Unterschrift unter das Dokument von Versailles zu verweigern. So rächt sich das Verbrechen vom 9. November immer weiter in seinen Folgen.“ (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten). Nun frage ich hier: Wenn man in den Tagen, wo eine Regierung wie die Regierung des Deutschen Reiches und das Kabinett Scheidemann in einer Situation steht von einer Sämerei und Verantwortung, in der noch keine Regierung gestanden hat, wenn man in den Tagen dem deutschen

Volle durch die Presse sagt: An die Spitze gehören jetzt andere Männer, diese Männer bringen die Kraft nicht auf, um den Weg zu gehen, den jetzt das deutsche Volk gehen muß, heißt man dann damit nicht offen auf zum Bürgerkrieg gegen die bestehende Regierung? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Herr Minister Kemmelé hat ja auch aus der Frankfurter Zeitung vorgelesen, daß man auf den Osten verweist, daß man als Nationalgefinnter sagt: Unterzeichnet die Regierung, dann muß ihr vom Osten her das Handwerk gelegt werden. Das beßt sich mit dem, was ich hier vorgelesen habe.

Wir alle haben der Regierung in den letzten Tagen zugerufen: Regierung überlege es Dir! Es kommt nicht so sehr darauf an: Unterzeichnen oder nicht unterzeichnen, rein aus irgendwelchen politischen oder Nationalitätsbegriffen heraus, sondern die Frage allein entscheidet: Wie wird es mit dem Weiterleben, mit der Existenz, mit der Zukunft des deutschen Volkes in dem einen oder anderen Falle sein. Und nun sehen wir den Fall, die Regierung, in der die Mehrheit des deutschen Volkes vertreten ist, kommt nach schweren, Tag und Nacht dauernden Beratungen zu dem Entschluß: wir müssen den Vertrag, der uns jetzt vorgelegt wird, unterzeichnen, weil wir nur so den deutschen Staat und das deutsche Volk weiter retten können, dann kommt diese Partei und sagt: die Regierung hat die Kraft nicht gehabt, für das deutsche Volk einzutreten, wir müssen ihr das Handwerk legen. Und nun frage ich: hat eine solche Partei noch das Recht, sich von diesem Moment an Deutsch-Nationale Partei zu nennen, hat sie noch das Recht, für sich die bona fides der Vaterlandsliebe und des Patriotismus in Anspruch zu nehmen? (Abg. Mayer-Karlsruhe: Wir ändern jetzt unseren Namen! — Abg. Mager (zum Abg. Dr. Kraus): Sie können jetzt nicht der Richter sein, der das entscheidet!).

Dann noch etwas anderes. Sie haben gelesen, daß ein Mann wie Helfferich, der allen Grund hätte, momentan zu schweigen, in der Berliner Presse nicht nur die deutschen Gegenvorschläge ein Buch der Entmannung und Schande genannt hat, sondern daß er auch persönlich gegen Mitglieder des Kabinetts Scheidemann, vor allem gegen Dernburg und andere Herren in dieser Beziehung mit politischen Angriffen vorgegangen ist. Ich weise ferner darauf hin, daß jetzt in den schweren Tagen, wo das deutsche Volk politisch, wirtschaftlich und sozial so wichtige Dinge zu tun hat, alle die Männer, die mehr oder weniger jetzt die politische nationale Pflicht zum Schweigen hätten, nicht nur, was wir ihnen nicht verwehren können, Dokumente herausgeben, um sich zu rechtfertigen, sondern daß ein Helfferich, ein Lubendorff, ein Tirpitz, ein Bethmann-Hollweg und ähnliche Leute jetzt und die ganzen Monate hindurch nichts anderes zu tun haben, als Denkschriften und Rechtfertigungsschriften auszuarbeiten, und zwar was das Schönste ist, einer dem andern die Schuld in die Schuhe zu schieben (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), und daß sogar konservative Politiker, konservative Parteimänner jetzt den Kaiser in einer Weise hinstellen, die sowohl vom rein menschlichen wie vom deutschen Standpunkt aus vollständig zu mißbilligen ist. Gerade Vertreter einer Partei, die die Monarchen und den Kaiser immer so gehalten hat, wie sie ihn gehalten haben wollte, haben jetzt keinen Grund, noch psychanalytische Versuche darüber anzustellen, ob der Kaiser überhaupt dazu fähig war, das deutsche Volk zu regieren oder nicht. Es sind konservative Blätter (Widerspruch bei der Deutsch-Nationalen Volkspartei) und Politiker gewesen, die das getan haben, und ein konservativer Politiker und ostpreussischer Baron hat u. a. geschrieben, er hätte vor Jahren eigentlich schon einmal eine Interpellation, ich weiß nicht, im Reichstage oder im preussischen Parlament einbringen wollen, damit man sich einmal darüber unterhalte, ob dieser Kaiser (Zurufe von der Deutsch-Nationalen Volkspartei) — wenn Sie wollen, werde ich Ihnen die Dokumente bringen — psychologisch fähig sei, länger an der Regierung zu sein oder nicht, aber er hätte es damals aus patriotischen Gründen unterlassen. So stehen diese Leute heute zu dem Manne, den sie am höchsten geschätzt haben (Abg. Mayer-Karlsruhe: Es ist aber nett, daß Sie so kaiserfreundlich sind!).

Nun noch ein Wort über die Ausnutzung der gegenwärtigen Situation. Man hat vorherin darauf hingewiesen, daß die Sozialdemokratie vor dem Krieg auch immer alle politischen Situationen taktisch zu ihren Gunsten ausgenützt habe, und daß man jetzt genau so das Recht habe, dasselbe zu tun. Ich würde das nicht gesagt haben, als Deutsch-Nationaler Politiker. Damit, daß einer einen Fehler gemacht hat, habe ich noch lange keinen Grund, denselben Fehler auch zu machen (Abg. Ma-

ger: Aha, wenn Sie das machen, ist es etwas anderes!). Damit hat man noch lange nicht das Recht, seinerseits einen Fehler zu machen und dann sich zu entschuldigen. Aber war es denn ein Fehler; war die Lage genau so, oder ist nicht ein wesentlicher Unterschied? Herr Kollege Mager hat mir zugerufen: Natürlich, wenn Sie es machen, ist es etwas anderes. Wir hatten damals einen starken deutschen Staat, ein deutsches Volk in der Aufwärtsbewegung politischer und wirtschaftlicher Art, hatten eine starke Regierung und im Kampf der Sozialdemokratie ging es nicht darum, das Volk, die Wirtschaft, den Staat, zu stürzen, sondern es ging darum, in diesem Staate der Arbeiterschaft die wirtschaftliche und soziale Stellung zu erringen, die ihr gebührt auf Grund ihrer Leistungen in der Volkswirtschaft, im politischen Ganzen. Der Kampf ging deshalb gegen die Regierung und die Maßnahmen des Staates, weil diese Regierung und der Staat mißbraucht worden sind zu einem imperialistischen Klassenstaat, und die Arbeiterschaft, wo sie ihre Menschenrechte verteidigen wollte, diese Menschenrechte nur im gewerkschaftlichen Kampf, im Klassenkampf verteidigen konnte. Heute liegen diese Dinge ganz anders. Und nun möchte ich Ihnen doch noch einige Gedanken näher ans Herz legen und bitten, sie nicht vom polemischen Standpunkte aus aufzufassen, sondern von dem, wie wir die ganze Unterhaltung auffassen, daß einmal in diese Dinge politische Klarheit kommt.

Wie stehen wir Mehrheitssozialisten jetzt da, was ist der Vorwurf, den man von den Unabhängigen und Spartakisten uns jetzt immer macht? Der Vorwurf ist doch der, daß wir mehrheitssozialistischen Führer zum Staat, zur Regierung stehen in dieser schweren Zeit (Zuruf: Zu spät!). Darüber können wir uns heute nicht unterhalten. Darüber sind alle Politiker klar, daß unser Volk und Staat ohne die Mitwirkung der sozialdemokratischen Führer nicht gerettet werden kann. Dann soll man aber unsere Position diesen Gruppen gegenüber stärken. Dann soll man nicht so, genau so heßen und sagen, wir sind Euer Gegner, weil Ihr nicht derselben Anschauung seid wie wir. Wir sagen, wenn der Staat und die Regierung wieder gefestigt ist, kommt die Zeit wieder, wo wir die Arbeiterschaft zum Kampf um ihr Recht als Proletarier aufrufen können. Heute sagen wir unseren Arbeitern: Heute geht es nicht um die Arbeiter, heute geht es um das Volk, den Bestand des deutschen Staates und des Deutschtums als solches und darum machen wir Mehrheitssozialisten, sage ich, mit einem Staate mit und einer Regierung, die lange nicht das Ideal ist, das wir als Sozialisten wünschen, weil wir Deutsche sind und treu zu unserer Nation stehen. Darum sorgen Sie alle in Ihren Reihen und wirken Sie darauf auch in Ihrer Presse hin. Dieser Kampf gegen die Demokratie kann ruhig wieder aufgenommen werden, wenn wir wieder konsolidierte Verhältnisse haben; heute, wo es heißt, sich über das Schlimmste hinwegzusetzen, wollen wir zusammenstehen, auch wenn wir politisch nicht auf dem Boden stehen, auf dem wir gerne stehen würden, und für den wir kämpfen würden.

Und nun noch eines. Der Herr Abg. Mager hat dem Herrn Abg. Weismann den Vorwurf gemacht, wenigstens gesagt, das er Noske quasi einen Anwurf gemacht hätte, um den Noske sich wahrscheinlich wenig kümmern werde. Ich habe den Herrn Kollegen Weismann so verstanden: er hat gesagt, es wird aus unseren Reihen deshalb Noske der Vorwurf wegen seiner militärischen Politik gemacht, weil diese Kreise durch das Treiben von rechts in eine Richtung gezwungen werden, gegen die Noske alle Mühe hat, vorzugehen. So habe ich den Herrn Kollegen Weismann verstanden. Da möchte ich doch sagen, wenn man hier anführt, was Noske auf dem Parteitag in Weimar gesagt hat, — haben Sie auch gehört, was unser Parteivorstand, Hermann Müller, gesagt hat? Er hat gesagt: Sie sind die Besten, die heute aufmucken und reden dürfen; Sie hätten heute alle die Pflicht, zu schweigen, bis die Zeit kommt, wo man auf Grund geschichtlicher Rechts- und Tatsachen sich über diese Dinge auseinandersetzen wird. Das hat unser Parteivorstand Hermann Müller gesagt. Und wenn Herr Kollege Dr. Schofer gesagt hat, wir wollen die Schuldfrage aus der Debatte lassen, gut, ich und meine Parteifreunde sind mit mir sicher der Ansicht; die Schuldfrage liegt viel, viel tiefer, ich habe das von den ersten Stunden der Revolution an den Leuten immer wieder gesagt; das hat gar keinen Zweck, auf den Lubendorff oder Tirpitz alle Schuld schieben zu wollen, zu meinen, wenn man die Schuldigen vor einen Gerichtshof zieht, ist alles geschehen. Die Leute waren nur Glieder in einer Maschine und in einem System, und ich habe deswegen immer behauptet, die Schuldfrage kann nur erörtert werden, wenn man die politische

Staatengeschichte Europas seit den letzten Jahrhunderten erforscht und die Vorgänge aufgezeichnet. Dann nehmen wir aber uns auch das Recht, zu sagen, dann kommen Sie nicht mit der Schuld an der Revolution, denn die Grundursache der Revolution liegt genau so tief und weit zurück wie die Gründe für die Ursache des Krieges, denn nicht nur die großen Denker Deutschlands, sondern auch die größten Denker Russlands und ganz Europas, haben seit Jahrzehnten die Worte geprägt haben: „Weltkrieg und Weltrevolution!“, weil sie gesehen haben, daß die Entwicklung zu einem Weltkrieg führte und die notwendige Folge des Weltkriegs nichts anderes, als die revolutionäre Entladung dieser Spannung in den einzelnen Staaten sein kann. Ich halte es im gegenwärtigen Moment nicht für angebracht, überhaupt nicht für angebracht, über die Schuldfrage an dem Kriege zu debattieren, haben wir gehört. Gut, dann sagen wir, dann debattieren wir auch nicht über die Schuld an der Revolution, dann machen Sie auch niemand einen Vorwurf: Sie sind schuld an der Revolution, Sie haben unser Heer erdolcht!

In diesem Zusammenhang ein Schlusswort. Alle diese Gedankengänge hängen damit zusammen, daß wir sagen, wir Deutschen, die so herrliche Siege errungen haben, sind jetzt so schmachlich in den Boden geschmettert und müssen jetzt einen solchen Frieden über uns ergehen lassen. Dieser Gedankengang entspringt der Anschauung: Wie schön wäre es doch, wenn es uns gelungen wäre, den Sieg zu erringen, wenn uns das geblüht wäre, was wir immer im Krieg erhofft und gewollt haben mit aller Kraft. Und da frage ich: Was wäre denn anders und für die Welt besser geworden, wenn der Friede, der heute uns diktiert wird, in irgend einer Form von uns den Andern diktiert würde? Dafür haben wir, Gott sei Dank, Beweise genug, wie der Friede von uns ausgefallen wäre. Ich will Sie nicht weiter mit der Denkschrift beschäftigen, die sechs große deutsche Wirtschaftsverbände im Jahre 1917 im Großen Hauptquartier über die Zerstörung der französischen Industrie ausgearbeitet haben, und die sicher die französische Kommission vor sich liegen hatte, als sie im einzelnen die Wiedergutmachungsbedingungen festgelegt hat. Es wäre nicht besser, in irgend einer Form mußte der Zusammenbruch kommen. Er ist so gekommen, daß wir die Leidtragenden sind. Wäre es anders gekommen, würden wir triumphieren, und die anderen wären die Leidtragenden. Aber es wäre doch die Revolution gekommen, weil die ganze imperialistische Völkerrpolitik im Grunde faul war. Darum wollen wir schweigen, wollen als Männer, die umstände sind, ein schweres Schicksal zu tragen, an dem wir nicht unschuldig sind, das Schicksal auf unsere Schultern nehmen, wollen unserer Regierung vertrauen, hinter ihr stehen, daß sie alles aufwendet, uns wenigstens eine Lebensmöglichkeit zu geben; und wenn diese Regierung aufgrund reichlicher Erwägung über ihre schwere Verantwortung zu dem Entschluß kommt: Um das Leben des deutschen Volkes zu retten, muß dieser Friede unterzeichnet werden!, dann wollen wir auch hinter dieses Schicksal stehen und uns geschlossen dafür einsetzen, denn jetzt geht es nicht um die Sozialdemokratie, nicht um die Demokratie, das Zentrum und die Deutsch-Nationalen, sondern um das ganze deutsche Volk, den deutschen Staat, und dafür setzen wir uns ein.

Abg. Karl (D. Natl. Sp.):

Es war zu erwarten, daß auch heute wiederum die Schuldfrage am Kriege aufgerollt würde. Ich bin hier der Meinung des Herrn Kollegen Dr. Schöser und sogar in vielen Punkten des Herrn Kollegen Dr. Kraus, daß wir diese Frage nicht aufrollen dürfen, jedenfalls aber nicht lösen können, ehe sämtliche Aktenstücke von uns geprüft sind. Wir wollen sie also beruhen lassen. Wenn aber irgend jemand, irgend eine Gruppe unseres Volkes, irgend eine Gruppe von Politikern an der Verlängerung des Krieges wirklich schuld sein sollte, dann suchen Sie, bitte, diese Leute nicht allein im Lager der Deutsch-Nationalen, sondern ebenso bei den Demokraten und sogar beim Zentrum. Auch aus diesen beiden Parteien hat die Vaterlandspartei und haben die Alldeutschen ihren Zutrom bekommen. Warum nun trotzdem nur gerade wir herhalten sollen, das aufzuklären war nicht der Zweck und Erfolg der Interpellation.

Ferner war zu erwarten, daß der Herr Minister, was sein gutes Recht ist, eine Reihe von Presseerzeugnissen von unserer Seite verlesen würde, weil sie ihm anscheinend den Beweis liefern, im Recht zu sein. In der Presse geschieht von beiden Seiten immer manches Bedauerliche. Es ist besonders auf

jenes Flugblatt hingewiesen worden, in dem unsere Partei aufgefordert worden ist, die gegenwärtige Situation parteipolitisch auszunutzen. Das halte ich auch für einen ungeeigneten Ausdruck. Es hätte dieselbe Sache viel klarer und richtiger bezeichnet werden können. In der Ausübung der Situationen sind wohl aber alle Parteien sich ziemlich gleich; und wenn auch Ihre Rundschreiben nicht veröffentlicht werden, so sieht man doch an sehr vielen Dingen, daß Sie vor der Tat der Ausübung nicht zurückscheuen. Auch was Herr Dr. Kraus über die Prekpoletik erwähnt hat, was von anscheinend konservativen Politikern jetzt über den Kaiser geäußert und an ihm als Verbrechen am Vaterland bezeichnet wird, das wollen wir beruhen lassen, das gehört nicht hierher. Aber wenn von Presseerzeugnissen geredet wird, muß ich immer fragen: Falls der Demokratischen Partei oder der Zentrumspartei an der Regierung etwas nicht gefällt, erlauben sie sich auch, es deutlich genug zu sagen. Daß wir auch hier wieder als das Narrdel, als die Mörgler an der Regierung hingestellt werden, finde ich nicht recht.

Zum Dritten: Unsere Stellung zur Monarchie und zum Heer! Man kann zur Monarchie zustimmend Stellung nehmen aus staatsrechtlichen, geschichtlichen und Pietätsgründen. Man kann schließlich eine Monarchie wünschen, rein akademisch, eine Monarchie, welche etwa der englischen, also einer parlamentarischen entspricht. Das ist auch wieder eine Frage, die den Einzelnen allein angeht. Aber ich möchte hier abermals sagen: Wenn Sie Monarchisten suchen, sogar in diesem Hause, so werden Sie solche finden sogar auf Seiten des Zentrums und der Demokratie. Warum werden die Leute aus jenen Parteien von den Bürgerwehren nicht ausgeschlossen, sondern nur unsere? Auf diese Frage möchte ich auch eine Antwort haben.

Vom Ministerium ist nun bereits geantwortet worden, und zwar sogar durch Laten: 1. durch den Ausschluß der Deutsch-Nationalen vom Heer und 2. durch den Erlass des Ministeriums des Innern, welcher den Amtsvorständen vorschreibt, sogar Versammlungen gegen uns abzuhalten. Auch da muß ich fragen: Was hätte irgend eine andere von den größeren Parteien getan, wie hätten sie sich geäußert, wenn das ihnen widerfahren wäre, wenn das gegen sie gerichtet worden wäre? Man denke sich die Demokratie oder das Zentrum in dieser Lage. Wir haben uns nur gegen eine beleidigende Zurücksetzung verteidigt; wir wollen nicht zweierlei Recht.

Wenn wir aufgefordert wurden, und zwar von verschiedenen Seiten, die Polemik gegen das jetzige Ministerium einzustellen, so wollen wir nichts Grundfäliches dagegen sagen und tun; auch wir haben das Bedürfnis nach Frieden. Aber — und damit möchte ich schließen — man möge es uns seitens des Ministeriums auch nicht unmöglich machen, friedlich mitzuarbeiten.

Auf Wunsch des Ministers des Innern wird die Sitzung hier um 1/1 Uhr unterbrochen.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung um 1/4 Uhr teilt zunächst der II. Vizepräsident Muser mit, daß Präsident Kopf durch anderweitige Inanspruchnahme verhindert ist, an der Sitzung teilzunehmen und sein Ausbleiben zu entschuldigen bitte, und gibt hierauf den Eingang einer Interpellation der Abgg. Fischer-Karlsruhe und Gen., die Versorgung der Bevölkerung mit Brennstoffen betr. bekannt.

In Fortsetzung der Besprechung der Interpellationen der Abgg. Mayer-Karlsruhe und Gen., die Bürgerwehr betr. und die Erhaltung des inneren Friedens betr. erhalten alsdann das Wort:

Abg. Fischer-Vahr (D. Natl. Sp.):

Es tut mir zwar leid, daß die heute morgen begonnene Debatte vor einem bereits leeren Hause vollends ausgefochten werden muß. Ich hatte absolut nicht die Absicht, mich an dieser Debatte zu beteiligen. Wie mir wohl von rechts, von der Mitte und von links zugestanden werden muß, war ich seit dem Jahre 1913 nie derjenige, der einen Brand in diesem hohen Hause entfachte oder der Öl auf das Feuer goß (Sehr richtig! im Zentrum). Aber nachdem uns von verschiedenen Neulingen von links heute der heftigste Vorwurf gemacht wurde, daß gerade wir diejenigen wären, die eigentlich schuld an unserem ganzen Unglück in Baden und in Deutschland

feien, fühle ich mich doch als altes Mitglied des Hauses verpflichtet, diese unerhörten Vorwürfe, die uns gemacht wurden, zurückzuweisen. Sagen Sie mir einmal, wie wäre das möglich gewesen? 5 Mitglieder von 73 sollen die ganze Regierung dargestellt haben, und heute sollen wieder 7 von 100 die ganze Regierung darstellen und das ganze Hohe Haus auf den Kopf stellen. Erklären Sie mir doch einmal, wie das möglich ist! Bisher hat man behauptet, wir wären die Schuldigen, und wenn wir die Schuldigen sind, dann müssen wir die Mehrheit haben. Bisher hat man uns 5 ober zum Zentrum gezählt. Man hat zwar in der Mitte gesagt, sie seien das Zentrum an der Wage, sie seien noch mehr als wir mit dem Zentrum zusammen. Das Zentrum ist jetzt auf seinen eigenen Füßen gestanden (Heiterkeit). Wir stehen auf unseren eigenen Füßen, und wir fürchten uns aber auch nicht vor diesen Anfeindungen. Ich möchte aber doch bitten, daß man etwas vorsichtiger zu Werke geht, wenn man uns mit der alten Regierung verknüpft. Wir waren 5 (Abg. Hertle: Sehr wahr!) in der rechtsstehenden Vereinigung. Es war ein konservativer Mann darin, die anderen waren Bauernbündler. Ich habe mir früher schon erlaubt, ein freies Wort zu gebrauchen, und da hat einmal ein guter Freund — er ist noch hier in diesem Hohen Hause — zu mir gesagt: Fischer, wenn du so lose mit deiner Zunge umgehst, schmüdt deine Brust nie der Jähringer Löwe (Hört, hört! bei der Deutsch-Nationalen Volkspartei. — Heiterkeit im Zentrum). Ich sagte zu meinem Freunde: Lieber ein reines Herz, als eine heftete Brust (Abg. Hertle: Sehr wahr! — Heiterkeit im Zentrum). Schaut Euch (zu den Sozialdemokraten) einmal um in Eueren Reihen, ob nicht noch Leute am 22. August mit dem Jähringer Löwen geschmüdt wurden! (Abg. Hertle: Sehr wahr!). Und wofür wurden sie geschmüdt? Dafür, daß sie Regierungspartei waren (Abg. Hertle: Sehr wahr!). Und heute hängt man uns fünf Männern von der rechtsstehenden Vereinigung diese angebliche Eigenschaft an die Rockschöße (Abg. Hertle: Sehr richtig!). Wir weisen so etwas entschieden zurück. Wir arbeiten mit, wir sind gern bereit, mitzuarbeiten, und das haben wir bewiesen. Wir haben für die Verfassung gestimmt. Wir haben es nicht gemacht wie früher unsere Nachbarn zur Linken, daß wir Forderungen gestellt und, wenn es zur Genehmigung des Budgets kam, mit Fernbleiben gegläntzt haben (Abg. Hertle: Bravo!), den Saal verlassen haben, sondern wir haben bisher mitgestimmt (Abg. Hertle: Bravo!), und wir übernehmen die Verantwortung mit. Aber wir lassen uns nicht brandmarken, daß wir diejenigen sind, die das Unglück über Deutschland und das Unglück über Baden heringebracht haben (Abg. Hertle: Sehr richtig!), sondern wir sind bereit, Baden mit Hilfe der Linken, der Mitte und der Rechten wieder auf die Höhe zu bringen, auf die es gehört (Beifall bei der Deutsch-Nationalen Volkspartei).

Minister des Innern **Remmele:**

Es wird gut sein, wenn wir die Debatte von heute morgen nicht mehr in dem bisherigen Sinne fortsetzen, sondern zu beenden suchen. Gleichwohl aber möchte ich mir gestatten, einige Bemerkungen zu den Ausführungen des Herrn Abg. Mager zu machen. Sie sind notwendig, weil die Ausführungen des Herrn Abg. Mager in einem gewissen Gegensatz zu denjenigen des Herrn Abg. Mager-Karlsruhe stehen und weil dieser Gegensatz — ich werde Ihnen das gleich nachher auseinandersetzen — uns beweist, auf welchem richtigem Wege die Regierung mit ihren Maßnahmen, die hier angefochten worden sind, war.

Sie haben heute früh davon gesprochen, daß die jetzigen Regierungsparteien oder diejenigen, die die Revolution gemacht haben, ein Revolutionsheer hätten gründen sollen. Das wäre das Logische, das Richtige gewesen. Mit anderen Worten, es sollte aus den Leuten, die die Geschicke des Landes in die Hand nahmen, das Heer gebildet werden. Ich kann Ihnen erklären: die vorläufige Regierung hat selbstverständlich auf diesem Standpunkt gestanden. Sie hat gesagt: Selbstverständlich werden wir jetzt im November und Dezember berufen sein, auch für die stehende Macht — wir hatten damals noch keine Freiwilligenbataillone — in Form der Bürgerwehr zu sorgen. Aber das eben ist es ja, was uns seitens des Herrn Abg. Mager in gegenteiligem Sinne zum Vorwurf gemacht wird, daß wir von dieser Wehr die Anhänger der Deutsch-Nationalen Partei ausgeschlossen hätten. Ja, so muß man die Dinge ansehen (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Wir sind dann späterhin bei der Gründung

der Freiwilligenbataillone garnicht so weit gegangen, daß wir ganz generell gesagt haben, die Deutsch-Nationale Partei solle ganz grundsätzlich ausgeschlossen sein, sondern wir sind nur so weit gegangen, daß wir die Persönlichkeiten, wir wollen einmal sagen: auf Herz und Nieren prüfen, ob sie bereit sind, die Demokratie zu verteidigen.

Aber nun komme ich zum zweiten Punkt. Wir, die wir in der Regierung sind, und die Parteien, die hier die Regierung bilden, stehen auf dem Standpunkt der gegebenen Verhältnisse. Wir wollen ganz allgemein die Demokratie verteidigen, und der linke Flügel davon will in verstärktem Maße gegenüber dem rechten Flügel die sozialistische oder soziale Demokratie durchsetzen. Sie lehnen das Ihrerseits ab, schlußfolgern aber daraus oder machen umgekehrt den verantwortlichen Personen einen Vorwurf daraus, daß wir gegenüber den Leuten von rechts vorsichtig sind, so vorsichtig sind wie gegenüber den Leuten von links. Ich meine, dieser Gegensatz, der nun einmal vorhanden ist, der durch die Ausführungen des Herrn Abg. Mager haarscharf herausgearbeitet worden ist, wenn vielleicht auch ungewollt, ist es, der eigentlich heute die Debatte herbeigeführt hat, und wenn wir im Großen und Ganzen in Rücksicht auf die Verhältnisse draußen im Lande eine solche Debatte auch ganz allgemein nicht gut vertragen können, für die Klärung der Situation im Lande und im Landtag hat die Debatte zweifelsohne sehr viel beigetragen, und insbesondere bin ich mit dem Herrn Abg. Dr. Schofer durchaus derselben Meinung; es war niemand von uns etwa gewillt, der Deutsch-Nationalen Fraktion einen Vorwurf zu machen, weil die Interpellationen eingereicht worden sind.

Nun wäre, ja zu den Fragen noch mehr zu sagen, ich will es aber unterlassen und nur einem Punkte mich noch zuwenden. Es ist neben anderen Rednern auch mir verarzt worden, daß wir die Dinge, die uns die Deutsch-Nationale Fraktion zum Vorwurf macht, für die Haltung im allgemeinen zu Grunde legen. Ich will aber dem Herrn Abg. Mager noch eine Stimme hier zitieren, die uns berechtigt, zu dem von Ihnen oder Ihren Gefinnungsfreunden propagierten Geist im Lande Stellung zu nehmen. Die „Badische Warte“ ist zwar kein offizielles Organ der Deutsch-Nationalen Partei, spricht sich aber als das an, und im ganzen Lande kennt man dieselbe. Sie hat erst am 6. Juni unter dem Titel „Unter der Volksregierung“ der Öffentlichkeit folgendes übermittelt:

„Wir haben jetzt bekanntlich eine Volksregierung, einen Freistaat, keine Obrigkeitsregierung mehr. Einen Unterschied aber zwischen Volksregierung und Obrigkeitsregierung findet niemand heraus. Gehorchen und Steuerzahlen sind die Grund- und Ecksteine auch des Volksstaates, und wer wirklich glaubt, die Bureaucratie des Volksstaates habe sich im Verkehr mit dem Publikum andere, bessere, volkstümlichere Manieren angewöhnt, irrt sich gründlich. Die Erlasse, Aufforderungen, Briefe der „Volksregierung“ sind genau so anmaßend und unhöflich, wie die der früheren. Vieles aber ist wesentlich schlechter geworden. Die allgemeine Ordnung läßt sehr zu wünschen übrig. Die Karlsruher Straßen waren früher ein Bild der Sauberkeit. Heute sind die Straßen schmutzig, unreinigt, als wäre man in einer Kreisstadt in Posen. Im Hardtwald sieht es erbärmlich aus“... usw. Ich will das Hohe Haus nicht mit der Schilderung aufhalten, wie alles und jedes, was auf der Straße sich abspielt, und in der Straßenrinne der Regierung zum Vorwurf gemacht wird bzw. wie sie verantwortlich gemacht wird. Dann heißt es zum Schluß: Wer hält noch zur Regierung? „Nur das eigentliche Fabriklerum hält noch zu ihr. Soweit die Nation aus Besitzern besteht, — und sei der Besitzer noch so klein — will sie von den sozialistischen Zukunftsphilosophen nichts mehr wissen. Auch die bürgerliche Demokratie hat viel von ihrer alten Anziehungskraft und ihrem öffentlich-moralischen Kredit verloren. Der Geist der Ernüchterung ist in die Herzen eingezogen“... usw.

Das steht im engsten Zusammenhang mit der Aufforderung, von der ich heute früh gesprochen habe, die Zeit jetzt auszunützen, die Zeit der allgemeinen Erregung, und das war ein solches Produkt dieser Ausnützung. Da muß ich schon sagen: wenn man, wie insbesondere die Herren Abg. Mager-Karlsruhe und Mager auf dem Standpunkt steht — und ich habe keinen Grund, an dieser Erklärung zu zweifeln —, daß auch sie am Aufbau des Volksganges eheulich mitarbeiten wollen, dann darf man selbstverständlich solche Dinge nicht dulden, und wenn man sie erkennt, muß man sie zurückweisen, muß dafür sorgen, daß sie zurückgewiesen werden. Ich bin auch durchaus der Auffassung, daß auch die Arbeiter der Mehrheitssozialdemokratie Veranlassung hätten, endlich einmal mehr Farbe zu bekennen und die Regierung, wie sie jetzt einmal be-

teht und bestehen muß, zu unterstützen. Die Vorgänge, die wir draußen jetzt, heute und gestern, erlebt, und die sich erfreulicher Weise zugunsten der jetzigen Politik gestaltet haben — mittelst geheimer Abstimmung ist in Mannheim der gewollte Streit nicht zum Durchbruch gekommen, so daß auch sonst größere Unternehmungen dadurch gescheitert sind — diese Erfahrungen lassen erkennen, daß es aufwärts und vorwärts geht. Ich gebe zu, es wäre gut gewesen, wenn schon von den Mehrheitssozialisten früher, insbesondere gegenüber den Kommunisten, ein scharfer Strich gezogen worden wäre, wie das als wünschenswert bezeichnet worden ist. Das sage ich glatt heraus. Niemand leidet mehr darunter, als die Mitglieder der Regierung. Darüber wollen wir einig sein. Auch auf dem deutschen Parteitag in dieser Woche ist das glatt herausgesagt worden. Ich kann aber da beifügen, man muß auch das verstehen; diese Dinge brauchen ihre Entwicklung, bis die Erkenntnis sich durchsetzt. Wenn ich also auf der einen Seite diese Besserung begrüße, muß auch die Deutsch-Nationale Partei, weil sie nicht auf eine Linie mit den Kommunisten gestellt werden will, ihrerseits diese Dinge unterstützen, die heute Veranlassung gegeben haben, aus der Anklage gegen uns einen Angriff gegen Sie zu machen.

Ich will noch Eines zum Schluß sagen, Sie werden zu widersprechen versuchen. Wie weit wir darin in Deutschland gebunden sind, in der Seelengemeinschaft, von der ich gesprochen habe, und die häufig bestritten wird, zeigt folgender Vorgang: In Meersburg haben nach dem „Karlsruher Tagblatt“ die Deutsch-Nationale Partei und die Unabhängigen Sozialdemokraten in diesen Tagen ein Wahlkompromiß für die Kreiswahlen geschlossen und durchgeführt gegen die bürgerlichen Parteien (Abg. Fischer-Lahr: Das „Karlsruher Tagblatt“ ist keine Quelle!). Bis heute steht die Sache unbestritten fest. Man kann aber aus den zerfahrenen Verhältnissen verstehen, daß solche Widersprüche vorkommen. Sie sind früher vorgekommen und werden auch in der Zukunft vorkommen. Wir wollen damit sagen: Wenn von zwei Seiten her eine Regierung angerempelt wird, geht aller Glaube dahin. Herr Abg. Fischer, ich verstehe auch, Abtriche zu machen, aber Ihre Partei hat die Pflicht, die Sache klarzustellen, und so lange sie nicht klar gestellt ist, wollen wir eben an diese Meldung glauben.

Ich komme damit zum Schluß, indem ich sage: Ich danke den Vertretern der drei großen Fraktionen, die die Regierung bilden, daß sie für die schwierige Situation, in der die Regierung sich befindet, volles Verständnis bekundet haben. Ich kann nur noch einmal erklären, daß wir selbstverständlich, wie bisher, auch in Zukunft alles, was wir unternehmen, ernstlich prüfen, daß wir ohne Not gegen niemand einen Angriff führen werden, weder gegen links noch rechts, daß wir uns aber unserer Haut wehren, wenn wir angegriffen werden, auf der einen Seite mit geistigen Waffen, auf der anderen Seite mit den Waffen, die notwendig sind, wenn Waffen gegen uns sich erheben.

Abg. Fischer-Lahr (D.-Natf. Sp.):

Der Herr Minister hat seine Freude ausgesprochen, daß er mit den drei großen Parteien einig ist; er hätte aber gerade so gut nach unseren Aussagen bemerken können, er gedente auch mit den kleinen einig zu werden. Aber eine Einigkeit mit den kleinen, so scheint es, sucht das Ministerium nicht, und das ist es, was ich bemängeln.

Der Herr Minister hat uns heute morgen vorgeworfen, wir wären im Zusammenhang oder in Einigkeit mit den Spartakisten von Berlin! Ich war immer derjenige, der sagte: Los von Berlin! Ich bin für ein einiges Deutschland, aber nicht dafür, daß wir von Berlin regiert und dirigiert werden, auch nicht von den Spartakisten, und jetzt wirft man uns heute morgen in der Sitzung wieder vor, daß wir auch noch für die Sünden unserer Berliner Junier, wenn diese wirklich mit Spartakisten einig sind, verantwortlich gemacht werden sollen. Wir sind in Baden, ich bin nicht einmal Mitglied der Deutsch-Nationalen Partei, sondern nur Mitglied des Badischen Bauernbundes, und wir haben Hand in Hand miteinander gewählt, und sind auch heute einig, und wenn wir saßen, wir sind Badische Bauernbundler, so heißt es: Ihr seid die Krautjunker von Berlin, Ihr habt ihre Stellvertreter zu machen in Baden!

Wer meine Ausführungen bis jetzt verfolgt hat, wird darin noch nicht gefunden haben, daß ich der Vertreter eines Krautjunktens bin. Aber um so beleidigender ist es, wenn von der Ministerbank ausgesprochen wird, wir seien diejenigen, die mit

dem Spartakus in Norddeutschland zusammengehen und einen Butsch gegen die Regierung versuchen. Ich möchte unserer Regierung in Baden nur zuzurufen: Das Große halten, ein einiges Deutschland in der Handelspolitik, und, was unsere inneren Interessen anbelangt, badische Interessen vertreten und badische Interessen verfolgen, und: Los von Berlin! Das ist mein Wahlspruch mit dem Tabak, das ist mein Wahlspruch mit dem Branntwein, das ist mein Wahlspruch noch mit vielem. Und ich sage, die badische Regierung kann sich auf die badischen Vertreter verlassen. Aber das Eine möge man uns nicht mehr vorhalten, wir würden von Berlin aus beeinflusst. Ich möchte unserer Regierung nicht das Gleiche vorhalten, daß sie sich von Berlin beeinflussen läßt (Sehr richtig! rechts); es gibt aber sehr viele, die diese Meinung haben, wenn es sich dreht um Finanzfragen und um Fragen, wo das Großkapital eine Rolle spielt. Wir müssen endlich einmal so weit kommen, daß wir sagen: Wir in Baden machen eigene Politik. Aber dann lassen wir uns von Berlin nichts mehr hereinreden. Wenn unsere Regierung so weit kommt, dann fährt sie mit uns 7 Männern von der rechtsstehenden Vereinigung oder von der Deutsch-Nationalen Partei auch fertig werden. Denn wir 7 Männer haben mit Berlin gar keine Fühlung (Hört! hört!), und folglich braucht man Berlin gar nicht zu fürchten, wenigstens nicht von uns. Nur einmal gründlich abbrechen! Nachdem wir in Berlin keine Monarchie mehr haben, wollen wir auch keine Befehlshaber mehr in Berlin haben (Mehrfach! Hört! hört! links).

Das Schlußwort erhält:

Abg. Mayer-Karlsruhe (D.-Natf. Sp.):

Ich anerkenne zunächst gern, daß der Herr Abg. König uns die vaterländische Gesinnung ohne jeden Abstrich zugewilligt hat. Ich habe das aus seinem Munde nicht anders erwartet. Wenn er im übrigen anderer Meinung war bezüglich der Frage, ob es taktisch richtig oder opportun gewesen sei, diese Interpellation einzubringen, so habe ich ja heute morgen schon bemerkt, daß es nicht auf unsere Veranlassung hin geschehen ist, daß sie gerade am heutigen Tag behandelt wurde. Wenn er also in dieser Hinsicht anderer Meinung ist, nun, das sind Werturteile, und vielleicht denken wir über diese Werturteile schon in 14 Tagen anders. Allzu sehr, meine ich, darf auch der Politiker sich von dem Gesichtspunkt der Opportunität nicht beeinflussen lassen. Es ist ganz richtig, was er sowohl wie Herr Dr. Schofer betont haben: Ob wir eine Interpellation einbringen wollen oder nicht, das ist eigentlich unsere Sache, und wir übernehmen auch die Verantwortung dafür; wir können sie tragen.

Die beiden Herren Kollegen von der Linken, die Herren Weißmann und Dr. Kraus haben ja in dem ganzen Bewußtsein gesprochen, daß man dann gern vorträgt, wenn man weiß, daß man zur regierenden Partei gehört. Im übrigen kann ich auf die vielen kleinen und einzelnen Dinge, die sie vorgebracht haben und die man ja alle erst nachprüfen müßte, nicht eingehen; es wäre schade um die Zeit. Besonders bei dem, was Herr Kollege Weißmann gesagt hat, der ja gern einen belehrenden Ton anschlägt, hatte ich immer wieder die Empfindung, daß das alles auf so viel Voraussetzungen gestellt ist, daß mir jener bekannte Vers einfiel: „Ihr habt fürwahr einen billigen Haber, Ihr füttert die Hühlein mit Wenn und mit Aber!“ Ich bin überzeugt, wenn der Herr Kollege Weißmann in den letzten Jahren Reichskanzler oder Chef des Reichsheeres oder gar beides gewesen wäre, wäre es ganz gewiß glorios gegangen.

Was nun den Herrn Minister und seine Erwiderung betrifft, so bedauere ich, daß er der mehrfach von mir betonten Absicht, daß wir doch sammeln wollen, nicht mehr entgegengekommen ist. Er hat sich hinter das Staatsministerium und die Koalitionsregierung gestellt. Nun wohl; damit ist die Sache aber nicht geändert; er hat schließlich doch die Sache und das Staatsministerium vertreten müssen, und ob Staatsministerium oder ein einzelnes Ministerium, darauf kommt es in diesem Fall gar nicht an. Er hat eine Reihe von Dingen beigebracht, auf die ich nicht alle eingehen kann und nicht eingehen brauche nach dem, was meine Freunde in der Erwiderung heute morgen und heute nachmittag gesagt haben. Aber ich möchte an den Herrn Minister doch die Frage richten: Darf man denn überhaupt nicht an einer Regierung Kritik üben oder gegen sie auftreten oder auch einmal gegen sie wirken? Darf man das oder darf man

es nicht? Ich will nicht so boshaft sein, den Herrn Minister zu bitten, daß er die Frage aus seiner und seiner Partei Vergangenheit beantworten möge. Er und seine Partei haben doch eine Vergangenheit, in der sie noch nicht Regierungspartei waren, sondern der Regierung gegenüber im Widerspruch gestanden sind. Ich will einfach bitten, aus dem modernen staatsbürgerlichen Bewußtsein heraus die Frage zu beantworten und zu einem Urteil zu kommen über das, was wir tun. Ich meine, man hilft unter Umständen einer Regierung dann am meisten, wenn man sie kritisiert, ja sogar sie angreift (Abg. Fischer-Lahr: Sehr richtig!).

Er hat einen Gegensatz herauskonstruiert zwischen dem was ich und dem, was mein Parteifreund Mager gesagt hat. Ich gestehe, mir ist der Gegensatz nicht klar geworden und ich will das Haus nicht damit aufhalten, daß ich mich weiter darum bemühe. Ich bin mit meinem Freunde Mager durchaus einer Meinung. Ich will aber feststellen, daß ich nicht gesagt habe, daß keine Arbeiter in die Freiwilligen-Bataillone eingetreten wären. Wenn ich so verstanden wurde, bin ich mißverstanden worden, und ich will das feststellen. Ubrigens hat Herr Kollege Weismann mich anders verstanden und er hat mich richtig verstanden.

Der Herr Minister hat Einzelheiten vorgebracht heute morgen aus allerhand Zeitungen, wie die beiden Herren von der Linken auch, allerhand Kleines und Kleinlichstes, von dem erst festzustellen wäre, ob es stichhältig ist. Er hat viele Kleinlichkeiten angeführt, von denen er gesagt hat, sie gehören eigentlich nicht zur Sache. Er hat aber nachher diese Dinge, die nicht zur Sache gehören doch mit unserer Sache verknüpft und verquidelt. Ja, das gehörte auch nicht zur Sache, das war nicht sachlich, das war — doch, ich will nicht mehr sagen, da ich mir keine Mühe von Seiten des Herrn Präsidenten zuziehen will (Abg. Fischer-Lahr: Gut gemacht!).

Nun muß ich noch mit einem Wort auf den Kern der Angelegenheit kommen, die uns heute beschäftigt hat, und die uns bei all den Verhandlungen, die wir hier führen, im Grunde immer wieder beschäftigt hat und beschäftigen wird. Ich will dabei die Mahnung, die Herr Dr. Schofer heute morgen ausgesprochen hat, daß man die Frage der Schuld zurückstellen möge, eingedenk dessen, daß sie gar nicht so einfach zu beantworten ist, nach Möglichkeit beachten.

Es ist wiederholt in diesem Hause und ist auch heute morgen wieder die Bemerkung gemacht worden, daß an dem ganzen Jammer, in dem sich das deutsche Volk zurzeit befindet, eben, wie man sich gerade gelegentlich auszudrücken pflegt, das alte System schuld sei oder die Alldeutschen oder die Vaterlandspartei oder die Konservativen, man nennt auch einzelne Persönlichkeiten usw. Wir haben diese Behauptung unzählige Male in Wort und Schrift über uns ergehen lassen müssen. Aber ich will Ihnen sagen: Sie war nie sehr beweiskräftig und einleuchtend; sie war immer nur sehr bequem. Es ist zuzugeben, daß in den Tagen des Aufsturzes und auch nachher die Lage aufs äußerste verwirrt und verwidelt war und daß es nicht jedermann möglich ist, vorsichtig mit dem Urteil zurückzuhalten, daß in Sonderheit die Methode kritischer Prüfung und Beurteilung zu üben, gar nicht jedermann gegeben ist. Darum begreife ich, daß eine große Menge Menschen angesichts der Wirrnisse, in denen sie sich befanden, angesichts des Dunkels, dem sie gegenüberstanden, nach einem bequemen Schlagwort gegriffen und gesagt haben: Dort liegt die Schuld, bei den Alldeutschen, bei der Vaterlandspartei, bei den Konservativen, bei dem alten System. Diesen Milderungsgrund will ich denen, die sich in der Richtung geäußert und diese Behauptung in den Mund genommen haben, für die Vergangenheit gelten lassen.

Aber es kann doch niemand bestreiten, daß nachgerade die Dinge anders liegen, und ich muß es doch jetzt einmal zum Ausdruck bringen, daß jetzt niemand mehr jene Behauptung aufnehmen kann, ohne darauf gefaßt sein zu müssen, daß er dem Einwand begegnen wird — ich will mich einmal recht rücksichtsvoll, vorsichtig und schonend ausdrücken: „Im Auslegen seid frisch und munter, legt ihrs nicht aus, so legt was unter!“ Ich möchte es aber noch deutlicher sagen und möchte zum Ausdruck bringen, daß, wer bei der Sachlage, wie wir sie nun kennen und überschauen und wie sie sich immer mehr aufklärt, jene Behauptung noch einfach in den Mund nimmt, weil sie ein bequemes Schlagwort ist und dazu dient, die Massen aufzupeitschen, sich die Erwiderung gefallen lassen muß, daß er sich über klare Zeugnisse und einwandfreie Tatsachen leichtfertig hinwegsetzt.

Ich muß das für einen Augenblick genauer ausführen. Es kann doch niemand bestreiten, daß wir, d. h. das deutsche Volk, bis zum Kriege — der Krieg schafft ja, ich denke, darüber sind wir alle miteinander einig, normale Zustände, und so bleibt die Zeit des Krieges bei der geschichtlichen Betrachtung logischerweise zunächst einmal außer Betracht (Widerspruch links) — ich sage, es kann doch niemand bestreiten, daß bis zum Ausbruch des Krieges das deutsche Volk sich in der staatlichen Ordnung befunden hat und auf der Bahn zunehmenden Wohlstandes und aufsteigender Wohlfahrt begriffen war. Ebenjowenig kann jemand bestreiten, daß es uns nach dem Kriege bis zur Stunde nicht gelungen ist, an dem Punkte nun wieder fortzufahren und wieder den Weg der Ruhe und Ordnung und des aufsteigenden Wohlstandes zu finden. Daß uns das trotz aller Bemühungen der Besonnenen und — ich gebe gern zu — auch der Regierung bis zur Stunde nicht gelungen ist, kann gar nicht bestritten werden. Und niemand kann es endlich bestreiten, daß daran eben die Revolution, der Aufsturz, schuld ist (Lebhafte Zustimmung rechts).

Darf ich daran erinnern, was erst kürzlich ein führender Politiker in unserem Nachbarlande Württemberg gesagt hat: „Ja, wenn wir das gewußt hätten!“ — nämlich, wenn wir gewußt hätten, was die Folgen sein würden, die schweren Folgen nicht nur dieser vollständigen Umwälzung, sondern dieser totalen Erschütterung aller politischen, aller sozialen, aller wirtschaftlichen und aller sittlichen Verhältnisse — „Wenn wir das gewußt hätten!“ Jawohl, das ist der „Herr Nachbedacht!“ Es wäre aber besser für die Völkter und für die einzelnen, wenn der „Herr Vorbedacht“ etwas mehr zum Wort und zur Geltung gekommen wäre. Und an dem Vorbedacht hat es dem deutschen Volke auch nicht gefehlt; er ist nur nicht gehört worden (Sehr richtig! rechts). Und das wissen wir alle miteinander auch, daß dieser Mann — der übrigens der Berater eines sehr einflussreichen und beratungswürdigen Herrn gewesen ist — gar nicht allein steht. Ich habe auch hier in Karlsruhe in den unruhigsten Tagen der zweiten Hälfte des Novembers gehört: „Die Sache kommt uns doch um einige Wochen zu früh!“, was hier von einem Mann, der sehr ausgesprochen auf der Linken steht, erklärt wurde.

Man braucht nicht sehr scharfsichtig zu sein — das geben wir doch wiederum alle miteinander zu — daß, nachdem einmal der erste Freudenrausch über die gewonnene Freiheit vergangen war, die Mienen allenthalben, nicht nur bei uns, sondern gerade auf der Linken, immer sorgenvoller geworden sind. Und fragen Sie einmal bei den Herren auf der Regierungsbank nach, ob ihnen das zuberückliegende Bewußtsein, die Genugtuung und auch — ich darf wohl sagen, es ist das ganz einwandfrei gemeint — und auch die Freude, einmal in den Regierungssesseln zu sitzen, nicht schon vergangen ist. Fragen Sie sie einmal, ob ihnen ihr Amt nicht alle Tage schwerer und immer schwerer wird und die Freude daran bei ihnen abnimmt, wo man doch denken sollte, sie nimmt zu in dem Maß, als sie sich einarbeiten (Abg. Fischer-Lahr: Aber wir sind nicht schuld!). Das ungeheure Schicksal, das wir alle miteinander erschüttert erleben, stellt uns allerdings vor ein großes Rätsel, ein geschichts-philosophisches Rätsel, wenn ich diesen Ausdruck hier gebrauchen darf. Und dieses Rätsel verlangt allerdings eine Antwort. Aber diese Antwort ist nicht damit gegeben, daß man irgend ein bequemes Schlagwort herausucht, daß man von dem alten System redet oder von der früheren Reaktion oder von dergleichen mehr. Das mag sehr bequem sein, mit solchen Schlagwörtern zu hantieren, aber es ist weder tief geschaut noch tief gedacht, noch sind dabei die Tatsachen ernsthaft erwogen (Abg. Fischer-Lahr: Sehr richtig!).

Um nun zum Schlusse zu kommen: Der Herr Minister hat immerhin einiges gesagt, was wir ganz gern gehört haben. Daß ihm nicht auf einmal alles gelingt, das glauben wir gern, das verstehen wir auch, und dem werden wir Rechnung tragen. Es muß alles auf Erden gelernt sein; es muß — ich möchte auch das einmal hier aussprechen — gelernt sein, daß ein Unterschied besteht zwischen einer Regierung und einem Parteivorstande, daß ein Unterschied besteht zwischen einem Minister und einem Parteisekretär. Wir aber wollen, daß unsere Regierung Regierung und unsere Minister Minister seien.

Und ich habe bezüglich des Herrn Ministers des Innern und des gesamten Staatsministeriums nicht die Beforgnis, daß

sie sich durch die Worte, die heute morgen die Herren Kollegen Weichmann und Dr. Kraus gesprochen haben, würden heiß machen lassen, sondern ich habe viel eher das Vertrauen, daß sie sich immer mehr bemühen werden, zu lernen, das zu tun, was zu tun Sache der Regierung und Sache eines Ministers ist. Hat doch selbst der Herr Kollege Dr. Kraus heute morgen eine Reihe von Sätzen gesagt, die mir die Hoffnung übrig lassen, daß doch einmal wieder ein schönes Morgenrot über uns aufgehen werde. Ja gewiß, verglichen mit der Zeit vor 6 Monaten kann man doch sagen: Die Nebel beginnen zu schwanken und zu weichen, die Sonne steigt höher und sie wird die Nebel überwinden. Die Sonne wird die Wahrheit ans Licht bringen und die Wahrheit, aber auch nur sie, die Wahrheit, wird uns frei machen (Beifall bei der Deutsch-Nationalen Volkspartei).

Zu einer persönlichen Bemerkung erhält das Wort:

Abg. Weichmann (Soz.).

Ich muß mich mit wenigen Worten gegen eine mißverständliche Auffassung des Herrn Abg. Mager wenden. Er meinte, ich hätte in meiner Rede dem Reichswehrminister Noske ein Mißtrauensvotum ausgesprochen. Mein Parteifreund Dr. Kraus hat bereits darauf hingewiesen, daß Herr Mager eine vollständig falsche Auffassung bekundet hat. Ich habe gesagt, daß weite Kreise dieser Arbeiterschaft, die in der Mehrheitssozialdemokratie ihre politische Vertretung finden, leider auch Noske in gewissem Sinne Mißtrauen entgegenbringen (Abg. Mager: So deutlich war das aber nicht Herr Weichmann!). Ich habe aber ausdrücklich darauf hingewiesen, daß ich persönlich diese Auffassung nicht teile, sondern ich habe an Hand des Stenogramms festgestellt, daß ich gesagt habe: „Das ist ganz außerordentlich typisch, daß es gerade ein Sozialdemokrat ist, der den Mut und die Kraft hat, uns aus den heutigen schweren Verhältnissen zu einigermassen geordneten Zuständen zu führen.“ In der von mir bis zum Mai redigierten Zeitung, der „Vollmacht“, habe ich jederzeit Noske in Schutz genommen und ich darf noch hinzufügen, daß ich mich freue, daß es ihm in Weimar gelungen ist, die Mehrheit der sozialdemokratischen Delegierten für seine Ansichten zu gewinnen.

Zu Buchstabe b der Tagesordnung: Begründung und Beantwortung der Interpellation der Abgg. Spang und Gen., den Schutz der persönlichen und Pressefreiheit betr. (Druck. Nr. 20) und in Verbindung damit Bericht der Petitionskommission und Beratung über die Eingabe des Landesverbandes badischer Redakteure mit Protest gegen die Verletzung der Meinungs- und Pressefreiheit im Falle des Redakteurs Fehrede in Billingen betr., teilt der II. Vizepräsident zunächst mit, daß der Wunsch ausgesprochen worden sei, diesen Gegenstand zurückzustellen und den Punkt c der Tagesordnung: Begründung und Beantwortung der Interpellation der Abgg. Dr. Kraus und Gen., die Sozialisierung in Baden betr., vorher zu behandeln.

Zur Geschäftsordnung erhalten hierauf das Wort:

Abg. Dr. Schofer (Zentr.):

Ich bin der Meinung, wir nehmen jetzt die Terrorfälle in einem Zuge vor. Ich glaube, wenn wir jetzt die zweite Interpellation gleich behandeln, wird es sich vermeiden lassen, eine Reihe von Fragen, die bei der ersten bereits verhandelt worden sind, noch einmal aufzurollen. So, wie das Haus jetzt besetzt ist, glaube ich auch nicht, daß die Behandlung der Sache längere Zeit in Anspruch nehmen wird.

Abg. Dr. Kraus (Soz.):

Wenn ich die Überzeugung hätte, daß wir in kurzer Zeit über diese Interpellation hinwegkommen, wäre ich auch dafür sie jetzt sofort zu behandeln. Auf der anderen Seite trete ich energisch dafür ein, daß wir heute die Sozialisierungsfragen wenigstens in großen Zügen behandeln, denn ich nehme an, daß bei späterer Behandlung dieses Punktes von den wenigen Anwesenden, die jetzt hier sind, auch noch ein großer Teil fort sein wird, und wir haben dann keine Sitzung mehr bis zum Juli. Das würde uns daher nicht angenehm sein, wenn nicht endlich im Landtag diese Sozialisierungsfragen behandelt werden, da wir das nicht verantworten können gegenüber denen, die uns den Auftrag gegeben haben, diese Sache zur Sprache zu bringen. Wir bestehen deshalb darauf, daß die Sozial-

fizierung behandelt wird, und wenn es auch vor einem vollständig leeren Hause sein sollte. Wenn also der Punkt b der Tagesordnung nicht allzulange Zeit in Anspruch nimmt, so sind wir damit einverstanden, daß er jetzt verhandelt wird.

II. Vizepräsident Muser:

Ein Antrag, die Tagesordnung zu ändern ist nicht gestellt. (Abg. Dr. Kraus: Unter der Voraussetzung, daß die Behandlung des Punktes b schnell geschieht!). Ob diese Voraussetzung zutrifft, das muß sich erst post festum entscheiden.

Zur Begründung der Interpellation der Abgg. Spang und Gen., erhält hierauf das Wort:

Abg. Straub (Zentr.):

Es ist ein überaus trauriger Vorgang, der uns zu dieser Interpellation vom 13. März d. J. veranlaßt hat. Am 12. März ds. Jahres fand in Billingen mittags um 2 Uhr eine Versammlung in der Festhalle statt. Es waren etwa 1200 bis 1400 Personen anwesend. Militär war aufgeboden worden; es war sogar der Schutz von Maschinengewehren gegeben. In der Versammlung, die unter dem Vorsitz eines Herrn Leopold Reidinger, der Mitglied der sozialdemokratischen Partei und des Arbeiterrates in Billingen ist, stattfand, wurde insbesondere Stellung genommen gegen die Haltung des in Billingen erscheinenden Zentrumsblattes, des „Billinger Volksblattes“, und es wurde unter anderem folgender Beschluß in der Versammlung gefaßt: Redakteur Fehrede vom „Billinger Volksblatt“ hat die Redaktion des Blattes niederzulegen und innerhalb 24 Stunden die Stadt zu verlassen. Der Bürgermeister Lehmann hat zurückzutreten oder eine Erklärung abzugeben, die Geschäfte des Kommunalverbandes unparteiisch zu führen. Nach Schluß der Versammlung, in welcher diese Entschliebung gefaßt wurde, fand ein Demonstrationsumzug statt, wozu die Anregung in der Versammlung selbst gegeben wurde. Dieser Umzug setzte sich durch die Straßen von Billingen in Bewegung; er machte vor dem Geschäftshaus des „Billinger Volksblattes“ halt, und dort wurde dem Redakteur des Blattes das Ultimatum, wie es in der Versammlung beschlossen wurde, überreicht. Fehrede wollte sich zunächst dazu äußern. Es wurde ihm anfangs nicht gestattet zu sprechen; erst als er sich dann gegen diese Art der Behandlung verwahrte, ließ man ihn zu Worte kommen. Es wurde ihm dann durch den Führer der Abordnung erwidert, er habe in der Zeitung arbeiterfeindliche Artikel geschrieben. Dieser Unterstellung entgegnete Fehrede, daß er wohl antisozialistische, aber nie arbeiterfeindliche Artikel geschrieben habe, und er habe als Redakteur eines politischen Blattes nicht bloß das Recht, sondern die Pflicht, seine politische Richtung zu vertreten, und an anderen politischen Richtungen Kritik zu üben. Von diesem Rechte lasse er sich in keiner Weise etwas abnehmen, er lehne es daher nach wie vor ab, dem Verlangen des Beschlusses der Versammlung, sein Blatt anders zu redigieren, nachzukommen. Schließlich gab Fehrede die Erklärung ab, daß er im allgemeinen Interesse die Redaktion des „Billinger Volksblattes“ niederlegen wolle. Die Deputation, die aus der Demonstrationsversammlung zu ihm gekommen war, ging nunmehr auf die Straße und verkündete den Mitgliedern des Demonstrationszuges nicht etwa die Erklärung Fehredes, daß er die Leitung des Blattes niederlege, sondern sie gaben bekannt, sie hätten es bei Redakteur Fehrede durchgedrückt, daß er innerhalb 24 Stunden die Stadt Billingen verlassen werde. Nachher hat, wie aus den Erhebungen hervorgeht, der Herr Leopold Reidinger in der Versammlung erklärt, daß sie nun das erreicht hätten, was sie gewollt haben.

Das sind die Vorgänge objektiv behandelt, soweit es möglich ist; ich sage, soweit es möglich ist. Trotz der verschiedensten Erhebungen war es nicht möglich, einwandfrei festzustellen, wer die Versammlung einberufen hat. Es war nicht festzustellen, einmal, ob die Versammlung seitens einer politischen Partei einberufen wurde, ob sie seitens des Arbeiter- und Soldatenrates, ob sie von irgend einer Privatperson einberufen wurde. Soviel ist festzustellen, daß vor Beginn der Versammlung schon der Arbeiterrat Billingen das Bezirksamt benachrichtigt hat, es möge am 12. März dafür sorgen, daß die Tagerräume des Kommunalverbandes bewacht würden, und soviel ist weiter festzustellen, daß am gleichen Tage eine Anzahl Arbeiter davon abgeraten haben, in die Fabrik zu gehen und der Arbeit zu obliegen. Die Vorgänge haben selbstverständlich nicht bloß in Billingen, sondern auch außerhalb Billingen in ganz Baden begreifliches Aufsehen erregt.

Redakteur Fehrede mußte abreisen. Er war eine Reihe von Tagen hier in Karlsruhe. Die Angelegenheit wurde in der Presse besprochen und sie fand durchweg eine ablehnende Beurteilung. Das Verhalten, wie es von der Versammlung und von den führenden Personen der Billinger Versammlung am 12. März an den Tag gelegt wurde, wurde durchgängig beurteilt. Der Vorgang ist auch die Grundlage unserer heutigen Interpellation, die der Regierung diese Vorgänge zur Kenntnis bringt und die von der Regierung die Erklärung wünscht, nach welcher Richtung sie Schritte tun wird, um derartige Vorkommnisse unmöglich zu machen, und wie die Regierung gedenkt, Schritte zu unternehmen, um die Personen die von diesem ungesetzlichen Vorgehen getroffen worden sind, wieder in ihre Rechte einzusetzen. Man hat in ruhigen Kreisen offenbar erkannt, daß es sich hier um einen sehr schlechten Dienst handelt, um einen Dienst, der weder einer politischen Partei, sagen wir einmal der sozialdemokratischen Partei, noch einer anderen Organisation, sagen wir einmal dem Arbeiter- und Soldatenrat Billingen, etwa zur Ehre gereichen könnte. Der Vorgang wurde deswegen sofort von den politischen Parteien bekämpft, und es wurde schärfster Protest eingelegt. Zunächst wurde eine gemeinsame Erklärung und ein gemeinsamer Protest seitens der Deutsch-demokratischen Partei, der Deutsch-nationalen Partei, der Zentrumspar- tei, des christlichen Gewerkschaftsartikels, des Beamten- und Lehrervereins, des badischen Eisenbahnerverbandes, des Ge- werbe- und Handwerkervereins, des Vereins selbständiger Kaufleute und Gewerbetreibender, des Bauernvereins, der landwirtschaftlichen Ein- und Verkaufsgenossenschaft, sowie des Grund- und Häuserbesitzervereins in der Billinger Presse veröffentlicht. Es wurde aber auch in der Billinger Presse eine Erklärung des Arbeiter- und Soldatenrats veröffentlicht. Nun, diese Erklärung des Arbeiter- und Soldatenrats ist doch von einem größeren Interesse, von einem Interesse nach besonderer Richtung hin, so daß ich mir nicht versagen kann, mindestens einen Teil dieser Erklärung des Arbeiter- und Soldatenrats zur Kenntnis dieses hohen Hauses zu bringen. Es heißt in dieser Erklärung des Arbeiterrats vom 15. März d. J.: „Wenn Mitglieder des Arbeiterrats an den Demonstrationen beteiligt waren, so taten sie dies nur als Mit- glieder der sozialdemokratischen Partei. Im übrigen ist Herr Fehrede von uns des öfteren in bezug auf seine gehässige Schreibweise den Arbeiter- und Soldatenräten, sowie der sozialdemokratischen Partei gegenüber gewarnt wor- den mit dem Hinweis, daß wir die dadurch erregte Masse nur noch mit vieler Mühe vor einem Gewaltakt zurückhalten kön- nen.“ Sie sehen also, daß ich will nicht sagen: die politische Organisation der Mehrheitssozialisten, wahrscheinlich aber eine Anzahl ganz linksstehender Sozialisten, die man Ihnen (zu den Sozialdemokraten) im hohen Hause nicht an die Rod- schöhe hängen kann, am Werk war, um diese abscheulichen Vorgänge in Billingen zu fördern.

Und nun, was wollte man mit diesen Vorgängen in Bil- lingen? Man wollte mit diesen Vorgängen in Billingen, wie auch an den verschiedenen anderen Plätzen im Lande Front machen gegen meine Partei, und man wollte durch derartige Gewaltakte, durch unbegründete Gewalttätigkeiten meine poli- tischen Parteigänger veranlassen, entweder zu anderen Par- teien überzugehen, oder aber sich zu ducken. Das Wunder, das man hier unternommen hat, ist in Billingen verunglückt. Wer die letzten politischen Vorgänge, die Wahlvorgänge in Billingen, sich vor Augen führt, der wird mir zustimmen müs- sen, wenn ich sage, daß der Erfolg nach dieser Richtung, wenn er so gewollt war — und er wird voraussichtlich gewollt ge- wesen sein — nicht eingetreten ist. So wie man es in Bil- lingen gegen meine Parteigänger unternommen hat, so hat man es auch in den letzten Tagen, ich darf das wohl einflech- ten, in ähnlicher Weise in Offenburg unternommen. Man hat auch dort den Redakteur des Offenburgers Zentrumsblat- tes in einer Versammlung, in welcher sich die verschiedensten Parteigänger der linken Seite versammelt hatten, zu einer Erklärung veranlaßt. Man hat ihn gezwungen, zu erklären, daß er künftig sein Blatt objektiv redigieren wolle (Abg. Dr. Schöfer: Rede- und Pressefreiheit! — Zwischenrufe links). Mächtig Sie Ihre Unterhaltung nicht nachher fort- setzen, wenn ich bitten darf! Ich sage: Wie sind diese Vorgänge in Billingen zu beurteilen? Ich will mich nach dieser Richtung nicht weiter auslas- sen. Wir haben gestern und heute wiederholt Ausführungen über den § 13 und den § 17 der Verfassung gehört. Diese Vorgänge sind ein größlicher Verstoß gegen das persönliche Recht der freien Meinungsäußerung und ein grober Verstoß gegen die Pressefreiheit, denn beide Rechte sind in der Ver-

fassung für jedermann gewährleistet. Wir müssen es von meiner Partei aus tiefste beklagen, daß man von der aller- linken Seite politisch denkender Leute die neue badische Ver- fassung kurz nach ihrem und kurz vor ihrem Entstehen in dieser Art malträtirt hat, und wir hoffen, daß die ruhig- denkenden Elemente der Linken sich mit der Zeit dazu verstehen können, auch persönlich und politisch andersdenkenden Leuten die Freiheit im neuen Staate zu gewähren.

Was in Billingen vor sich gegangen ist, das nenne ich zu- nächst ein förmliches Haberdreibeigen gegen politisch unange- nehm empfundene Personen, gegen ehrenwerte Personen, die ihrer politischen Auffassung, ihrer politischen Gesinnung Aus- druck gegeben und die sich nicht geschämt haben, auch in der neuen Zeit, speziell in unserer Übergangszeit ihre politische Überzeugung zum Ausdruck zu bringen und ihre politische Überzeugung auch unter dem Volke zu verbreiten. Der Vor- gang selbst ist aber ein Verbrechen. Es ist meines Erachtens außer Zweifel, daß sich die Drahtzieher der Angelegenheit und ein großer Teil der Leute, die eine führende Stelle in dieser Versammlung eingenommen haben, des Landfriedensbruchs schuldig gemacht haben, und ich wäre der Regierung außer- ordentlich dankbar, wenn sie uns eine Erklärung darüber ab- geben könnte, ob sie Schritte unternommen hat nach der Rich- tung, daß man die führenden Geister bei jenem unangeneh- men Vorkommnis auch strafrechtlich zur Rechenschaft zieht, um dem Rechtsbewußtsein, das in Billingen in der größten Weise mißhandelt worden ist, wieder Geltung zu verschaffen. Was wir aber mit dieser Interpellation vor allem beabsichtigen, das ist, zunächst einmal die Regierung zu einer Äußerung darüber zu veranlassen, wie sie sich zu jenen bedauerlichen Vorkommnissen in Billingen stellt, vor allen Dingen ob sie gewillt ist, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln derlei Gewalttätigkeiten, die weder mit unserer badischen Verfassung, noch mit unseren Strafgesetzen in Einklang stehen, zu ver- hindern, ob sie gewillt ist, der Ruhe, der Ordnung und dem Bürgerfrieden im neuen Staat mit aller Macht Genüge zu lei- sten. Wir wären außerordentlich dankbar, wenn uns die Re- gierung eine derartige Erklärung abgeben würde, und sie wäre zweifellos des Dankes der ruhigen Einwohnerschaft nicht bloß von Billingen, sondern des ganzen badischen Landes sicher, wenn sie öffentlich hier erklären würde, daß es sich hier um bedauerliche Entgleisungen handelt und daß sie nicht mehr duldet, daß derartige Entgleisungen weiter im Lande vor- kommen, und daß sie willens ist, auch mit aller ihr zu Gebote stehenden Macht derartigen empörenden Entgleisungen und Beeinträchtigungen der Freiheit der Staatsbürger entgegenzu- treten (Beifall im Zentrum).

Zur Berichterstattung über die Eingabe des Landesverbandes badischer Redakteure mit Protest gegen die Verletzung der Meinungs- und Pressefreiheit im Falle des Redakteurs Fehrede in Billingen erhält das Wort:

Berichterstatter Abg. Wiedemann (Zentr.):

An Stelle des Herrn Kollegen Scheil habe ich die Ehre, über die Petition des Landesverbandes badischer Redakteure mit einem Protest gegen den gleichen Fall hier Vortrag zu erstatten. Der Herr Vorredner hat die Sache an sich schon vollständig dargestellt, so daß ich auf die Frage nicht mehr näher einzugehen brauche, sondern nur noch die Stellung der Petitionskommission darlegen kann.

In der Kommission wurde das Vorgehen gegen den Redak- teur Fehrede von Vertretern sämtlicher Fraktionen mit mehr oder weniger Nachdruck mißbilligt. Wenn von einem sozial- demokratischen Mitglied die Verantwortung für die bedauer- liche Verletzung der persönlichen, der Meinungs- und Presse- freiheit dem Redakteur Fehrede zugeschoben werden sollte mit der Begründung, Fehrede habe durch die Art seiner Ge- schäftsführung als Redakteur des „Billinger Volksblattes“ den Zeitverhältnissen zu wenig Rücksicht getragen, und trotzdem er wiederholt auf die möglichen, ja wahrscheinlichen Folgen seines Auftretens aufmerksam gemacht worden sei, eine Andeu- tung in der Art seines Kampfes gegen die Sozialdemokratie nicht eintreten lassen, daher falle ihm die Verantwortung für die Vorkommnisse in Billingen selber zur Last, so wurde dieser Auffassung von den übrigen Mitgliedern der Kommission scharf entgegengetreten. Es wurde dabei von demokratischer Seite betont, Ihre Kommission habe nicht die Aufgabe, das Vorgehen des Redakteurs des „Billinger Volksblattes“ zu

prüfen, sondern sich lediglich darüber ein Urteil zu bilden, ob das Vorgehen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft mit der durch die Verfassung gewährleisteten persönlichen, wie Meinungs- und Pressefreiheit zu vereinbaren sei. Diese Frage sei nach jeder Richtung hin zu verneinen. Der Grundsatz der Freiheit schließt in sich, daß Angriffe auf politischem Gebiet ebenso ertragen werden müssen, so lange sie sich vom Gebiet des Persönlichen freihalten, und daß die Abwehr solcher Angriffe auch nur mit den Waffen des politischen Kampfes geführt werden können. Es wurde dabei an die heftigen Angriffe erinnert, die z. B. von der „Roten Fahne“ in Mannheim gegen den Redakteur der „Mannheimer Volksstimme“ gerichtet wurden von sozialdemokratischer Seite, und festgestellt, daß der sozialdemokratische Führer keinen Zweifel darüber gelassen habe, daß er das in Billingen erfolgte Vorgehen nach jeder Richtung hin mißbilligt.

Aus diesen Erwägungen heraus kam Ihre Kommission zu dem einstimmigen Antrag: Das Hohe Haus wolle die in Rede stehenden Eingabe der Regierung empfehlend überweisen.

Zur Beantwortung beider Interpellationen erhält das Wort:

Minister des Innern **Kemmelé:**

Das Bezirksamt Billingen hat den Auftrag gehabt, uns Bericht zu erstatten über die Vorgänge, der im wesentlichen, so weit es sich um die genannte Zeitung und die in diesem Hause abgehaltene Debatte handelt, übereinstimmt mit dem, was der erste Herr Redner vorgetragen hat. Im übrigen ist zu bemerken:

Am 12. März 1919 rückte aus der Kaserne in Billingen, wo damals das Ersatz-Bataillon 142 untergebracht war — also die alte Truppe —, ein Truppenteil bewaffnet in die Stadt. Sie erschienen vor den Fabriken, wo sie den zur Arbeit antretenden Arbeitern verwehrten, diese aufzunehmen und sie ersuchten, sich in die Turnhalle zu begeben, woselbst eine Versammlung stattfinden sollte. Die Fabriken arbeiteten deshalb am Nachmittag nicht. In dieser um 2 Uhr stattfindenden Versammlung wurde eine Reihe von Forderungen lokaler Natur aufgestellt, darunter:

1. Entfernung des erst seit einigen Wochen dort befindlichen Redakteurs des Billinger Volksblatts, Fehrede;
2. Rücktritt des mit der Führung des städtischen Lebensmittellamts betrauten Gemeinderats Reibinger;
3. Ultimatum an Bürgermeister Lehmann, daß er den Forderungen der Arbeiterschaft mehr entgegenkomme wie bisher;
4. Regelung des Achtstundentags der städtischen Arbeiter.

An diese Versammlung schloß sich der Zug vor die genannte Zeitung an, und daraufhin verhandelte die Kommission im Rathaus mit Bürgermeister Lehmann und verlangte von diesem in drohender Weise die Teilnahme des Ausschusses an der am 13. März stattfindenden Sitzung des Gemeinderats, dem die Forderungen genau formuliert vorgelegt werden sollten. Bei diesen Verhandlungen spielte insbesondere eine Angelegenheit des Gastwirts Hebling in Billingen eine Rolle, in welcher dem Gemeinderat und Bezirksrat Rechtsbeugung vorgeworfen wurde, weil sie ein Wirtschaftsgesuch dieses Gastwirts abgelehnt haben usw. Es wird weiter von dem Bezirksamt berichtet, daß Ausschreitungen gegen Leben und Eigentum nicht vorgekommen seien trotz der vielfachen Aufregung der Massen, die sich zum großen Teil aus Neugierigen zusammensetzten. Die Arbeiter gingen am Tag früh wieder in ihre Werkstätten.

Es scheint sonach einwandfrei festzustellen, daß die Soldaten von außen her zur Einleitung dieses Vorgehens der Arbeiterschaft aufgefordert worden sind. Darauf läßt insbesondere die Bewaffnung schließen und die Tatsache, daß bei dem Umzug ein Maschinengewehr mitgeführt wurde. Auch waren einzelne Zivilisten bewaffnet. Der Führer des ca. 60 Unteroffiziere starken Unteroffiziersicherheitstrupps des genannten 142. Regiments hat wiederholt die Versicherung abgegeben, daß sein Trupp nach wie vor zur nachdrücklichsten Zurückweisung irgend welcher spartalistischen Umtriebe bereit stehe.

Das ist also die Darlegung des Bezirksamts. Das Vorkommnis selbst hat in den Kreisen der Arbeiterräte des Landes außerordentlich unliebsame Empfindungen hervorgerufen. Von der Landeszentrale war Herr Abg. **M a i e r-Geidelberg** nach Billingen gereist, um zu versuchen, die erregten Massen von ihrer Forderung auf Ausreise des Herrn Re-

dakteurs Fehrede abzubringen; leider geschah das ohne Erfolg. Die Vorkühler behaupteten, es gäbe in Billingen keine Ruhe, wenn nicht das Organ der Zentrumsparlei gegenüber den Arbeiter- und Soldatenräten eine andere Stellung einnehme; gerade Herr Fehrede habe nach der Richtung hin viel gesündigt. Gegen die Gemeindeverwaltung seien wiederholt Beschwerden vorgetragen worden, die insbesondere mit der Art der Lebensmittelverteilung im Zusammenhang standen. Abhilfe sei jedoch keineswegs bemerkbar gewesen, und so hätten sich die Arbeiter genötigt gesehen, mit anderen Mitteln sich Geltung zu verschaffen.

Der Bezirksvorsitzende der Arbeiterräte, Herr Melber in Konstanz, war gleichfalls nach Billingen gefahren, um beruhigend auf die Demonstranten zu wirken. Er teilte mit, die Demonstration sei ruhig verlaufen. Der ungeschehliche Eingriff in das Privatrecht des „Billinger Volksblattes“ sei zu bedauern. Zur Klärung der Vorkommnisse teilte er mit, die Arbeiterschaft von Billingen sei jedenfalls von Schwemningen her zu dieser Art ihres Vorgehens aufgefordert worden. Es muß etwas geschehen, sei die Parole der Letzteren gewesen. Die Soldaten gingen in die Fabriken und verlangten die Einstellung der Arbeit in der Meinung, es könnten Unruhen am besten vermieden werden, wenn die Arbeit vollständig eingestellt würde. Man habe eine Lohnerhöhung von 40 Prozent gefordert, die insbesondere von den kleinen Unternehmern wohl kaum gegeben werden könne. Ein maßgebendes Urteil hierüber abzugeben, dazu sei er leider nicht in der Lage. Die sozialdemokratische Parteileitung in Billingen sei von dieser Sache völlig überrascht worden. Sie wußte zwar von einer erheblichen Mißstimmung, welche auf das Abfindungsgesetz mit dem ehemaligen Großherzog und dem Prinzen Max zurückzuführen sei, glaubte aber nicht daran, daß die Billinger Arbeiter selbst zu solchen Unbesonnenheiten schreiten würden.

Gegen das Vorgehen der Arbeiterschaft in Billingen hat die Berufsorganisation der Redakteure, wie wir gehört haben, schärfsten Protest eingelegt. Wir haben von uns aus diesem Protest gegenüber, dem, was vorhin gesagt worden ist, nichts hinzuzufügen.

Es wird dann noch gesagt in einer Mitteilung, die uns sonst zugegangen ist, daß an diesem Vorgehen die Anhänger der Mehrheitssozialisten die Schuld tragen. Das haben wir auch heute hier von Ihrem Herrn Vertreter der Interpellation gehört. Es steht jedoch fest, daß in Billingen damals sich eine Sektion der U. S. P. gebildet hatte, die insbesondere ihren Zulauf aus den Reihen der dort garnisonierenden Soldaten erhalten hatte, eben der 142. er. Diese Tatsache selbst gibt einen Fingerzeig für die Situation. Hinzukommt, daß Herr Redakteur Fehrede bei der Erledigung seiner Aufgabe seine Abneigung gegen die Arbeiter- und Soldatenräte stets sehr scharf zum Ausdruck gebracht hat.

Die Regierung hat, wie Sie hörten, sich angelegen sein lassen, die Sachlage klar zu stellen. Das Bezirksamt war angewiesen, wenn der Umzug sich wiederholen sollte, was nicht geschah, eingzugreifen und nach Möglichkeit für Ruhe zu sorgen, um der Gesetzmäßigkeit den nötigen Resonanzboden zu geben; darüber hinaus aber an Hand des Vorgangs, der innerhalb weniger Stunden sich abgespielt hatte, Polizei oder gar Militär nach Billingen zu schicken, dazu waren wir am 12. März nicht in der Lage, weil es uns nicht zur Verfügung stand und andererseits weil aus den telefonischen Mitteilungen des Bezirksamts, die wir einholten, sich ergeben hatte, daß mit Rückkehr der Arbeiter in die Fabriken sich der Fall von selbst erledigt hatte. Allerdings, der Redakteur Fehrede konnte nach wie vor nicht arbeiten. Wir haben dann versucht mit Hilfe der Landeszentrale die Arbeiter zu bewegen, ihrerseits Verzicht zu leisten auf ihre Forderungen, zunächst ohne Erfolg. Nach 14 Tagen oder 3 Wochen, der Zeitraum ist mir nicht mehr genau im Gedächtnis, ist die Sache von selbst eingeschlafen und der Redakteur ist heute wieder in seiner Tätigkeit. So wurde uns wenigstens mitgeteilt.

Ich wurde nun von dem Herrn Vertreter der Interpellation gefragt, ob wir Erwägungen angestellt haben, anlässlich dieses Volksfalls einen Prozeß wegen Landfriedensbruch zu machen. Ich muß diese Frage verneinen. Die staatsanwaltschaftliche Behörde hat in jener Zeit, bevor die Verfassung abgeschlossen war, auf dem Standpunkt gestanden, daß es außerordentlich schwer sein dürfte, mit einem solchen Prozeß durchzukommen. Wir haben aber mit Abschluß der Verfassung durch Regierungsbeschluß dem Oberstaatsanwalt Auftrag gegeben, alle später hier sich ereignenden Vorfälle dieser Art sofort darauf

hin nachzuprüfen, ob die Justiz im Stande ist, einzugreifen. Es ist das dann auch in einer Anzahl von Fällen geschehen, die jetzt in der Schwebe sind, und wir sind auch darüber hinaus gewillt, in Zukunft uns mit größerem Nachdruck gegen dergleichen Vorfälle zu wehren, weil, wie ich zu meiner Freude sagen kann, mittlerweile uns die technischen Hilfsmittel zur Verfügung stehen, weil die Gesinnung, der Korpsgeist sich im Lande gebessert haben, und weil, wie wir hoffen dürfen, mit dem Zurückgehen der Ernährungsschwierigkeiten, der Wille zu solchen Exzessen nicht mehr so groß sein dürfte.

Ich komme also zu dem Schluß, daß ich sage: In jener kritischen Zeit, am 12. März, waren wir nicht in der Lage mehr zu tun. Daß wir jetzt gewillt sind, schärfer vorzugehen, dürfen Ihnen die Prozesse in Mannheim beweisen und darüber hinaus auch die Tatsache, daß die Hilfsorgane der Bezirksämter, die den Staatsanwaltschaften zur Verfügung stehen, in den letzten Wochen außerordentlich energisch eingegriffen haben bei solchen Vorkommnissen. Wir bedauern, daß wir in dem Billinger Fall nicht mehr zur Abwehr haben tun können, die Verhältnisse waren aber stärker als unser guter Wille.

In der Besprechung der Interpellation erhalten das Wort:

Abg. Goerlach (Zentr.):

Der Herr Präsident wird mir gestatten, daß ich die wenigen Worte, die ich zu äußern habe, von dieser Stelle aus spreche.

Ich hatte sonst immer eine große Freude, wenn der Name meiner Vaterstadt im hohen Hause genannt wurde. Die Sache, die heute zur Tagesordnung steht, ist mir weniger angenehm. Auf die Materie selber möchte ich nicht näher eingehen, nachdem der Herr Berichterstatter sowohl wie der Herr Minister die Tatsachen behandelt haben. Ich möchte nur mein tiefstes Bedauern aussprechen, daß solche Vorgänge in der sonst so friedlichen Schwarzwalddstadt möglich waren. Ich möchte mein tiefstes Bedauern aussprechen, daß namentlich bei den Vorgängen, die sich auf dem Rathaus abgespielt haben, keine Rücksicht genommen wurde von den betreffenden Herren auf die Anwesenheit der Frau Bürgermeister. Ich bin überzeugt, daß der allergrößte Teil der Bürgerschaft, ich darf sagen mit wenigen Ausnahmen die ganze Bürgerschaft hinter mir steht, wenn ich dieses Bedauern hier öffentlich ausspreche.

Mit Genugtuung kann ich feststellen, daß nicht Billinger Bürger es waren, die diese Demonstration herbeigeführt haben. Ich kann ferner mit Genugtuung konstatieren, daß der Herr Minister selber sein Bedauern ausgesprochen hat und daß dies auch von Seiten der sozialdemokratischen Partei durch einen Herrn geschehen ist. Ich kann nur konstatieren, was der Herr Minister gesagt hat, daß Herr Maier selbst oben war und die Sache nach besten Kräften geschlichtet hat.

Daß in Billingen eine Misstimmung gegen die Aktion vorhanden war, ging aus den Gemeindevahlen hervor, die inzwischen stattgefunden haben. Es kam dort zum Ausdruck, daß die gesamte Bürgerschaft empört war über jene Vorgänge. Ich möchte der Hoffnung Ausdruck verleihen, daß unsere Stadt in Zukunft von solchen Experimenten verschont bleibt und daß es den Führern der Organisationen gelingt, solche Unternehmungen schon im Keime zu ersticken.

Abg. Fleig (Soz.):

Sie werden mir gestatten, einige Worte über die Vorgänge in Billingen, so unangenehm sie mir sind, hier zu sprechen. Die Angelegenheit, die sich in Billingen zugetragen hat, ist nicht ein Arrangement der Billinger Arbeitererschaft selbst, sondern es sind Leute umher geschwirrt, daß ein Anschlag auf das Billinger Lebensmittelamt und speziell auf das Rathaus vorgenommen werden solle. Die Arbeitererschaft in Billingen war sich bewusst, daß in dieser Zeit, wo die allgemeinen Unruhen ausgebrochen sind, es für sie Pflicht ist, Billingen selbst vor größeren Unannehmlichkeiten zu bewahren.

Am 12. März sammelten sich in Billingen auf dem Marktplatz unter Beizug von Maschinengewehren usw. Militär an. Die organisierte Arbeitererschaft in Billingen ward sich in dem Moment bewusst, daß für Billingen etwas bevorsteht, was eigentlich nicht in den Rahmen der Ordnung gehört, und deshalb versuchte die Leitung der sozialdemokratischen Partei die ganze Bewegung und die ganze Unruhe, wie sie für Billingen eventuell bevorsteht, in einer Volksversamm-

lung zu paralyzieren und in dieser Versammlung selbst die Angelegenheit zu ordnen und zu regeln.

In dieser Versammlung nun sind die Wünsche und Forderungen der Arbeitererschaft, aber nicht bloß der Arbeitererschaft, sondern auch zu einem großen Teil der Bürgerschaft zum Ausdruck gekommen, und Sie haben heute durch die Berichterstatter erfahren, um welche Punkte es sich handelte. Wenn nun in dieser Versammlung speziell die Forderung aufgetaucht ist, daß Redakteur Fehreke sein Amt als Redakteur im „Billinger Volksblatt“ niederlegen soll, dann ist das nicht geschehen, als Forderung einseitiger Parteipolitik, sondern es war allgemeiner Wunsch der Versammlung und ich möchte konstatieren, daß es nicht bloß Sozialdemokraten waren, sondern daß auch sehr viele Zentrumsleute, überhaupt Bürgerleute beteiligt waren, als der Beschluß zustande kam. Redakteur Fehreke, so lange er in Billingen war, machte sich nämlich kolossal bemerkbar durch die Artikel, welche er hauptsächlich gegen die Sozialdemokratie und gegen die Arbeiter- und Soldatenräte veröffentlichte (Zuruf aus dem Zentrum). Die Musik? Ja, das macht jeder Redakteur, das ist Tatsache, das möchte ich auch nicht bezweifeln. Aber ich möchte doch hier betonen, daß es jedenfalls auch Pflicht eines Redakteurs ist, zur öffentlichen Ruhe und Ordnung in den Gemeinden beizutragen. Ich möchte das speziell betonen, weil Redakteur Fehreke von Seiten seiner eigenen Fraktionsmitglieder und von leitenden Persönlichkeiten der Zentrumsparthei selbst darum angegangen worden ist, er möge sich einer Schreibweise befleißigen, die Ausfälle gegen Anderszinnige und gegen die Sozialdemokratie speziell so dämpfe, daß die Bevölkerung nicht immer wieder gereizt werde. Herr Fehreke hat sich allerdings in seiner Schreibweise nicht beirren lassen, obgleich er wußte, daß die Stimmung in Billingen für ihn immer brenzliger und schwieriger wurde. Es ist mir auch bekannt, daß Redakteur Fehreke in seinem früheren Wirkungskreise ebenfalls nicht beliebt war und daß er auf Grund ähnlicher Konsequenzen genötigt war, seinen früheren Wirkungskreis zu verlassen. Jedenfalls ist und war die Tätigkeit Fehrekes nicht dazu angetan, die Ruhe und Ordnung in Billingen zu bewahren.

Selbstverständlich hat die Presse jederzeit das Recht, so zu schreiben, wie es ihr beliebt. Aber immerhin muß doch gesagt werden, daß die Presse aus moralischen Gründen doch auch verpflichtet ist, nicht alles so herunterzureißen, wie es ihr gerade beliebt. Es ist doch notwendig, daß Andersdenkende so weit geschont werden, daß sie wenigstens nicht persönlich heruntergerissen werden (Abg. Koesch: Er muß bei der Wahrheit bleiben!), ja wohl, und daß er bei der Wahrheit bleibt. (Abg. Dr. Schofer: Immer bei der Wahrheit bleiben, Herr Kollege Koesch! Ja, da haben Sie recht!). Hätte Herr Fehreke sich an seiner geschäftlichen Tätigkeit von dem Gesichtspunkte leiten lassen: „Leben und leben lassen“, ich bin überzeugt, daß die Interpellation heute dem Hause nicht vorliegen würde. Die Billinger Arbeitererschaft ist im allgemeinen nicht so rabiat, daß sie solche Exzesse von sich aus unternimmt (Abg. Dr. Schofer: Aber die auswärtigen!). Das mag richtig sein, das will ich nicht in Abrede stellen, daß das jedenfalls von auswärts kam, daß die ganze Bewegung erst nach Billingen hineingetragen wurde.

Meine Aufgabe ist es hier, und das möchte ich nicht verkümmern, dafür zu sprechen, daß die Billinger Arbeitererschaft sich wohl bemüht war, hauptsächlich nachdem die Sache geschehen war, daß vieles geschehen ist, was nicht hätte vorkommen sollen. Und ich von meiner Seite aus möchte speziell betonen: Ich bedauere die Vorgänge in Billingen, und die große Mehrzahl der Billinger Arbeitererschaft bedauert sie ebenfalls.

Abg. Weidmann (Soz.):

Ich möchte mich bloß mit wenigen Worten an der Beratung der Interpellation beteiligen, und zwar insofern, als der Redakteur Fehreke und die Pressefreiheit in Frage kommt und es sich darum handelt, was wir vom sozialdemokratischen Standpunkte aus dazu sagen.

Es ist schon herabgehoben worden und ist auch in dem Berichte erwähnt, den der Herr Abg. Weidmann im Namen der Petitionskommission erstattet hat, daß der Verein der Journalisten und Redakteure Badens diese Vorkommnisse mißbilligt hat, daß wir, die sozialdemokratischen Mitglieder dieser Vereinigung, auch der Auffassung beigetreten sind, daß die Pressefreiheit in keiner Weise angetastet werden darf. Ich glaube, man muß auf dem Standpunkte stehen, speziell auch im neuen Baden, daß die Pressefreiheit besteht, und es

Ist ganz selbstverständlich, daß jedem Redakteur, einerlei, welcher Parteirichtung er angehört, diese Pressefreiheit zuerkannt werden muß.

Aber ich muß schon sagen: Es ist auch als Redakteur notwendig, eine gewisse politische Diplomatie zu bekunden, wenn es sich um schwierige und gefährliche Fragen oder um erregte Zeiten handelt. Ich darf da zurückgreifen auf das, was der frühere Minister, Herr Dr. Haas, in diesem Hause bereits erklärt hat. Er hat darauf hingewiesen, daß der eigentliche Anlaß zu der Erregung in Billingen ein Artikel war, den das „Billinger Volksblatt“ aus dem „Karlsruher Volksfreund“ abgedruckt hat. In der Nummer 61 des „Billinger Volksblatt“ vom 11. März ist dieser Artikel zu lesen. Er wendet sich gegen die Streiks und gegen die Rutsche. Ich will Ihnen nur einen Satz aus dem Artikel des „Volksfreund“ vorlesen, in dem es heißt: „In der Tat wird politisch nicht das Mindeste geändert, wenn die Streiks und die Rutsche andauern, Dunke, verbrecherische Elemente erlangen durch die ewigen Streiks eine bequeme Gelegenheit, zu schießen, zu zerstören und zu plündern. Eine Anzahl Menschenleben werden dabei vernichtet und nachher ist alles so, wie es gewesen war, nur meist noch ein bisschen schlimmer.“

Man wird, einerlei, auf welchem Standpunkte man steht, zugestehen, daß man diese Auffassung billigen muß. Sie ist in einem sozialdemokratischen Blatt zu lesen gewesen, und der Redakteur Fehreide hätte klug getan, sich damit zu begnügen, einfach zu sagen: Das sagt auch die sozialdemokratische Presse. Statt dessen hat er noch einen Nachsatz hinzugefügt, in dem es heißt — ganz unklug und unglücklicher Weise: „Es wird heute in den verheerenden Arbeiterkassen der Sozialdemokratie wenig Wert mehr haben, so zu reden, nachdem auch der „Volksfreund“ jahrzehntelang den Arbeitermassen vorgegaukelt hat, daß mit der Revolution das Morgenrot des Proletariats gekommen sei, das sich aber nunmehr in seinen Erwartungen enttäuscht sieht.“ Diesen Satz — gewiß, er ist nicht tragisch aufzunehmen, aber besonders klug ist er auch nicht, und schon gar nicht in diesen Zeiten — wenn er sich diesen Satz geschenkt hätte, wäre es, glaube ich, besser gewesen.

Was dann gekommen ist, wissen Sie ja alle. Es ist noch weiter gegangen, die Angriffe haben sich fortgesetzt, und ich darf wohl auch darauf hinweisen, daß nicht nur wir in den sozialdemokratischen Reihen diese Auffassung bekundeten, sondern daß auch das nationalliberale Blatt von Billingen, die „Schwarzwälder Zeitung“, die Feststellung gemacht hat, daß das „Billinger Volksblatt“ den Wahlkampf sowohl zu der badischen wie zu der deutschen Nationalversammlung — ich bemerke ausdrücklich, daß ein nationalliberales, also jetzt demokratisches Blatt das geschrieben hat — in der abscheulichsten, vergifteten und geradezu empörenden Art geführt habe und mit dem Schlagwort: „Die Religion ist in Gefahr“ geradezu Schindluder getrieben habe. Ich bemerke nochmals: Das ist das Urteil eines demokratischen, früher nationalliberalen Blattes!

Sie sehen also, wenn die Sozialdemokraten sich über die Schreibweise des „Billinger Volksblattes“ aufgeregt haben, waren sie damit vielleicht einigermaßen im Recht, denn auch von anderer Seite ist dieses Vorgehen mißbilligt worden.

Und da muß ich nun schon sagen: Es ist gewiß richtig, die Pressefreiheit soll bestehen, und ich als Redakteur bin im weitesten Maße dafür. Aber, wenn man sich vor Augen geführt hätte, wie groß in Billingen damals die Erregung war, hätte man doch klug getan, mit Angriffen auf die Sozialdemokratie etwas zurückzuhalten, zurückzuhalten aus den Gründen, die wir heute morgen gehört haben, die wir gestern und vorgestern eingehend erörtert haben und die ich hier nicht zu wiederholen brauche. Dann wäre es vielleicht Herrn Redakteur Fehreide nicht passiert, daß er aufgefordert wurde, Billingen zu verlassen.

Ich habe mich persönlich auch danach erkundigt, in welcher Weise sich Redakteur Fehreide an dem politischen Leben Billings beteiligt hat, und es wurde mir mitgeteilt, er sei häufig im Arbeiterrat gewesen und habe es sich leider dort nicht veragt, ziemlich provozierend aufzutreten. Ich sage damit nicht, daß die Arbeiter deshalb ein Recht haben, seine Ausweisung zu verlangen, ich sage nur: Es ist aus diesen Verhältnissen heraus vielleicht zu begreifen gewesen.

Nun meine ich, wenn man die Interpellation des Zentrums als Ganzes würdigt, darf man sagen: Mehr kann das Zentrum nicht verlangen, als was bis jetzt von Seiten des Herrn Ministers des Innern und was sonst getan worden ist, um

derartige Vorkommnisse für die Zukunft zu verhindern. Es ist mitgeteilt worden, daß die Bezirksämter angewiesen seien, eventuelle Vorkommnisse, wenn sie sich wiederholen, zu verfolgen. Die Landeszentrale der Arbeiter, Bauern und Volksräte hat alles versucht, mein Parteifreund Maier ist in Billingen gewesen, es ist alles getan worden, was irgendwie möglich ist.

Aber das möchte ich den Herren auch von der Zentrumsseite sagen: Warum bringen sie bei derartigen Angelegenheiten so leicht Interpellationen ein? Ich möchte nur darauf hinweisen, daß im Januar d. J. der „Vorwärts“, der doch ein bisschen mehr Bedeutung hat, als das Organ der Zentrumsseite in Billingen, daß der „Vorwärts“ wochenlang besetzt war (Abg. Straub: Wir sprechen doch hier von badischen Angelegenheiten!). Gewiß! Aber es ist niemandem von den Sozialdemokraten eingefallen, wegen der Besetzung des „Vorwärts“ an die preussische oder an die deutsche Nationalversammlung heranzutreten (Zuruf aus dem Zentrum: Das sind Ihre lieben Parteifreunde in Preußen!). Es ist weiter in Baden auch zu verzeichnen gewesen, daß ein sozialdemokratisches Blatt, die „Volksstimme“, tagelang besetzt war. (Abg. Straub: Von uns? — Heiterkeit.) Nein, Herr Straub, das glaube ich nicht. — Sie sehen also, daß auch ein sozialdemokratisches Blatt von diesen schweren Dingen betroffen wurde, daß es sogar Tote gegeben hat bei der Besetzung der Volksstimme, aber es ist keinerlei Interpellation von uns eingebracht worden, und ich meine, dieses gute Beispiel der Sozialdemokratie sollten Sie nachahmen und Sie sollten nicht bei jeder Gelegenheit nach der Regierung schreien und nach Maßnahmen, die die Wiederholung derartiger Vorkommnisse, die unangenehmer Natur sind, verhindern sollen. Ich glaube, daß diese Zeit auch einmal vorbeizieht und daß eine Zeit kommt, wo wir mit derartigen Interpellationen nichts zu tun haben.

Ich will nur das Eine sagen: Wir haben in Baden 115 antizentraldemokratische Blätter und nur 4 sozialdemokratische Blätter, und daß diese 115 bürgerlichen Blätter — so will ich sie einmal nennen — ungeheuer viel gegen die sozialdemokratischen Blätter schreiben können und natürlich auch schreiben, das ist ganz selbstverständlich; und in allererster Linie die Zentrumsseite. Ich weiß das aus Erfahrung. Ich meine, wenn man sich diese Tatsache vor Augen hält, dann sollte man sich selbst, wenn hier einmal Unrecht geschehen ist, sagen: Wir haben so stark und so oft gegen die sozialdemokratische Presse losgeschlagen; wenn wir jetzt einmal unter die Räder gekommen sind, so haben wir es auch manchmal verdient gehabt. In jedem Falle darf man feststellen, daß die Zentrumsseite der sozialdemokratischen Presse nichts geschenkt hat. Das möchten sich die Herren vor Augen halten, damit sie derartige Interpellationen nicht wieder einbringen. Ich glaube sagen zu können, daß im allgemeinen die Sozialdemokratie die Pressefreiheit nicht nach irgendeiner Seite unterdrückt hat.

Abg. Dr. Schäfer (Zentr.):

Der Herr Kollege Weichmann hat unserer Fraktion einen guten Rat erteilt. Ich habe dieser Tage schon einmal erklärt, ein wirklich guter Rat wird von uns immer dankbar angenommen, aber ich vermute hinter diesem guten Rat ganz bestimmte Absichten (Abg. Weichmann: Ach, nein! — Heiterkeit!), und deswegen muß ich ihn mit einiger Vorsicht aufnehmen und ich kann deswegen dem Herrn Kollegen Weichmann nicht ohne weiteres sagen, daß wir den guten Rat auch befolgen werden. Seine Argumentation hat mich etwas vorsichtiger gemacht. Er sprach davon: Wir haben ja den „Vorwärts“ in Berlin besetzt gehabt, wir haben die „Volksstimme“ in Mannheim besetzt gehabt, und keinem Menschen ist eingefallen, weder in Weimar noch hier, eine Interpellation einzubringen. — O ja, das sind Familienangelegenheiten (Heiterkeit), die bringt man nicht vor die breite Öffentlichkeit (Sehr richtig! beim Zentrum). Dagegen, wenn spartanisch veranlagte Leute in unsere Redaktion eindringen und dort Unordnung stiften, so ist das Ding schon wesentlich anders. Das sind keine Familienangelegenheiten, sondern das riecht schon sehr stark nach Hausfriedensbruch, und der kann bekanntlich wohl in erster Linie nur von solchen, die nicht zum Hause gehören, ausgeübt werden (Abg. Dr. Kraus: Aber der Familienfriede ist stark gefährdet!). So? Ich nehme an, daß er noch stärker gefährdet wird; aber es gab doch eine Zeit, wo man nicht so ganz im Klaren war, ob die sozialistische Familie sich wieder zusammenfindet oder aber auseinandergeht. Und die Zeit, in der diese Dinge passiert sind, liegen

ungefähr noch in dem spatium temporis, wo man noch nicht ganz klar gesehen hat (Widerspruch des Abg. Dr. Kraus). Stimmt's nicht? Ich habe damals ab und zu der Sozialdemokratie gesagt: Biegt doch eine etwas stärkere Trennungslinie, hab's auch geschrieben. Was war das Resultat? Man ist ab und zu noch, wenn man die Spartakistischen etwas hochgenommen hat, in der Presse, speziell vom „Volksfreund“ angefaucht worden und zwar offenbar deswegen, weil man in den Ultras immer noch Stiefbrüder, Blutsverwandte erkannte hat. Ich glaube auch, wenn man die „Volksmacht“ unter diesem Gesichtspunkt prüfen würde, würde ich wahrscheinlich auch manch ein specimen nach der Richtung finden (Abg. Weichmann: Ich aber nicht! — Mehrfache Zwischenrufe. — Der II. Vizepräsident bittet, den Redner nicht zu unterbrechen). Also kann ich den guten Rat, den der Herr Kollege Weichmann so beweglich an uns gerichtet hat, nicht so ohne weiteres befolgen.

Dann hat er an der Tätigkeit des Redakteurs Fehre, seines ehemaligen Kollegen Kritik geübt und hat ihm namentlich vorgeworfen, er habe in seiner Tätigkeit die Klugheit vermissen lassen, die politische Klugheit. Ich habe hier einen Zeitungsausschnitt liegen aus der „Volksmacht“. Wenn ich den dem Herrn Kollegen Weichmann vorlesen würde — ich nehme an, daß der Artikel mal so gelegentlich hineingelesen ist, als der Herr Kollege Weichmann gerade nicht auf dem Bureau war (Seiterkeit) —, von politischer Klugheit zeugt der auch nicht (Abg. Weichmann: Was ist das für ein Artikel?) Ich will ihn Ihnen nachher geben.

Ich kenne den Herrn Fehre. Er ist meines Wissens ein Rheinländer, und Rheinländer pflegen Leute von Temperament zu sein und können infolge dieses Volkscharakters hin und wieder etwas sagen, was vielleicht der bedächtige Schwabe nicht sagen würde. Aber man muß doch den Menschen ihr Temperament lassen und vollends einem Redakteur; sonst läuft man Gefahr, daß der Schriftleiter einfach mit der Schere denkt (Seiterkeit). Diese Art ist nicht mein Ideal. Wenn ich ein Bitat finde, so habe ich immer gern, wenn ich auch die Auffassung des Redakteurs hintendran entbede. Was der Herr Kollege Weichmann von Fehre vorgelesen hat, ist nach meinem Dafürhalten nicht ein Argument dafür, daß eine besondere Unklugheit vorliegt. Man hat eben dem „schwarzen Blatt ein's auszuwischen wollen, und das ist hier in den Vorgängen geschehen. Die Schuld fällt nicht auf die Arbeiterschaft von Billingen, sondern auf einzelne Elemente, die von außen herein gekommen sind.

Ich kenne auch das Billinger Pflaster, ich habe dort vor kurzem eine Rede zu halten gehabt in einer geschlossenen Parteiversammlung und siehe da, da haben wir sofort Besuch bekommen von den etwas lautereren Elementen, von Ihren Stiefbrüdern (zu den Sozialdemokraten), und was sie dort verzapft haben, war weder politische Klugheit, noch eine Politit in Glacehandschuhen. Aber ich war dafür dankbar, denn es hat genügt, daß auch ab und zu einmal (Abg. Roesch: Sind Sie jetzt befehrt? — Erneute Zwischenrufe. — Der II. Vizepräsident bittet wiederholt, die Zwischenrufe zu unterlassen). Das ist mir in der langen Zeit, die ich mit Herrn Abg. Roesch zusammen bin, bei ihm selbst noch nicht gelungen. Ich habe gestern einen Befehrsversuch bei ihm abermals angestellt, aber Sie waren alle Zeugen, mit welchem Mißerfolg das geschehen ist.

Nun will ich dem Herrn Kollegen Weichmann noch eines sagen. Im „Volksfreund“ wird dem Offenburger Blatte folgendes Zeugnis ausgestellt: „Im allgemeinen kann man zur Zeit mit der Redaktion des Zentrumsblattes zufrieden sein.“ Was aber ist dem Redakteur trotzdem passiert? Er wurde geholt und wenn ich einen Ausdruck gebrauchen darf, der gestern hier gefallen ist, an die Wand gestellt mit seiner Meinung und moralisch stranguliert, trotzdem er das Zeugnis selbst von Ihrer Presse hat, daß er durchaus einwandfrei seine Redaktion führt.

Wir haben es eben mit einer aufgeregten, vielfach durch fremde Elemente irreflektierten Arbeiterschaft zu tun, und ich wiederhole: wenn diese fremden Elemente aus unserem badischen Lande heraus wären, so hätten wir in Baden jedenfalls Ruhe. Aber solange diese Elemente am Werk sind, solange wird es wahrscheinlich keine Ruhe geben und deswegen kann man nur sagen: Möglichst bald mit diesen Elementen aus der badischen Arbeiterschaft hinaus! Die badische Arbeiterschaft wie das badische Volk, hätte das allergrößte Interesse daran, daß diese fremden Elemente endlich einmal aus Baden verschwinden werden (Beifall beim Zentrum).

Abg. Goerlach (Zentr.):

Ich möchte nur einen Satz, den der Herr Kollege Fleig gebraucht hat, nicht unwidersprochen hinausgehen lassen. Der Herr Kollege Fleig hat gesagt, daß an der Demonstrationsversammlung, die in der Turnhalle stattgefunden hat, auch Zentrumsleute teilgenommen hätten, und daß sie mit der Aktion gegen Herrn Fehre einverstanden waren. Das ist nicht richtig. Es waren selbstverständlich Zentrumsangehörige als Neugierige in jener Versammlung. Aber an jener Protestkundgebung gegen Herrn Fehre konnten sie unmöglich teilnehmen, so fürchtbare Zentrumsleute gibt es in Billingen doch nicht.

Daß die Demonstration nur Herrn Fehre gegolten hat, ist auch nicht richtig, sie galt bekanntlich auch dem Herrn Bürgermeister, und es war sehr bedauerlich, daß von dem Herrn Bürgermeister damals verlangt wurde, er möge eine Erklärung abgeben, wonach er in Zukunft unparteiisch seines Amtes walten werde. Der Herr Bürgermeister hat damals erklärt, daß er nach dieser Richtung keine Erklärung abzugeben habe, daß er nach seiner Auffassung bis jetzt seines Amtes als Bürgermeister und seines Amtes als Vorsitzender des Kommunalverbandes unparteiisch gewaltet habe. Der Herr Bürgermeister gehört nicht zu meiner Partei. Aber ich kann das bestätigen, was der Herr Bürgermeister versichert hat, wir in Billingen sind der Auffassung, daß er seines Amtes unparteiisch waltet. Es ist nur bedauerlich, daß damals jene Auffassung des Herrn Bürgermeisters ins Gegenteil verkehrt in der Versammlung wiedergegeben wurde, und daß sie auch nicht wahrheitsgetreu in der Presse erschienen ist. Vielmehr hat es in der Versammlung und auch in der Presse geheißt, daß der Herr Bürgermeister die von ihm verlangte Erklärung abgegeben habe, was nicht den Tatsachen entsprochen hat.

Abg. Roesch (Soz.):

Weil wir gerade bei der Presse sind, will ich nur eine ganz kurze Bemerkung machen. Es ist mir leztlich auch passiert, daß unter dem Deckmantel der Pressefreiheit gesagt worden ist, ich hätte durch meine Ausführungen eine große Friedensdemonstration in Dörrach zerstört. Das ist natürlich einem Sozialdemokraten gegenüber ein sehr schwerer Vorwurf. Wie lag der Fall? Es waren 2000 Personen in Dörrach versammelt: Ich habe dort nichts mehr und nichts weniger erklärt als: „Daß wir heute gemeinsam mit dem Bürgertum protestieren, das freut uns. Allein die Sozialdemokratie hat bereits einmal demonstriert. Das war allerdings vor dem Kriege, am 29. Juli 1914. Dort hat uns das Bürgertum im Stiche gelassen.“ Das habe ich konstatiert, nichts mehr und nichts weniger. Der Redakteur des „Oberländer Boten“ hat dann Veranlassung genommen, am andern Tage einfach dem Publikum zu schreiben, der Abg. Roesch hat eine sozialdemokratische Fehre gehalten und hat die ganze schöne Friedensdemonstration zerstört. Eine solche Schreibweise geht wirklich über das Maß und die Berechtigung der Pressefreiheit hinaus. Einem Sozialdemokraten darf man öffentlich nicht nachsagen, daß er eine Friedensdemonstration gestört habe. Das ist eine grobe, schwere Beleidigung. Was wollte ich tun? Ich habe mir gesagt: einem solchen Herrn eine Berichtigung einzuschicken, halte ich unter meiner Würde, und habe ihm einfach mitteilen lassen, wenn ich ihn in Zukunft einmal wieder in einer Versammlung anträte, in der ich spreche, werde ich, nachdem ich mich seiner Anwesenheit versichert habe, ihn auffordern, den Saal zu verlassen.

Das Schlußwort für die Interpellanten erhält:

Abg. Straub (Zentr.):

Nur ein paar Worte! Zunächst möchte ich dem Herrn Kollegen Fleig meine Bewunderung aussprechen, mit welcher Überzeugung er heute die Behauptung vorgebracht hat, es sei dem Redakteur Fehre vor diesem Vorgang vom 12. März von leitenden Zentrumskreisen bedeutet worden, er solle sich in der Redaktion seines Blattes etwas mäßigen. Ich kann Ihnen sagen — Herr Kollege Fleig, ich weiß natürlich nicht, ob Sie besser unterrichtet sind über die Billinger Zentrumskreise als ich; ich nehme aber an, daß ich gerade in dieser Angelegenheit doch ziemlich eingehend orientiert bin —, daß nach meinen Mitteilungen und nach meiner Orientierung gerade dieser Punkt nicht richtig ist, daß gerade der Herr Redakteur Fehre von leitenden Zentrumskreisen durchaus

nicht erwähnt worden ist, in seinem Blatt etwas ruhiger, nach Ihrer Behauptung, vorzugehen.

Wenn der Herr Kollege Fleig weiter vorgebracht hat, es habe nicht sonderlich in Billingen dazu beigetragen, die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten, daß der Herr Redakteur Fehre in seinem Blatt sich besonders scharf gegen den Arbeiter- und Soldatenrat ausgesprochen hat, so verstehe ich das nicht. Wenn wir einmal das Recht der freien Meinungsäußerung haben, wenn uns in § 17 der Verfassung die Pressefreiheit garantiert ist, und wenn in § 13 der Verfassung das Recht der freien Meinungsäußerung und das Hausrecht garantiert ist, dann sehe ich nicht ein, wieso man dazu kommen kann, einem deswegen ein Verschulden zuzuschreiben, weil er von diesem Recht Gebrauch macht. Diese Logik ist mir bis jetzt nicht verständlich gewesen.

Im übrigen kann ich ruhig erklären, die Arbeiter- und Soldatenräte haben auch meine Liebe nicht, und ich habe noch in keiner Versammlung, in der ich gesprochen habe, ein Geßl daraus gemacht, daß ich den Tag herbeiwünsche, wo dieses Institut in Baden endgültig von der Bildfläche verschwindet (Abg. Dr. Kraus: Die Soldatenräte sind aufgehoben und die Zentrale derselben hört nächstens auf!). Dafür bin ich Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir dieses Attest ausstellen, Herr Kollege Dr. Kraus, und ich glaube auch, daß wir soweit kommen. Wir haben in Baden eine Regierung, und ich kann, als politisch reifer Mann, nicht verstehen, wie wir in Baden neben unserer geordneten Regierung eine unverantwortliche Nebenregierung in Form der Arbeiter- und Soldatenräte — in unserem fortgeschrittenen Lande! — weiter dulden können (Sehr richtig! — Abg. Dr. Kraus: Sie bestehen nicht mehr!). Aber sie fungieren einfach weiter (Widerspruch des Abg. Dr. Kraus). Ich sage, ich wünsche den Tag herbei, wo dieses Institut formell und sachlich endgültig in Baden verschwindet, und wenn Herr Redakteur Fehre diese Meinung in seinem Blatt Ausdruck gegeben hat, so ist das nicht etwa eine politische Verfehlung, sondern es ist lediglich dasjenige, was man von einem leitenden Redakteur eines politischen Blattes erwarten muß und erwarten darf.

Nun ist zwar weiter angeführt worden, Herr Redakteur Fehre sei auch in dem „Schwarzwälder“, dem liberalen Blatt in Billingen, scharf kritisiert und seine Tätigkeit sei als vergiftend bezeichnet worden. Es mag sein, daß der „Schwarzwälder“ das getan hat. Ich lese auch den „Schwarzwälder“. Ich habe ihn zwar nicht abonniert, ich lese ihn aber sehr häufig, und wer den „Schwarzwälder“ kennt und wer den Ton kennt, den der „Schwarzwälder“ häufig anzuschlagen beliebt — da wird auch der Herr Kollege Fleig wohl unterrichtet sein, — der wird mir zugeben, daß die Redaktion des „Schwarzwälder“ und der „Schwarzwälder“ als solcher nicht dazu berufen ist, der Sittenrichter über die politische und publizistische Tätigkeit des „Billinger Volksblattes“ zu sein.

Nun hat mich — das muß ich am Schlusse meiner Ausführungen sagen — und meine Partei die Erklärung der Regierung zu dieser Angelegenheit außerordentlich angenehm berührt, und wir sind sehr dankbar, daß die Regierung heute die Erklärung abgegeben hat, sie wolle alles daran setzen, daß derartige Vorkommnisse sich in Baden nicht mehr wiederholen. Ich gebe auch zu, daß die Regierung zu jener Zeit, zu welcher sich diese Vorkommnisse abgespielt haben und an den nächsten Tagen nachher wohl kaum in der Lage gewesen wäre, sowohl strafrechtlich als politisch mit der nötigen Schärfe und Intensität vorzugehen. Ich muß aber sagen: nachdem in jener Demonstrationsversammlung gerade der Herr Leopold Reidinger derjenige war, der die Versammlung geleitet hat, und derjenige, der der ganzen Versammlung seinen Geist aufgedrückt hat, derjenige war, unter dessen Vorsitz diese Resolution gefaßt und mit Gewalt zur Durchführung gebracht worden ist — nach dem berühmten Busch'schen Ausspruch: „Seinem Dasein als Subjekt ward alsbald ein Ende gesteckt“, hat man den Herrn Fehre am selben Tage abgeführt — hätten wir erwartet und erwarten wir auch, daß die Regierung den Herrn Leopold Reidinger in dieser Angelegenheit nicht schlupfen läßt, sondern daß sie alles daran setzt, der Tätigkeit dieses Herrn Leopold Reidinger in dieser politisch aufreizenden Richtung endlich einmal ein Ende zu setzen.

Zu Buchstabe c der Tagesordnung: Begründung und Beantwortung der Interpellation der Abg. Dr. Kraus und Gen., die Sozialisierung in Baden

betr., erhalten hierauf zur Geschäftsordnung das Wort:

Abg. Dr. Königsberger (Soz.):

Zur Geschäftsordnung möchte ich sagen, es stände jetzt die Interpellation der Abg. Dr. Kraus u. Gen., die Sozialisierung in Baden betr., auf der Tagesordnung. Das ist für unsere Fraktion, namentlich unseren Wählern gegenüber, die uns im Januar ihre Stimmen gegeben haben, eine Angelegenheit von größter Wichtigkeit; nächst der Verfassung ist es unstreitig das Wichtigste, was wir hier zu behandeln haben. Man spricht viel von der Hebung unseres Volkes, von dem Aufbau unserer wirtschaftlichen Verhältnisse, von der Heilung unseres ganzen Volkes. In Wirklichkeit kann man sagen, es handelt sich mehr um die Heilung der kranken Volkswirtschaft, und da muß man sagen, man sollte sich entschieden auf den Standpunkt stellen, jetzt auch einmal darüber zu beraten, in welcher Weise unsere Volkswirtschaft aufgebaut werden kann, man müßte das Für und Wider der Sozialisierung besprechen. Wie ich schon sagte, ist das eine der wichtigsten Angelegenheiten, die unser badischer Landtag zu behandeln hat. Auch wenn das Reich darüber entscheidet, so werden doch eine ganze Anzahl von Dingen über die Sozialisierung auch im badischen Landtag zu besprechen sein, und wir möchten daher offen sagen, daß dieser Interpellation über die Sozialisierung doch von unserem Standpunkt aus eine größere Bedeutung zukommt, als einer ganzen Anzahl von Interpellationen über allerhand Schwierigkeiten, die sich ergeben haben, und über die heute, die letzten Tage, gesprochen wurde und über die einzelne Parteien eingehende Erörterungen gepflogen haben — und wollen wir es auch vom höheren Standpunkt aus betrachten, in gewissem Sinne waren es Streitigkeiten, die nicht von hervorragender Bedeutung sind.

Die Zeit, die heute zur Besprechung der Sozialisierung zur Verfügung steht, ist doch wohl entschieden zu kurz. Bis 8, 9 Uhr, werden kaum die einzelnen Parteien Gelegenheit haben, ihren Standpunkt darzulegen. Wenigstens unsere Fraktion wird das sehr eingehend tun müssen, und wir müßten die Verantwortung ablehnen, wenn jetzt diese wichtige Frage in so kurzer Zeit besprochen würde. Man spricht viel von Spartakisten und Kommunisten. Wir haben mit diesen Kommunisten nicht die Methode, aber zum großen Teil die Ziele gemeinschaftlich. Nun, wenn man das vermeiden will, daß wir, was die Methode anlangt, jetzt in Aktion treten, müssen wir auch einsehen, und zwar bald hinsichtlich der volkswirtschaftlichen Dinge etwas tun. Es genügt nicht mehr, daß man nur immer neue Lohnforderungen bewilligt. Das ist ganz natürlich, daß diese Lohnforderungen gestellt werden, wenn die Preiserhöhungen so weiter gehen. Diese Frage müßte vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus gründlich erörtert werden. Es scheint mir das eine Hauptaufgabe des Landtags zu sein. Deshalb möchte ich den Antrag stellen, daß für diese Debatte über die Sozialisierung genügend Zeit zur Verfügung gestellt wird, also gegebenenfalls morgen eine Sitzung abgehalten wird. Heute läßt sich diese Frage nicht mehr erörtern. Ich möchte also den Antrag stellen, morgen oder in den nächsten Tagen eine Sitzung abzuhalten. Wir müssen die Verantwortung ablehnen, wenn die Diskussion über die für unsere Volkswirtschaft so wichtige Frage noch weiter hinausgezogen wird.

II. Vizepräsident Muser:

Es ist der Antrag gestellt, die Behandlung dieser Frage für heute von der Tagesordnung abzusehen. Das ist der eine Antrag. Der andere ist der, morgen eine entsprechende Sitzung mit dieser Tagesordnung zu halten, evtl. in der nächsten Zeit. Habe ich diese Anträge recht verstanden, oder ist es so zu verstehen, daß nur dann, wenn morgen eine Sitzung stattfindet, heute die Absehung des Gegenstandes von der Tagesordnung stattfinden soll, also bedingt. Darüber muß natürlich Klarheit herrschen, sonst kann ich eine Abstimmung des Hauses nicht herbeiführen.

Abg. Weiskmann (Soz.):

Soweit ich den Herrn Kollegen Dr. Königsberger verstanden habe, hat er es so gemeint, diesen Punkt heute von der Tagesordnung abzusehen und morgen eine besondere Sitzung abzuhalten.

II. Vizepräsident Muser:

Wenn nun aber das Plenum beschließt, den Gegenstand heute abzusehen, morgen aber keine Sitzung abzuhalten, was dann? Wenn eine Abstimmung stattfinden soll, muß die Fragestellung vorher geklärt sein.

Abg. Dr. Kraus (Soz.):

Ich erlaube mir, als Begründer der Interpellation zu sagen, wir legen Wert darauf, daß heute oder morgen diese Frage der Sozialisierung etwas gründlich hier durchgesprochen wird. Weil heute schon längere Ausführungen zu machen waren, und wir annehmen, daß das Haus damit einverstanden ist, haben wir den Antrag gestellt, daß für morgen vormittag eine besondere Sitzung über diesen Punkt der Tagesordnung anberaumt wird. Wir wären aber nicht damit einverstanden, daß die Diskussion wieder bis zur übernächsten Woche vertagt wird aus dem Grunde, weil sie schon lange genug vertagt worden ist, weil sie wichtig ist, und wir draußen unserer Arbeiterschaft endlich einmal Rede und Antwort stehen müssen, wie die Regierung und das Parlament über diese Frage denkt.

Abg. König (D.-Dem. P.):

Ich verkenne nicht die Wichtigkeit der Vorlage und verstehe es, daß die Herren Antragsteller der sozialdemokratischen Fraktion Wert darauf legen, diese Sache eingehend zu erörtern, so eingehend, wie es ihrer Bedeutung entspricht. Dazu braucht es Zeit und namentlich auch ein Auditorium. Ob heute die Zeit reicht, weiß ich nicht; anscheinend ist dies nicht der Fall. Das Auditorium wird heute nicht mehr größer, sondern kleiner werden; morgen wird das Auditorium noch kleiner sein. Ob wir morgen vormittag fertig werden, ist auch zweifelhaft. Es würde also morgen aller Voraussicht nach vor ziemlich leeren Bänken zu sprechen sein, und das wäre bedauerlich. Deshalb gibt es nach meinem Dafürhalten keinen anderen Weg, als den Versuch zu machen, heute die Sache zu erörtern, oder sie von der Tagesordnung abzuheben und zu verschieben auf eine der nächsten Sitzungen. Das heißt, es wäre noch ein praktisches Moment hinzuzufügen. Der Herr Arbeitsminister will eine Vorlage machen, welche auf diesem Gebiete in gewissen Dingen praktisch eine Lösung sucht. Mit jener Vorlage werden wir uns zu befassen haben in der Kommission und im Plenum, und da wäre einmal ein realer Untergrund gegeben für diese Erörterungen, und diese Erörterung auf einer Basis der Wirklichkeit hat mehr Wert, als allgemein-theoretische Erörterungen. Deshalb glaube ich, wird es sich empfehlen, wenn wir die Sache heute nicht mehr erledigen können, sie abzusehen und zu verschieben, bis zu dem Zeitpunkt, wo jene Vorlage, die der Herr Arbeitsminister angekündigt hat, kommt. Der Herr Arbeitsminister ist anwesend und wird vielleicht in der Lage sein, sachdienliche Mitteilungen darüber zu machen.

Abg. Uerlacher (Zentr.):

Wir haben schon oft bis 8 Uhr abends getagt; ich möchte aber darauf aufmerksam machen, daß ein großer Teil der Mitglieder des Hauses von allen Fraktionen bereits abgereist ist und ich glaube, daß morgen noch weniger Leute da sein werden. Wir wissen, daß gerade der Samstag als Abreisetag gilt. Ich möchte daher fast glauben, man sollte die Tagesordnung belassen und weiter beraten.

Abg. Dr. Schöfer (Zentr.):

Wenn die Herren Sozialdemokraten darauf so großen Wert legen, daß die Sache möglichst früh verhandelt wird, bleibt nach meinem Dafürhalten keine andere Möglichkeit, als jetzt fortzufahren, zu sehen, daß wir heute zu Ende kommen oder schließlich morgen noch fortzufahren. Das ist der einzig gangbare Weg. Wenn wir statt dieser Geschäftsordnungsdebatte gleich mit dem Gegenstand angefangen hätten, so wären wir jedenfalls schon ziemlich vorwärts gekommen. Ich muß aber dem widersprechen, wenn etwa aus der Behandlung der Materie abgenommen werden sollte, wir wären schuld daran, daß die Sache jetzt so behandelt wird. Es wäre der Sozialdemokratie anheimgegeben gewesen, bei Aufstellung der beiden Tagesordnungen geltend zu machen: An erster Stelle kommt unsere Sozialisierung! Dann hätten wir es gemacht: das Haus bestimme die Tagesordnung und beschließt darüber. Jetzt hinterher kann man das nicht mehr ändern, sondern wir

befinden uns in einer Kollage. Infolgedessen bin ich der Meinung: Jetzt fortberaten und sehen, daß wir heute zu Ende kommen! Übrigens muß ich sagen, wenn die Sache von der sozialdemokratischen Fraktion für so wichtig gehalten wird, dann bin ich der Meinung, daß eine andere Besetzung des Hauses für die Beratung nötig gewesen wäre.

Abg. Roesch (Soz.):

Ich sehe, daß eine ganze Reihe unserer Leute, namentlich aus dem Oberland, schon fort ist. Unsere Arbeiterschaft hat aber das allergrößte Interesse, aus der Beratung lernen zu lernen, wie die Frage geregelt werden soll. Wir werden daher dafür sorgen, daß, wenn die Sache zur Behandlung kommt, unser letzter Mann an seinem Platz ist. Ich möchte daher vorschlagen, heute von der Beratung Abstand zu nehmen (Zuruf rechts: Und morgen?). Morgen sind die Leute auch nicht da, da ist es gerade so.

II. Vizepräsident Muser:

Es wird nichts anderes übrig bleiben, wenn der gestellte Antrag nicht zurückgezogen wird, als es auf eine Abstimmung des Hauses ankommen zu lassen.

Abg. Dr. Schöfer (Zentr.):

Ich stelle den Antrag, daß wir jetzt weitertagen.

Abg. Roesch (Soz.):

Ich habe bereits die Gründe dargelegt, die mich bewegen haben, zu erklären, daß wir jetzt bei der schwachen Besetzung des Hauses in die Beratung des Gegenstandes nicht eintreten möchten. Stelle ich aber einen solchen Antrag, so wird das nachher draußen von Ihnen (zum Zentrum) ausgeschlachtet, und das möchte ich nicht haben (Zuruf aus dem Zentrum: Das tun wir nicht!).

II. Vizepräsident Muser:

Ich stelle den Herren doch anheim, zu versuchen, eine Einigung unter den Fraktionen zu erzielen, weil sonst immerhin von einer Majorisierung gesprochen werden kann.

Abg. Dr. Schöfer (Zentr.):

Ich bitte nun die Antragsteller, zu sagen, was die sozialdemokratische Fraktion wünscht.

Abg. Dr. Königsberger (Soz.):

Wir wünschen in der Mehrzahl, daß der Gegenstand von der Tagesordnung abgesetzt wird, da er sich heute doch nicht mehr erledigen läßt und viele der Herren morgen keine Zeit haben. In 2 Stunden läßt sich die Sache nicht erledigen. Das ist auch die Ansicht des Herrn Arbeitsministers. Also wird unser Antrag dahin gehen, daß der Gegenstand abgesetzt wird, aber als erster Gegenstand auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung kommt.

Abg. Dr. Schöfer (Zentr.):

Ich stelle fest, daß ich mit Rücksicht darauf, daß die sozialdemokratische Fraktion einen so großen Wert auf die Beratung des Gegenstandes legt, den Antrag gestellt habe, heute in der Ausdehnung der Sitzung bis an die Grenze zu gehen und morgen fortzufahren. Der Gedanke, daß wir dem Rechnung tragen, sollte dadurch zum Ausdruck kommen. Wenn sich jetzt die Sozialdemokratie anders besinnt, so habe ich dem nichts dagegenzusetzen.

II. Vizepräsident Muser:

Danach liegt, wenn ich es recht verstehe, nur noch der eine Antrag vor, den Gegenstand heute abzusehen und auf die nächste Tagesordnung zu dringen.

Abg. Dr. Kraus (Soz.):

Ich nehme an, daß die nächste Sitzung auf einen Tag der übernächsten Woche fällt. Ich möchte bitten, die Sache als ersten Gegenstand auf die Tagesordnung zu setzen, möglichst aber nicht am Montag, den 23. Juni, weil ich da noch in Berlin bei der sozialdemokratischen Tagung sein werde, aber an einem der darauffolgenden Tage.

II. Vizepräsident Muser:

Wir hätten nun die nächste Sitzung zu bestimmen. Es liegt die Notwendigkeit vor, im Widerspruch mit dem Wunsch des Herrn Präsidenten, der wohl auf einer Verabredung im Vertrauensmännerauschuß beruht, die Sitzung nicht erst im Juli stattfinden zu lassen (Abg. Dr. Kraus: Etwa am 24. Juni!). Das steht im Widerspruch mit dem Beschluß des Vertrauensmännerauschusses, wenn ich recht informiert bin. Danach sollte der Tag der nächsten Sitzung und die Tagesordnung dem Präsidenten vorbehalten werden; das war der Beschluß der Vertrauensmännerversammlung. Sie ist natürlich nicht souverän. Wenn jetzt ein abweichender Antrag gestellt und zum Beschluß erhoben wird, so involviert dies eben eine Änderung des Beschlusses der Vertrauensmännerversammlung.

Abg. Dr. Kraus (Soz.):

Wir haben noch die Universitätsdebatte vor uns, das Wahlgesetz, das Siedlungsgesetz und werden da jeweils mindestens einen Tag darauf zu verwenden haben, für die Universitätsdebatte eher mehr als einen Tag. Da schadet es nichts, wenn wir am 24. Juni einen oder 2 Tage für die Sozialisierungsfrage zur Verfügung stellen und dann mit den anderen Sachen in den Juli hineinkommen. Von allen Seiten wird immer gesagt, man solle gründlicher, eingehender und ruhiger zu solchen Fragen Stellung nehmen und nicht alles in einem Tag durchgaloppieren. Darum sage ich im Gegensatz zu dem Vertrauensmännerauschuß: Wir wollen schon nach dem 23. Juni wieder zusammen kommen.

Abg. Goehring (D. Dem. P.):

Ich versichere ganz gut, daß Herr Kollege Dr. Kraus wünscht, daß die Interpellation über die Sozialisierung möglichst bald zur Verhandlung kommt. Nun haben wir aber gehört, daß der Vertrauensmännerauschuß bestimmt hat, daß erst anfangs Juli wieder getagt wird. Nehmen Sie auch etwas Rücksicht auf die Geschäftsleute; die können keine Dispositionen treffen, wenn Ihnen gestern oder vorgestern gesagt worden ist, daß erst im Juli wieder getagt wird und heute der Beschluß wieder umgeworfen wird. Ich versichere Sie, es ist für die Geschäftsleute außerordentlich schwierig, wenn die bestimmte Zeit nicht eingehalten wird, und sie infolgedessen ihre Anordnungen von einem Tag zum andern ändern müssen. Ich möchte Sie bitten, höflich und dringend bitten, doch einige Rücksicht walten zu lassen.

Abg. Maier-Heidelberg (Soz.):

Wohl hat der Vertrauensmännerauschuß erklärt, man wolle erst Anfangs Juli wieder zusammen kommen, aber die Si-

uation hat sich durch den Verlauf der heutigen Beratungen verschoben. Man hätte allgemein angenommen, daß die Sozialisierungsfrage heute noch behandelt würde. Wir haben zweimal beim Herrn Präsidenten den Versuch gemacht, die Umstellung der Tagesordnung zu erreichen und die Sozialisierungsinterpellation vor die Billinger und vor die Interpellation über die Bürgerwehr zu bringen. Der Herr Präsident hat uns heute mittag noch erklärt, die Sache komme noch zur Behandlung. Nachdem nun aber vom Herrn Abg. Spang heute morgen beantragt wurde, es solle die Billinger Angelegenheit abgesetzt werden, weil er abreisen müsse, habe ich sogar angenommen, daß diese Angelegenheit heute Mittag gar nicht zur Sprache käme. Der Herr Präsident hat uns gesagt, die anderen Sachen würden nur ganz kurze Zeit in Anspruch nehmen und dann würden wir die Sozialisierungsfrage noch gründlich behandeln können. Nachdem das nun nicht möglich ist, außerdem auch die Interpellation Dr. Königberger verhandelt werden sollte und zudem noch eine Reihe von Interpellationen schon längst eingereicht sind, die ihre Bedeutung nicht verloren haben, die bis dorthin vielleicht von der Regierung beantwortet werden können, so halte ich die Situation für verändert, und wir werden jetzt doch wohl, bei Anerkennung der Beweggründe des Herrn Kollegen Goehring, für den 24. Juni und die folgenden Tage noch Plenarsitzungen vorsehen müssen, sonst kommen wir zu weit in den Sommer hinein. Man hat gestern im Verfassungsausschuß auch darüber entschieden, daß das Wahlgesetz zunächst noch in Behandlung kommen sollte, und man ist sich dort nicht ganz klar geworden, ob das länger oder kürzer dauert. Reines Wissen hat zunächst die Unterkommission sich mit der Frage zu befassen. Wenn wir nicht ganz spät in den Sommer hinein kommen wollen, müssen wir die Arbeiten im Plenum noch wesentlich beschleunigen und müssen die paar Tage zwischen hineinlegen.

II. Vizepräsident Muser:

Es ist mir natürlich nicht möglich, zu wissen, welche Vereinbarung der Herr Präsident mit den Herren Kollegen getroffen hat, und der Herr Präsident ist, wie Sie gehört haben, dienstlich verhindert, zu erscheinen; er ist abgereist.

Es wird hierauf mit Stimmenmehrheit beschlossen, daß die nächste Sitzung am Dienstag den 24. Juni stattfinden, daß jedenfalls als erster Punkt die Ziffer c der heutigen Tagesordnung auf die Tagesordnung dieser Sitzung gesetzt werden soll, vorausgesetzt, daß keine dringlichen Zweckmäßigkeitsgründe die Beratung eines anderen Gegenstandes angezeigt erscheinen lassen. Die übrigen Teile der Tagesordnung sollen durch den Präsidenten bestimmt werden.

Schluß der Sitzung nach 6 Uhr.

Rednerverzeichnis umsehend.

Rednerverzeichnis:

Anzeige neuer Eingänge:	Spalte
Präsident Kopf	1029
II. Vizepräsident Muser	1058
a. Begründung und Beantwortung der Interpellationen der Abgg. Mayer-Karlsruhe und Gen., die Bürgerwehr betr. und der gleichen Abgeordneten, die Erhaltung des inneren Friedens betr.:	
Abg. Mayer-Karlsruhe (D.-Natf. Bp.)	1030, 1062
Minister des Innern Kemmele	1033, 1059
Abg. Weßmann (Soz.)	1040, 1065
Abg. Mager (Frd. Bg. Bb.)	1045
Abg. König (D. Dem. P.)	1049
Abg. Dr. Schofer (Zentr.)	1050
Abg. Dr. Kraus (Soz.)	1052
Abg. Karl (D.-Natf. Bp.)	1057
Abg. Fischer (D.-Natf. Bp.)	1058, 1061
b. Begründung und Beantwortung der Interpellation der Abgg. Spang und Gen., den Schutz der persönlichen und Pressefreiheit betr. und in Verbindung damit Bericht der Petitionskommission und Beratung über die Eingabe des Landesverbands badischer Redakteure mit Protest gegen die Verletzung der Meinungs- und Pressefreiheit im Falle des Redakteurs Fehreke in Billingen betr.:	
Abg. Straub (Zentr.)	1066, 1076
Berichterstatter Abg. Wiedemann (Zentr.)	1068
Minister des Innern Kemmele	1069
Abg. Goerlacher (Zentr.)	1071, 1076
Abg. Fleig (Soz.)	1071
Abg. Weßmann (Soz.)	1072
Abg. Dr. Schofer (Zentr.)	1074
Abg. Roesch (Soz.)	1076
c. Begründung und Beantwortung der Interpellation der Abgg. Dr. Kraus und Gen., die Sozialisierung in Baden betr. (Geschäftsordnungsdebatte):	
Abg. Dr. Königsberger (Soz.)	1078, 1080
II. Vizepräsident Muser	1066, 1078, 1081, 1082
Abg. Weßmann (Soz.)	1078
Abg. Dr. Kraus (Soz.)	1065, 1079, 1080, 1081
Abg. König (D. Dem. P.)	1079
Abg. Goerlacher (Zentr.)	1079
Abg. Dr. Schofer (Zentr.)	1065, 1079, 1080
Abg. Roesch (Soz.)	1080
Abg. Goehring (D. Dem. P.)	1081
Abg. Maier-Heidelberg (Soz.)	1081